

Recht auf Widerstand • Right of resistance • Право на человеческое достоинство

JVA Plötzensee (Berlin) * Friedrich-Olbricht-Damm 16 * 13627 Berlin Tel.: 030/90144-0 Fax: 030/90144-1505		Bereich: VG	Standnummer: 1 Standdatum: 31.08.2015
Buchnummer: 2260/15/4	Geburtsdatum: 13.09.1965		
Familienname: Dr. Poleev	Staatsangehörigkeit: russisch		
Geburtsname:	Geburtsland: Russland		
Vorname: Andrey	Geschlecht: Männlich		

Vollstreckungsblatt (Wahrnehmungsbogen)

FREIHEITSENTZIEHUNG		1 / 1			
Einweisungsbehörde	Staatsanwaltschaft München	Geschäftsnr. 256 VRs 126620/14			
Art/Tag der Entscheidung	Strafbefehl vom 23.07.2014				
Tat/Tatverdacht	Beleidigung				
Art der Freiheitsentziehung	Ersatzfreiheitsstrafe	Strafmaß:	40 Tage	Tagessatz: 40,00	Gesamtbetrag: 1.600,00
Anzurechnende Zeiten					
Bemerkungen					
Beginn	Mindestverbüßungsfrist	Ablauf von 1/3	Ablauf von 1/2	Ablauf von 2/3	Ende
28.08.2015 TB					06.10.2015 TE

Ende der Liste Haftpositionen

Vermerke zur Haft
zu 256 VRs 126620/14: Landesjustizkasse Bamberg, IBAN: DE3170050000002024919, BIC: BYLADEMMXXX, Rechn.Nr.: 839903871730

Aufforderung.

An Bischof von Berlin Heiner Koch.

Ich möchte Sie bitten, 1.600 Euro auf mein Buchungskonto 2260/15/4 in JVA Plötzensee einzuzahlen, um meine sofortige Freilassung zu bewirken.

Ich setze Sie in Kenntnis, daß meine Inhaftierung widerrechtlich ist. Es handelt sich nicht um Ersatzhaftstrafe, wie in den Akten steht, sondern um rassistische Hetze, Hexenjagd auf Intellektuelle, Terror gegen politische Opposition, illegale Geschäfte krimineller und terroristischer Vereinigung namens Justiz, Straftatbestände bewaffneter Raubüberfall, räuberische Erpressung, Freiheitsberaubung, Nötigung, Körperverletzung, unterlassene medizinische Hilfeleistung, unterlassener rechtlicher Beistand u.a. Alle Initiatoren und Komplizen dieses Verbrechens werden zur Verantwortung gezogen und bestraft.

4.09.2015 Dr. Andrej Poleev

An Franziskus, Vatikan / Pope Francis, Vatican.

Verehrter Amtsträger !

Während Ihrer Amtszeit als Bischof von Rom haben Sie viel lobenswertes gesagt und getan, nur eins nicht: Zur Wiederherstellung meiner Rechte beizutragen, etwas zu meiner Verteidigung zu sagen.

Infolge unterlassener Amtshandlung erreichte die Entrechtung, die ich beklage, einen neuen Tiefpunkt: Ich wurde widerrechtlich inhaftiert, mißhandelt, beleidigt.

Ich mache Sie und andere kirchliche Amtsträger persönlich verantwortlich für diese schwerwiegende Rechtsverletzung. Sie müssen spätestens jetzt diese Unterlassung zugestehen, oder Ihr Amt jemandem zu überlassen, der imstande wird, angesprochene Leistung hervorzubringen.

1.09.2015 Dr. Andrej Poleev



Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
10559 Berlin

11.09.2015

Klage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Klaus Kandt, Polizeipräsidium, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin.
2. Die Polizeibanditen mit den Dienstnummern 74079, 62047, 94038 vom Abschnitt 36, Pankstraße 29, 13357 Berlin.
3. Die Beamten und das Personal der JVA Plötzensee, Friedrich-Olbricht-Damm 16 und des JVA Krankenhauses, Saatwinkler Damm 1a, 13627 Berlin.
4. Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Judenstraße 1, 10178 Berlin.
5. Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
6. Emine Demirbüken-Wegner, Staatssekretärin für Gesundheit, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
7. Dirk Gerstle, Staatssekretär für Soziales, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
8. Christian Hanke, Bezirksbürgermeister, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin.
9. Stephan von Dassel, Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Bürgerdienste, Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, 13353 Berlin.
10. Beamten Pistorius, Sembach, Keller, Bernhardt, Nicklaus, Bezirksamt Mitte Sozialamt, Müllerstraße 146, 13353 Berlin.
11. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin.
12. Günter Stock, Präsident, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, vertreten durch Dr., Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin.
13. Jan-Hendrik Olbertz, Präsident, Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
14. Peter-André Alt, Präsident, Freie Universität Berlin, Kaiserswerther Str. 16-18, 14195 Berlin.
15. Frank Ulrich Montgomery, Präsident, Bundesärztekammer, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin.
16. Abgeordnete des Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin.

17. Matthias Kollatz-Ahnen, Senator für Finanzen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin.
18. Thomas Heilmann, Senator für Justiz, Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin.
19. Frank Henkel, Senator für Inneres, Klosterstraße 47, 10179 Berlin.
20. Cornelia Yzer, Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin.
21. Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
22. Joachim Gauck, Schloss Bellevue, Spreeweg 1, 10557 Berlin.
23. Angela Merkel, Bundeskanzleramt, Am Kupfergraben 6, 10117 Berlin, und Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin.
24. Johanna Wanka, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin.
25. Heiko Maas, Bundesministerium für Justiz, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin.
26. Thomas de Maizière, Bundesministerium des Innern, Alt-Moabit 140, 10559 Berlin.
27. Wolfgang Schäuble, Bundesministerium für Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin.
28. Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
29. Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., Hofgartenstraße 8, 80539 München.
30. Horst Seehofer, Ministerpräsident von Bayern,
31. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
32. Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern
33. Winfried Bausback, Bayerischer Staatsminister der Justiz.
34. Richter Müller sowie das gesamte Personal des Amtsgerichts in Nymphenburger Straße 16, 80335 München.
35. Peter Frank, Generalstaatsanwalt, Nymphenburger Straße 16, 80335 München.
36. Staatsanwaltschaft, einschließlich Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Elßholzstr. 30-33, 10781 Berlin, und Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof.
37. Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin.
38. Mitglieder des Deutschen Richterbundes, Kronenstraße 73, 10117 Berlin.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. strafrechtliche Verfahren gegen Beklagten einzuleiten und sie strafrechtlich zu belangen wegen Betrug, bewaffnete Raubüberfälle, räuberische Erpressungen, Diebstähle, Unterschlagungen, gewerbsmäßige Bandenhehlerei, Korruption (Erschleichen von Leistungen, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit), Nötigung, Nachstellung, falsche Verdächtigung, politische Verdächtigung, Verfolgung und Vollstreckung gegen Unschuldige, Mißhandlungen, Körperverletzungen, Morde und Totschläge, Freiheitsberaubungen, räuberisches Menschenraub, Menschenhandel und Förderung des Menschenhandels, Verschleppung, Terrorismusfinanzierung, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung u.a.;
2. die bereits angeordneten und ausgeführten Strafmaßnahmen auszusetzen und für nichtig zu erklären;
3. Rückzahlung von 1.600 Euro;

4. Auszahlung von Schmerzensgeld;
5. Beiordnung eines Rechtsanwalts (Roland Weber, Salzburger Straße 21 - 25, 10825 Berlin).
6. da ich in meinen Rechten verletzt wurde, auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung.

Eine ausführliche Begründung meines Antrags und meiner Klage erfolgte früher¹⁻⁵, was aber keinesfalls dazu führte, daß die bandenmäßig betriebene Schutzgelderpressung, die man unter irreführender Bezeichnung „Steuer- und Gebüenerhebung“ kennt, ausgesetzt wurde; die Ausbeutung der Arbeitskraft zum Zwecke eigennütziger Bereicherung des Beamten- und Unternehmertums aufhörte; die Finanzierung des Verbrechersyndikats BRD aus Steuereinnahmen und anderen Quellen endete. Die Aufforderung vom 26.02.2015, keine Gehälter an die Beamten zu zahlen, wurde ignoriert. Die Forderungen nach dem Ende der Entrechtung und Wiederherstellung meiner Rechte in vollem Umfang, welche der Gegenstand der Gerichtsverfahren beim Arbeits-, Verwaltungs-, Amts-, Land-, Sozialgericht und beim Verfassungsgerichtshof Berlin waren oder sind, finden weiterhin keine Entsprechung. Stattdessen wurde ich auf entwürdigende Weise mißhandelt, um mich für meinen Ungehorsam sowie meine wissenschaftliche und bürgerrechtliche Tätigkeit zu bestrafen.

Am 28.08.2015 wurde in die von mir bewohnte Mietwohnung in Berlin eingebrochen, ich wurde ohne Erklärung der Gründe bedroht, verhaftet und in ein Gefängnis verschleppt, in dem ich bis zum 9.09.2015 widerrechtlich inhaftiert war, und erst freigekommen, nachdem von mir 1080 Euro erpresst wurden.

Die besagte Verhaftung und Inhaftierung wurde in Verletzung von Artikel 8 Berliner Verfassung, Artikel 2-5, 9,10, 11 Absatz 1, 12 Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte, und ungeachtet meiner psychosomatischen Erkrankung, vollzogen. Meine angebliche Schuld und Verschuldung wurde niemals in einem Rechtsverfahren bewiesen. Der Strafbefehl, der von der Staatsanwaltschaft und dem Amtsgericht München erlassen wurde, ist eine juristische Fälschung, die zum Zweck räuberischer Erpressung verfasst wurde, und in Berlin ungültig. Mit der Ausführung des Strafbefehls in Berlin durch die Polizeibanditen sind die Voraussetzungen für die Straftatbestände bewaffneter Raubüberfall, räuberische Erpressung, Freiheitsberaubung, Nötigung, Körperverletzung, unterlassene medizinische Hilfeleistung, unterlassener rechtlicher Beistand u.a. erfüllt. Meine Verhaftung wurde widerrechtlich ausgeführt und die Inhaftierung erfolgte gleichfalls widerrechtlich. Es handelt sich nicht um Ersatzhaftstrafe, wie in den Akten steht, sondern um rassistische Hetze, Hexenjagd auf Intellektuelle, Terror gegen politische Opposition, illegale Geschäfte krimineller und terroristischer Vereinigung namens Justiz.

Ich bin kein Eigentum deutschnazistischer Beamten und Behörden, und die geschilderte Vorgehensweise ist in keiner Weise zulässig. Ich bin in keiner Weise damit einverstanden, mit dem Geld, das mir geraubt wurde, die Berufsverbrecher, einschließlich Peter Gruss, und ihr diebisches und parasitisches Verhalten zu unterstützen, und fordere sofortige Rückzahlung von 1.600 Euro und die Bestrafung der Täter.

Dieses Verbrechen wurde von dessen Initiatoren und Kompizen minutiös vorbereitet. Meine berechtigten und begründeten Strafanträge wurden ausnahmslos abgewiesen, infolge dessen die Täter ihre kriminellen Taten ungehindert fortsetzen konnten. So geschah es zuletzt mit meinem Strafantrag gegen Bundesregierung (LKA vom 15.10.2014, 276 Js 2065/14, 276 Js 2066/14), Staatsanwaltschaft, Generalstaatsanwalt und Generalbundesanwalt (LKA 28.05.2015, 276 Js 1031/15, 276 UJs 1222/15), sowie gegen Regierenden Bürgermeister von Berlin und übrige Beamten und Behörden (Anträge beim LKA vom 12.06.2015 und Amtsgericht Tiergarten vom 15.03.2015).

Die Auszahlung von Sozialleistungen, die mir zustehen, wird seit einem Jahr und bis heute willkürlich verweigert (zuletzt im Verfahren S 50 SO 2128/15 ER), weswegen ich am Tag meiner Verhaftung nicht genügend Geld auf meinem Bankkonto hatte, um mich loszukaufen und die Verhaftung abzuwenden. Die Aufhebung des Berufsverbots und die Auszahlung der Entschädigung, worauf ich Anspruch habe, wird bis heute unterlassen.

Im Gefängnis wurde ich zum Mißhandlungsobjekt deutschnazistischer Kretins, und mußte unzumutbare Mißhandlungen erdulden: ekelhaften Fraß statt Essen, Störungen der Nachtruhe, Nachstellungen der Pseudoärzte und übriges Personals, Behinderung der Kommunikation, Entrechtung. So z.B. erfolgte keine Vorführung binnen 48 Stunden dem zuständigen Richter zur Entscheidung über die Haft oder Festnahme (Artikel 8 Absatz 3 Berliner Verfassung). Kein Rechtsanwalt hat die Rechtsgrundlagen und die Rechtmäßigkeit der Verhaftung überprüft (Artikel 9 Absatz 1).

Die verhängte Strafe verstößt außerdem gegen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, da ich, einerseits, aufgrund der Entrechtung und Mittellosigkeit nicht über Summen verfüge, die von mir erpresst wurden, andererseits, darf keine Inhaftierung für eine angebliche Beleidigung erfolgen (abgesehen davon, daß kein Rechtsverfahren stattfand, in dem Beweise und Sachlage bewertet wurden), weil angeblicher Straftat nicht mit einem Lebensgefahr für betroffene Personen verbunden war oder von sonstigem schwerwiegenden Umstand begleitet war. Die widerrechtliche Bestrafung aufgrund einer politisch gewollten Denunziation erfüllte nur den Zweck, mich zu beschmutzen, sozial zu degradieren, meine Verfassung zu verschlechtern, meine Würde und körperliche Unversehrtheit zu verletzen. Auf diese Weise gehen alle terroristischen und totalitären Regime mit ihren Kritiker um: Daran ist nichts Neues.

In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, daß die Dienerschaft des Verbrechersyndikats BRD aus dem Abschaum und Absolventen der Sonderschulen rekrutiert wird, die unzurechnungsfähig, schuldunfähig, und an Schizophrenie und Oligophrenie krank sind. Auf diese Weise werden geistig behinderte Personen für die Aufgaben mißbraucht, die ihre Fähigkeiten übersteigern und wofür sie aufgrund ihrer Behinderung ungeeignet sind, weil sie nicht imstande sind, den mißbräulichen Charakter ihrer Aufgaben zu begreifen, während sie strafbare Handlungen begehen im festen Glauben, für Recht, Sicherheit und Ordnung zu sorgen, gewissenhaft ihren Verpflichtungen nachzugehen, und in einem freien demokratischen Rechtsstaat zu leben. Diese Verkennung der Realität äußert sich in Mißhandlungen anderer Menschen, in Wahngereden und Wahnvorstellungen über sich selbst und die Umgebung. Die nicht minder kranke Vorgesetzte und Befehlshaber mißbrauchter Personen sind bandenmäßig organisierte Kriminellen, die wissend und absichtlich die Behinderung und Unwissenheit der Untergebenen ausnutzen, um für sich Eigenvorteile zu sichern. Über paranoidale Eigenschaften deutschnazistischer Führer berichtete ich ebenfalls.

Ich beantrage, genannte Personen strafrechtlich zu belangen.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen und Quellenverzeichnis.

1 A. Poleev. Indictments. Enzymes, 2010.

URL: <http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

2 Strafantrag vom 10.12.2012 - Antrag auf Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen wegen schweren Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterliegen.

<http://www.enzymes.at/indictments/ICC4.pdf>

3 A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

4 Strafantrag vom 19.09.2013 - A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

<http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

5 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

Oberst Michail Starow
Verteidigungsattache
Botschaft der Russischen Föderation
Unter den Linden 63-65
10117 Berlin

11.09.2015

Am 28.08.2015 wurde in die von mir bewohnte Mietwohnung in Berlin eingebrochen, ich wurde ohne Erklärung der Gründe bedroht, verhaftet und in ein Gefängnis verschleppt, in dem ich bis zum 9.09.2015 widerrechtlich inhaftiert war, und erst freigekommen, nachdem von mir 1080 Euro erpresst wurden.

Die besagte Verhaftung und Inhaftierung wurde in Verletzung von Artikel 8 Berliner Verfassung, Artikel 2-5, 9,10, 11 Absatz 1, 12 Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte, und ungeachtet meiner psychosomatischen Erkrankung, vollzogen. Die Einzelheiten dieses Verbrechens werden in entsprechendem Strafantrag wiedergegeben.

Wegen fortgeführter terroristischer Aktivität, Mißachtung meiner Aufforderung vom 17.07.2015¹, und gemäß Artikel 36 Absatz 3 Berliner Verfassung sowie Artikel 28 Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte, Artikel 7, 14, 25, 28, 51 des Römischen Statut u.a., beauftrage ich die militärischen Antiterrorereinheiten der Länder, die das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ratifizierten, die unten aufgeführten Personen zu verhaften oder umzubringen, weil sie für Argumente der Vernunft unzugänglich sind und kein anderer Umgang mit vernunftlosen Kriminellen und Terroristen möglich erscheint:

1. Klaus Kandt, Polizeipräsidium, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin.
2. Die Polizeibanditen mit den Dienstnummern 74079, 62047, 94038 vom Abschnitt 36, Pankstraße 29, 13357 Berlin.
3. Die Beamten und das Personal der JVA Plötzensee, Friedrich-Olbricht-Damm 16 und des JVA Krankenhauses, Saatwinkler Damm 1a, 13627 Berlin.
4. Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin.
5. Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
6. Emine Demirbüken-Wegner, Staatssekretärin für Gesundheit, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
7. Dirk Gerstle, Staatssekretär für Soziales, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
8. Christian Hanke, Bezirksbürgermeister, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin.

9. Stephan von Dassel, Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Bürgerdienste, Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, 13353 Berlin.
10. Beamten Pistorius, Sembach, Keller, Bernhardt, Nicklaus, Bezirksamt Mitte Sozialamt, Müllerstraße 146, 13353 Berlin.
11. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin.
12. Günter Stock, Präsident, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, vertreten durch Dr., Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin.
13. Jan-Hendrik Olbertz, Präsident, Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
14. Peter-André Alt, Präsident, Freie Universität Berlin, Kaiserswerther Str. 16-18, 14195 Berlin.
15. Frank Ulrich Montgomery, Präsident, Bundesärztekammer, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin.
16. Abgeordnete des Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin.
17. Matthias Kollatz-Ahnen, Senator für Finanzen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin.
18. Thomas Heilmann, Senator für Justiz, Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin.
19. Frank Henkel, Senator für Inneres, Klosterstraße 47, 10179 Berlin.
20. Cornelia Yzer, Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin.
21. Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
22. Joachim Gauck, Schloss Bellevue, Spreeweg 1, 10557 Berlin.
23. Angela Merkel, Bundeskanzleramt, Am Kupfergraben 6, 10117 Berlin, und Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin.
24. Johanna Wanka, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin.
25. Heiko Maas, Bundesministerium für Justiz, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin.
26. Thomas de Maizière, Bundesministerium des Innern, Alt-Moabit 140, 10559 Berlin.
27. Wolfgang Schäuble, Bundesministerium für Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin.
28. Abgerordnete des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
29. Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., Hofgartenstraße 8, 80539 München.
30. Horst Seehofer, Ministerpräsident von Bayern,
31. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
32. Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern
33. Winfried Bausback, Bayerischer Staatsminister der Justiz.
34. Richter Müller sowie das gesamte Personal des Amtsgerichts in Nymphenburger Straße 16, 80335 München.
35. Peter Frank, Generalstaatsanwalt, Nymphenburger Straße 16, 80335 München.
36. Staatsanwaltschaft, einschließlich Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Elßholzstr. 30-33, 10781 Berlin, und Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof.
37. Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin.

38. Mitglieder des Deutschen Richterbundes, Kronenstraße 73, 10117 Berlin.

Im Weiteren beantrage ich, das gesamte deutsche Vermögen im Ausland und in jeweiligem Land zu konfiszieren, Repräsentanten des Deutschen Staates in die Geiselhaft zu nehmen, und sie solange nicht freizulassen, bis meine Rechte in vollem Umfang anerkannt und wiederhergestellt werden. Sollte jemand die Umsetzung beantragter Maßnahmen behindern, soll er oder sie von gleichen Maßnahmen betroffen werden, die ich für die genannten Kriminellen und terroristen beantrage.

Die Begründung meiner Anträge, außer bereits erwähnter, erfolgte in folgenden Quellen:

1 A. Poleev. Indictments. Enzymes, 2010.

URL: <http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

2 Strafantrag vom 10.12.2012 - Antrag auf Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen wegen schweren Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterliegen.

<http://www.enzymes.at/indictments/ICC4.pdf>

3 A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

4 Strafantrag vom 19.09.2013 - A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

<http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

5 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

Mit beantragten Maßnahmen sollen deutschnazistische Barbaren erzwungen werden, die Menschenwürde zu respektieren, was angeblich die oberste Priorität der Bundesrepublik Deutschland sowie der Stadt bzw. des Landes Berlin ist.

Dr. Andrej Poleev

1 Bekanntgabe.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=916384615084769

Bekanntgabe

Um eine Epoche schrecklicher juristischer und politischer Ungesetzlichkeit, die in Deutschland seit 1933 besteht und sich nach dem Ende des 2. Weltkrieges fortsetzte, abzuschließen, erkläre ich hiermit das widerrechtlich errichtete nationalsozialistische Regime für beendet, löse alle gesetzgebende sowie Verwaltungsorgane der BRD auf, und setze alle Amtsbefugnisse, Mandate, Gesetze, Gerichtsurteile, Beschlüsse und Verordnungen, die von diesem Regime erlassen und verliehen wurden, außer Kraft.

Die Landesverfassung bleibt von dieser Erklärung nicht berührt. Obwohl die Berliner Verfassung verbesserungsbedürftig ist (insbesondere dort, wo es sich um die Verhältnisse zwischen Berlin und Verbrechersyndikat BRD handelt), geht es in deren jetziger Fassung um die Wahrung der Grundrechte, welche zu achten und zu schützen alle Organe und Bürger verpflichtet sind. Entgegen dieser Imperative, d.h. zwingender Notwendigkeit, fühlt sich offensichtlich niemand persönlich verantwortlich, wird niemand von denen, die sich verfassungswidrig verhalten und die Bestimmungen der Verfassung mißachten, zur Verantwortung gezogen. Wie ich feststellte und in meinem Buch, das in diesem Jahr veröffentlicht wurde, dokumentierte, wird die Verfassung von denen gebrochen, deren erste Aufgabe darin besteht, die Rechtsordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten. In keiner gerichtlichen Entscheidung oder Amtshandlung wurden die Bestimmungen der Berliner Verfassung berücksichtigt, obwohl darauf ausdrücklich hingewiesen wurde. Es wird so getan, als ob die Verfassung keine Gültigkeit im erklärten Geltungsbereich hat. Eine solche Vorgehensweise bezeichne ich als Außerkraftsetzung der Rechtsordnung, wofür es keine Grundlagen gibt, im Gegensatz zu Gründen, die im erwähnten Buch genannt sind.

In meinem Schreiben an die Senatsverwaltung für Finanzen vom 26.02.2015 untersagte ich die Weiterzahlung der Gehälter an Senatoren sowie an Beamte, die sich im Auftrag des Berliner Senats tätig sind, dem aber bisher keine Folge geleistet wurde. Weil meine Botschaft immer noch nicht angekommen ist, erkläre ich nochmals: Blödheit und Rechtsbruch werden nicht mehr belohnt. Die Amtsträger, die sich schuldig im erklärten Sinne machten, sind unmißverständlich aufgefordert, ihre Ämter niederzulegen, und samt anderen Personen, welche die Bestimmungen der Vefassung mißachten, aus Berlin auszureisen.



Dr. Andrej Poleev

A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

JVA Plötzensee
Friedrich-Olbricht-Damm 16
13627 Berlin

11.09.2015

Wegen mißbräuchlicher Nutzung meines Eigentums¹ entziehe ich der Stadt/dem Land Berlin das Nutzungsrecht für sämtliche Gebäude auf dem Gelände der JVA Plötzensee. Die Einrichtung wird geschlossen. Die darin tätige Beamten und das Personal sind aufgefordert, das Gelände sofort zu verlassen. Sollten sie meine Aufforderung mißachten, werden sie von den Maßnahmen betroffen, die in meinem Schreiben an die militärischen Antiterrorereinheiten der Länder, die das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ratifizierten, genannt sind².

Dr. Andrej Poleev

1 Beschlagnahmebeschluß vom 27.01.2015, in: A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

2 Recht auf Widerstand.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=940130869376810

Abteilungsleiter Seidel
Ärztlicher Direktor Lehmann
JVA Krankenhaus
Saatwinkler Damm 1a
13627 Berlin

11.09.2015

Hiermit widerspreche ich meiner Einwilligung zur Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht und zur Datenübermittlung an das JVA Krankenhaus, Saatwinkler Damm 1a, 13627 Berlin, wegen fehlender rechtlichen Grundlagen und wegen Umstände dieser Einwilligung, die als räuberische Erpressung, Freiheitsberaubung und Nötigung zu qualifizieren sind, und möchte Sie bitten, ärztliches Attest vom 30.08.2015 an mich oder an die Verfasserin dieses Attests zu übersenden. Im Weiteren fordere ich auf, sämtliche Unterlagen mich betreffend zu vernichten. Im Falle der Mißachtung meiner Aufforderung werde ich gegen Sie strafrechtlich vorgehen.

Dr. Andrej Poleev

Verwaltungsgericht
Kirchstr. 7
10557 Berlin

11.09.2015

Unterlassungsklage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Klaus Kandt, Polizeipräsidium, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin.
2. Übrige Polizeibanditen und Justizbeamte.
3. Die Beamten und die Beamtinnen der Stadt und Land Berlin.
4. Die Beamten und die Beamtinnen Bundesrepublik Deutschland.
5. Die Beamten und die Beamtinnen übriger Staaten.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. den Beklagten zu untersagen, mich anzusprechen, anzuschreiben, anzufassen, die Räume zu betreten, in denen ich mich befinde, arbeite oder wohne, sich in meiner Nähe aufzuhalten, oder auf irgendwelche andere Weise mich zu belästigen, meine Ruhe zu stören, und meine Privatsphäre zu verletzen;
2. über mich Informationen zu sammeln, sie zu speichern, und für böswillige Zwecke zu mißbrauchen;
3. alle Informationen, welche über mich ohne meine Zustimmung und Kenntnis gesammelt und gespeichert wurden, aus behördlichen Datensätzen, Computer, und übrigen Informationsträger nachweislich zu entfernen, zu löschen und zu vernichten.
4. bei Widerhandlung und in den Fällen der Verweigerung, meine Rechte und Würde zu achten, die Verweigerer und Täter zu verhaften und strafrechtlich zu belangen;
5. die Beiordnung eines Rechtsanwalts;
6. auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung.

In der Begründung berufe ich mich auf die Bestimmungen Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte und Berliner Verfassung, strafrechtliche Normen (falsche Verdächtigung, politische Verfolgung, Nachstellung, Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung u.a.), und verweise

in diesem Zusammenhang auf frühere Gerichtsverfahren bei den europäischen, deutschen und Berliner Gerichten, eine Zusammenfassung befindet sich im Internet¹⁻⁵. Solange kein Rechtsanwalt die Rechtsgrundlagen von Vorladungen, Aufforderungen, Gerichtsverfahren, Schreiben und übrigen Handlungen überprüft, bin ich zu keiner Handlung oder Erklärung verpflichtet (Artikel 7, 8, 10, 11 Punkt 1, 12 Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte, Artikel 9 und 36 Verfassung von Berlin). Im Gegensatz dazu, bin ich gemäß Artikel 36 Absatz 3 zum Widerstand berechtigt, sollte jemand meine Grundrechte weiterhin verletzen.

Dr. Andrej Poleev

1 A. Poleev. Indictments. Enzymes, 2010.

URL: <http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

2 Strafantrag vom 10.12.2012 - Antrag auf Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen wegen schweren Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterliegen.

<http://www.enzymes.at/indictments/ICC4.pdf>

3 A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

4 Strafantrag vom 19.09.2013 - A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

<http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

5 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

Verwaltungsgericht
Kirchstr. 7
10557 Berlin

14.10.2015

Zusatzantrag.

In Ergänzung meines Antrags und meiner Klage vom 11.09.2015 in Verfahren VG 1 L 324.15 und VG 1 K 325.15 stelle ich Zusatzantrag und beantrage:

1. meine Patientenakte aus dem JVA Krankenhaus an mich zu übersenden, weil sie mein Eigentum sind, und mein Schreiben an ärztlichen Direktor und Leiter der Abteilung vom gleichen Datum (Kopie in der Anlage) bisher keine Wirkung zeigte;

2. meine Adresse und andere Angaben mich betreffend aus dem Melderegister zu löschen, weil mein berechtigter Antrag beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten bis heute keine Entsprechung fand (Kopie des Schreibens vom 17.09.2014 beigefügt);

gegebenenfalls per richterliche Anordnung zu erwirken.

Dr. Andrej Poleev

Artikel 33 Berliner Verfassung:

Das Recht des einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen, wird gewährleistet. Einschränkungen dieses Rechts bedürfen eines Gesetzes. Sie sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig.

Verwaltungsgericht
Kirchstr. 7
10557 Berlin

21.10.2015

Zusatzantrag.

In Ergänzung meines Antrags und meiner Klage vom 11.09.2015 in Verfahren VG 1 L 324.15 und VG 1 K 325.15 stelle ich Zusatzantrag und beantrage:

1. die Personalakten, die über mich ohne meine Erlaubnis und mein Einverständnis von den Beamten des Bezirksamtes Berlin Mitte und bei der Ausländerbehörde angelegt und gesammelt wurden, an mich zu übersenden, weil sie mein Eigentum sind, und ich verbiete, sie zu mißbräuchlichen Zwecken zu nutzen und zu verwenden;
2. meine Adresse und andere Angaben mich betreffend aus behördlichen Datenbanken und Computer nachweislich zu löschen;
3. alle Daten mich betreffend aus Datensätzen von SCHUFA sowie anderer Auskunfteien, Gesellschaften, Vereine u.d.g. zu löschen,
4. die Ermittlungsverfahren 284 Js 1905/15 mit der gleichen Begründung zurückzuweisen. Die Verfasser des Schreibens vom 16.10.2015 sind Mitglieder einer kriminellen und terroristischen Vereinigung, wie bereits festgestellt wurde¹. Darüber hinaus sind sie psychisch krank, und im Zuge der Verdrängung ihrer Krankheit sehen sie in anderen Personen nur Abbilder ihrer eigenen Wahnvorstellungen.

gegebenenfalls per richterliche Anordnung zu erwirken. Ich verbiete jegliche willkürliche Einmischung in mein Leben: Ungebetene Gäste, geschweige denn die Kriminellen und Verrückten, sollen aus meinem Leben für immer verschwinden.

Dr. Andrej Poleev

1 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

Dr. Heiner Koch
Erzbischöfliches Sekretariat
Hausvogteiplatz 12
10117 Berlin

28.09.2015

Verehrter Amtsträger !

Bekanntlich bin ich nach Berlin geflüchtet, um die Wiederherstellung meiner Rechte und der Rechtsordnung, die vorher willkürlich außer Kraft gesetzt wurden, zu bewirken, was aber im Laufe eines Jahres nicht zustande gekommen ist, infolge dessen ich zwischen 28.08. und 9.09.2015 widerrechtlich inhaftiert war, was allein aufgrund meiner psychosomatischen Erkrankung auf keinen Fall geschehen dürfte. Darüber berichtete ich aus der JVA Plötzensee, und bat Sie darum, zu meiner Freilassung beizutragen. Am 9. September bin ich freigekommen, dennoch nicht durch Ihre Bemühungen, sondern nachdem von mir 1080 Euro erpresst wurden. Die Entrechtung wird bis heute fortgeführt ungeachtet meiner Proteste, Appelle und Klagen, die offensichtlich weiterhin keine Beachtung finden.

Weil bisher unterlassen wurde, mir Recht zu geben und meine Rechte in vollem Umfang wiederherzustellen, spreche ich fortan Recht, und meine Rechtsprechung ist rechtskräftig und verbindlich für alle und jeden in Berlin, in Deutschland, und in der ganzen Welt.

Da Sie am 19. September in das Amt des Bischofs von Berlin eingeführt wurden, sind Sie verpflichtet, im Dienst genannter Aufgaben zu stehen. Es kann keinen Wohlstand und keine Sicherheit für Auserwählte geben, und jeder Entrechtung und Außerkraftsetzung der Rechtsordnung muß solange Widerstand geleistet werden, bis sie aufhören und behoben werden. In Anlage übersende ich Ihnen Abschriften meiner Schreiben zu Ihrer Kenntnisnahme.

Ich wurde dank Ihrer Untätigkeit ausgeraubt, und biete Ihnen jetzt die Gelegenheit, Ihre Schuld zu begleichen und diesen Mißstand zu beheben. Das kann geschehen, indem Sie mir zur Eröffnung eines Bankkontos verhelfen, da sowohl mir als auch Aleksandrs Zavackis am 15. Juli die Kontoeröffnung in der Berliner Pax-Bank-Filiale versagt wurde.

Dr. Andrej Poleev

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

28.09.2015

Antrag auf Neuaufnahme des Verfahrens.

Gegen Beschluß des Amtsgerichts Mitte im Verfahren 28 C 1004/15 lege ich Beschwerde ein. Meine Klage und mein Antrag richtete ich an das Amtsgericht Tiergarten - aus welchem Grund schreibt mir parasitische Nazihure Rosenbaum ist nicht nachvollziehbar. Die Zurückweisung meines Antrags und meiner Klage wurde in keiner Weise begründet, womit erneut alle Grundsätze des Rechtsverfahrens auf das Größte verletzt wurden. Weil parasitische Nazihure Rosenbaum, die sich irreführenderweise Richterin bezeichnet, sich und das Amtsgericht Mitte für unzuständig erklärte, disqualifizierte sie sich selbst und beging dabei strafbare Handlungen (Amtsanmaßung, Rechtsbruch, Betrug u.a.). Die Beklagten wurden nicht vorgeladen, und die begangenen Verletzungen meiner Grundrechte wurden nicht rückgängig gemacht, wie beantragt wurde und wofür nach Artikel 36 Absatz 1 Berliner Verfassung die Gerichte verpflichtet sind. Die Voraussetzungen für ein Rechts- und Eilverfahren wurden nicht erfüllt.

Aus erklärten Gründen beantrage ich, meinem Antrag zu entsprechen, den Beschluß des Amtsgerichts Mitte zu verwerfen, das Verfahren neu aufzunehmen, dessen Verfasserin aus dem Amt zu entfernen und gegen sie Strafverfahren einzuleiten.

Dr. Andrej Poleev

Verbrechersyndikat BRD.

Amtsgericht Charlottenburg
Amtsgerichtsplatz 1
14057 Berlin

28.09.2015

Klage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Stadt und Land Berlin.
2. Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1, 14057 Berlin.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. die Beklagten zu verurteilen, unten genannte Vereine, Verbände und Stiftungen aus dem Stiftungsverzeichnis sowie Handels- bzw. Vereinsregister auszutragen und aufzulösen;
2. die Beklagten zu verurteilen, vorhandene Mittel dieser Vereine und Verbände einzuziehen, und entsprechende Bankkonten zu sperren;
- 3 die Mitglieder dieser Vereine zu verurteilen, ihre Tätigkeit sofort einzustellen;
4. auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

1. Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg, Kleiststraße 35 10787 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 13954 B.
2. Quarteera e. V., Amtsgericht Charlottenburg VR 30570.
3. Bund Lesbischer und Schwuler JournalistInnen, Amtsgericht Charlottenburg VR 18690 Nz.
4. Berliner CSD e.V., Courbièrestraße 6, 10787 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 18964 Nz.
5. Deutscher Beamtenbund, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Rechtlicher Status: nicht eingetragener Verein.
6. Deutscher Richterbund, Kronenstraße 73, 10117 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 19853.
7. Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, Salzburger Str. 21-25, 10825 Berlin.
8. Deutscher Anwaltverein e.V. Littenstrasse 11, 10179 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 21116.
9. Berliner Anwaltsverein e.V., Littenstrasse 11, 10179 Berlin, Registernummer VR 695 Nz.

10. Rechtsambulanz Sozialhilfe e.V., Exerziestr. 23, 13357 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 22982.
11. Opferhilfe Berlin e.V., Oldenburger Straße 38, 10551 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 8870 NZ.
12. Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Breite Straße 29, 10178 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 19633 NZ.
13. Stiftung der Deutschen Wirtschaft, Breite Straße 29, 10178 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg HRB 144651.
14. Technologiestiftung Berlin, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin AZ 3416/464 B3.
15. Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V., Am Schillertheater 2, 10625 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 11223 Nz.
16. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V., Fasanenstr. 85, 10623 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 143 Nz
17. Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin, Amtsgerichts Charlottenburg HRB 13072 B.
18. Stiftung Zukunft Berlin, Klingelhöferstraße 7, 10785 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
19. Berliner Immobilienmanagement GmbH, Keibelstraße 36, 10178 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg HRB 87806.
20. Berlinale Internationale Filmfestspiele Berlin, Potsdamer Straße 5, 10785 Berlin, c/o Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB) GmbH, Schöneberger Straße 15, 10963 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg 96 HRB 29357
21. ESMT European School of Management and Technology GmbH
Schlossplatz 1, 10178 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg HRB 87005.
22. European School of Management and Technology Stiftung, Schloßplatz 1, 10178 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
23. Stiftung Marktwirtschaft, Charlottenstraße 60, 10117 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
24. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin, Körperschaft des öffentlichen Rechts laut Staatsvertrag vom 21.05.1992.
25. Verein zur Förderung eines Deutschen Forschungsnetzes e. V., Alexanderplatz 1, 10178 Berlin
Amtsgericht Charlottenburg VR 7729NZ.
26. Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum, Unter den Linden 3, 10117 Berlin, Stiftung bürgerlichen Rechts.
27. Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

28. Stiftung Humboldt-Universität, p.A. Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
29. Einstein Stiftung Berlin, Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin 3416/926 /2.
30. Gentechnologiestiftung - Dr. Georg und Ingeburg Scheel Stiftung, Troppauer Str. 19a, 12205 Berlin.
31. Bundesärztekammer, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin.
32. Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands e.V., Kurfürstenstraße 132, 10785 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 23403 Nz.
33. Deutsches Rotes Kreuz e.V., Carstennstraße 58, 12205 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg 95 VR 590 B.
33. Deutsches Rotes Kreuz-Stiftung, Zukunft für Menschlichkeit, Carstennstraße 58, 12205 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
34. Deutsche Stiftung für Dermatologie, Robert-Koch-Platz 7, 10115 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
35. Berliner Stiftung für Dermatologie, p.A. Weberbank AG, Hohenzollerndamm 134, 14199 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
36. Deutsches Hautforschungszentrum c/o Charité Universitätsmedizin Berlin, Klinik für Dermatologie, Venerologie und Allergologie, Charitéplatz 1, 10117 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
37. Überleben Stiftung für Folteropfer, p.A. GSZ Moabit, Turmstraße 21, 10559 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
38. Behandlungszentrum für Folteropfer e.V., GSZ Moabit, Turmstraße 21, 10559 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 10527
39. Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin.
40. Studienstiftung des Abgeordnetenhauses, von Berlin, Niederkirchner Straße 5, 10117 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
41. Humanistischer Verband Deutschlands - Landesverband Berlin-Brandenburg e. V., Wallstraße 61-65, 10179 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 4672 B.
42. Humanismus Stiftung Berlin, Wallstraße 61-65, 10179 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
43. Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
44. Stiftung Menschenrechte, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.

45. Klaus und Renate Heinrich-Stiftung, Selerweg 34, 12169 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
46. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Boyenstraße 42, 10115 Berlin, Amtsgericht Bielefeld VR 1735.
47. motz und Consorten randständig abwegig unbedacht e.V., Zossener Straße 56-58, 10961 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 16476 Nz.
48. Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.

49. Stiftung Atlantik-Brücke, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
50. Axel Springer Stiftung, Pacelliallee 55, 14195 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
51. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ludwigkirchplatz 3-4, 10719 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.
52. Westerwelle Foundation, Stiftung für internationale Verständigung, Kurfürstendamm 213, 10719 Berlin, Stiftungsverzeichnis der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin.

Begründung:

Die Begründung erfolgte in Quellen, die in Anlage aufgelistet sind. Die durchgeführten Ermittlungen lassen folgende Schlußfolgerungen zu:

1. Es handelt sich bei den genannten Vereinen und Verbänden um die kriminellen und gegebenenfalls terroristischen Vereinigungen und Bestandteile des Verbrechersyndikats BRD, die zum Zwecke eingerichtet sind, das nationalsozialistische Regime, das sich nach dem Staatsstreich und Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.02.1933 widerrechtlich legitimierte, zu stützen.
2. Die Tätigkeit genannter Vereine, Verbände und Stiftungen entspricht in keiner Weise den Zielen, die in ihren Satzungen und Verträgen festgeschrieben sind, sie ist verfassungswidrig, und erfüllt die Voraussetzungen für die Straftatbestände Betrug, Irreführung öffentlicher Meinung, Veruntreuung und Zweckentfremdung öffentlicher Mittel zwecks eigennutziger Selbstbereicherung, Urkundenfälschung, Mißbrauch von Titeln und Berufsbezeichnungen, räuberische Erpressungen, Diebstähle, Unterschlagungen, gewerbsmäßige Bandenhehlerei, Korruption (Erschleichen von Leistungen, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit), Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung u.a.
3. Da die Mitglieder genannter Vereine, Verbände und Stiftungen ungeachtet der Bekanntgabe vom 23.07.2015 ihre kriminelle Tätigkeit fortführen, sind beantragten Maßnahmen erforderlich, um sie auseinander zu treiben.

Dr. Andrej Poleev

Anlage.

1. A. Poleev. Indictments. Enzymes, 2010.

URL: <http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

2. Strafantrag vom 10.12.2012 - Antrag auf Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen wegen schweren Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterliegen.

<http://www.enzymes.at/indictments/ICC4.pdf>

3. A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

4. Strafantrag vom 19.09.2013 - A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

<http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

5. A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

6. Bekanntgabe.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=916384615084769

7. Strafantrag vom 11.09.2015.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=940130869376810

Anordnung über Flugverkehr.

Flughafen Berlin Brandenburg GmbH
12521 Berlin

Ich untersage jeglichen Flugverkehr über Berlin in den Zeiten zwischen 21 und 8 Uhr. Sollte meine Anordnung mißachtet werden, gehe ich gegen Betreiber der Flughäfen, Fluggesellschaften, und Pilotenvereinigungen strafrechtlich vor.

Dr. Andrej Poleev
Berlin, 3.10.2015

Betreuungsgericht.

Amtsgericht Wedding
Betreuungsgericht
Brunnenplatz 1
13357 Berlin

14.10.2015

Aufgrund Feststellung psychischer Erkrankung bei den Beamtinnen Pistorius, Bernhardt sowie deren Vorgesetzten beantrage ich deren Entmündigung, die Anordnung gesetzlicher Betreuer und/oder Unterbringung ins Krankenhaus zwecks Bestimmung geeigneter Therapiemaßnahmen und Weiterbehandlung.

Die Diagnosestellung erfolgte anhand Texte und inadäquates Verhaltens dieser Personen, die sich im Zustand permanenter geistiger Verwirrung mit evidenter Selbst- und Fremdgefährdung befinden.

Die diagnostizierten Oligophrenie, Schizophrenie, Antisoziale Persönlichkeitsstörung mit psychopathischen Zügen¹ (ICD-10 F71.1, F20.9, F60.2) äußern sich im Größenwahn und abwertendem Verhalten gegenüber anderen Menschen, an den Tag gelegten Unmenschlichkeit, Gleichgültigkeit gegenüber menschliches Leidens, Unfähigkeit zum logischen Denken, Unkenntnis elementarer Rechenregeln, Ignorieren offensichtlicher Tatsachen und Beharren auf eigener Rechthaberei trotz Wahrheitsbeweise, Mißachtung ethischer Normen, Fehlen eines begrifflichen Zusammenhangs, Unfähigkeit zur Selbstkritik, was auf fortgeschrittene psychische Degradierung mit Depersonalisation, Derealisation, und weitgehender Reduktion oder Fehlen von Gewissen sowie höherer psychischen Instanzen zurückzuführen ist. Infolge reflexartig ablaufenden Verdrängungs- und Spaltungsvorgänge wurden alle menschliche Qualitäten entsorgt, um Selbstzweifel abzuwehren, ins Gegenteil zu verkehren, und narzisstisches Selbst zu entlasten. Asoziales Verhalten dieser Personen ist notwendiger Bestandteil der Perversion, in der sie existieren und zu der sie mit ihrem perversen Verhalten beitragen, und gleichzeitig die Grundvoraussetzung für ihre Arbeit beim Sozialamt und Sozialgericht.

Um meinen Antrag zu substantiieren, übersende ich Kopien der Schreiben, aus denen die Unzurechnungsfähigkeit und Schuldunfähigkeit genannter Personen ersichtlich ist. Die Verfasser dieser Schreiben verdrehen die Tatsachen und lügen, um mich zu beschmutzen und ihren ungezügelt Menschenhass zu exponieren. Nichts anderes ist von ungebildeten Personen mit geminderter Intelligenz zu erwarten.

Diese unzurechnungsfähige und schuldunfähige Personen sabotierten ein Jahr lang meinen Sozialhilfeantrag, worüber ich bereits berichtete². Im Juni dieses Jahres erhielt ich die Bescheide von gleicher Person, die erneut ihre Dummheit und Unbelehrbarkeit demonstriert.

Laut aktuellen Bescheide des Sozialamtes vom 16.07.2015 und 13.08.2015 muß auf mein Konto folgende Zahlung eingehen:

399 Grundsatz + 370 Mietkosten = 769 x 5 Monate September 2014 bis Januar 2015 = 3845 Euro.

Tatsächlich bisher überwiesen 2670,68 Euro (am 17.08.2015 1110,00 Euro und am 23.07.2015 1560,68 Euro). Die Differenz beträgt $3845 - 2670,68 = 1174,32$ Euro.

Absurderweise wurden 2 Monatsmieten an den Vermieter überwiesen, obwohl diese Zahlungen bereits geleistet wurden. Darüber hinaus, wurden 500 Euro Kautions für die Mietwohnung immer noch nicht ausgezahlt.

Die bewilligte Summe von 933,43 Euro monatlich liegt weit unter meinem monatlichen Bedarf, und ist nicht annähernd ausreichend, um meine Ausgaben zu decken. Monatlich betragen nur die minimalen Fixkosten über 300 Euro (mindestens 30 Euro für Telekommunikation, mindestens 30 Euro für Arzneimittel, 36 Euro für BVG-Leistungen im AB-Bereich, mindestens 50 Euro Haushaltskosten (Waschen, Waschmittel, Spülmittel, Seife, Zahnpasta, Toilettenpapier u.d.g.), 53 Euro als Vorauszahlung der Stromkosten (laut Urteil des Sozialgerichts Frankfurt im Verfahren S 58 AS 518/05 müssen alle Kosten der Unterkunft nach Paragraph 22 Abs. 1 SGB II übernommen werden (Miet-, Gas-, Strom-, Reparatur-, Renovierungs und Instandhaltungskosten), mindestens 100 Euro für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft), für das Essen bleiben weniger als 50 Euro. Eine solche Beengung ist unzulässig, verfassungswidrig und erfüllt die Voraussetzungen für die Straftatbestände Beleidigung, Körperverletzung, Betrug, Diebstahl, Unterschlagung, Rechtsbeugung und andere.

Wegen meiner Mittellosigkeit mußte ich seit Juli 2014 in einer Wohnung leben, die mangelhaft eingerichtet ist, keinesfalls meinen Bedürfnissen und meinem ästhetischen Empfinden entspricht, und aufgrund meiner psychosomatischen Erkrankung ungeeignet ist.

Im Regelsatz sind die Ausgaben für Kleidung, Haushaltsgeräte, Möbel nicht enthalten, weswegen ich am 4.08.2014 beim Sozialamt Berlin Mitte die Zusatzleistungen nach § 31 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII in Höhe von 1128 Euro für die Erstausrüstung der Wohnung wegen Neubezug aus einem Untermietverhältnis, sowie in Höhe von 2229 Euro für den Erwerb eines Apple MacBook 15,4 Zoll Computers beantragte, was aber bis heute nicht gewährt wurde.

Wegen unterlassener Auszahlung der Sozialhilfe in den Monaten September 2014 bis Januar 2015 entstanden mir zusätzliche Kosten wegen Mahngebühren - das Sozialamt verweigert die Erstattung. Am 9.09.2015 wurden mir widerrechtlich 1080 Euro geraubt, wobei ich noch 3626 Euro zurückzahlen muß: diese Schulden sind aufgrund unterlassener Grundversorgung entstanden.

Angesichts meines realen Bedarfs, erscheint eine monatliche Zahlung in Höhe von 2300 Euro angemessen, wie bereits in meinem Schreiben vom 29.05.2014 an die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften gefordert sowie am 25.10.2014 beim Verwaltungsgericht Berlin beantragt wurde.

Darüber hinaus, müssen noch 10 Millionen Euro ausgezahlt werden, um die Folgen politischer Verfolgung, rassistischer Hetze, und des Berufsverbots, denen ich jahrelang ausgesetzt war, auszugleichen, sowie meine vollständige berufliche, soziale und gesundheitliche Rehabilitation zu erreichen.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen und Quellenverweise.

1 Otto F. Kernberg. Die narzisstische Persönlichkeit und ihre Beziehung zu antisozialem Verhalten und Perversionen - pathologischer Narzissmus und narzistische Persönlichkeit. In: Otto F. Kernberg, Hans-Peter Hartmann (Hrsg.) Narzissmus. Grundlagen, Störungsbilder, Therapie. Schattauer, 2006.

2 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

SS-Staat.

Christian Steiof
Landeskriminalamt Berlin
Abt. 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

26.10.2015

Strafantrag.

Ich beantrage die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen einzelne Staatsanwälte, die Staatsanwaltschaft insgesamt einschließlich Generalstaatsanwalt, gegen Personen, die in meinen Strafanträgen vom 11.09.2015, 28.05.2015, u.a. genannt sind, wegen Rechtsbeugung, Betrug, Nachstellung, falsche Verdächtigung, politische Verdächtigung, Verfolgung und Vollstreckung gegen Unschuldige, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung u.a., die im Text der Strafanträge genannt sind.

Aus den Schreiben des Staatsanwalts Henjes vom 3.07.2015 und 14.10.2015 ist ersichtlich, daß keine Ermittlungen in Verfahren 276 UJs 1222/15 und 276 Js 1655/15 stattfanden, weswegen jegliche Begründungen für die Einstellung der Verfahren fehlen. Die Verfahren wurden ausschließlich aus Opportunitätsgründen eingestellt, weil eine rechtskräftige Verurteilung der Täter gemäß § 45 StGB zum Verlust deren Amtsfähigkeit, Wählbarkeit und Stimmrechts führen würde. Um seine Komplizen von diesen Verlusten zu schützen, beging der Staatsanwalt Henjes den Rechtsbruch. Darin besteht die Hauptaufgabe der Staatsanwaltschaft: den Rechtsbruch zu begehen, weil sie überhaupt nicht dazu verpflichtet ist, die Rechtsverletzungen anzuklagen und damit zur Wiederherstellung der Rechtsordnung beizutragen, sondern, im Gegenteil, sie tut alles, um die Rechtsordnung zu untergraben, indem sie die berechtigten und begründeten Strafanträge einstellt, und die Täter vor jeglicher Strafverfolgung schützt. Die Staatsanwaltschaft ist kein Anwalt des Rechts sondern des Staates, der zu einem Verbrechersyndikat verkommen ist, und der seit 1933 als SS-Staat fortbesteht. Als Bestandteil der Staatssicherheit, kurz STASI bzw. SS, erfüllt die Staatsanwaltschaft ihre Aufgaben.

Zu diesen Aufgaben gehört, absurde und widerrechtliche Strafverfahren gegen ungehorsamer Bürger, Dissidenten, Intellektuelle, und politische Opposition zu fabrizieren. So geschah es mit rechtswidriger Verhaftung und Inhaftierung am 28.08.2015, wie ich in meinem Strafantrag und meinem Antrag beim Amtsgericht Tiergarten vom 11.09.2015 darlegte¹. Ungeachtet grober Rechtsverletzungen und verfassungswidrige Vorgehensweise wurde das Ermittlungsverfahren

276 Js 1655/15 eingestellt und das Gerichtsverfahren 28 C 1004/15 abgewiesen, womit auch weiterhin das Klageerzwingungsverfahren behindert wird. Mein Antrag beim Amtsgericht Charlottenburg im Verfahren 235 C 1005/15, alle in dem Antrag genannten Vereine und Verbände aus dem Register zu löschen und aufzulösen, wurde gleichfalls ignoriert². Auf die gleiche Weise wurde mit allen meinem Anträgen und Klageschriften beim Arbeitsgericht, Sozialgericht, Verwaltungsgericht, Landgericht, Oberverwaltungsgericht, und Verfassungsgerichtshof umgegangen, wie ich bereits berichtete³.

Die absurden Beschuldigungen des Staatsanwalts Oswald in seinem Schreiben vom 16.10.2015 im Verfahren 284 Js 1905/15 weisen auf psychische Krankheit, u.a. Hexenwahn, bei dem Verfasser hin. Ich bin homosexuell veranlagt, und mich daran zu beschuldigen, gegen Homosexuellen zu hetzen, ist schlicht und einfach haltlos. Das aufgeführte Zitat stammt aus meinem Eintrag in meinem facebook-Profil, der widerrechtlich gelöscht wurde, weswegen ich einen Strafantrag beim Landeskriminalamt und einen Antrag auf Eilrechtsschutz stellte, was aber bis heute nicht zur Wiederherstellung meiner Rechte und der Rechtsordnung führte (Verfahren 14 C 1008/15 beim Amtsgericht Mitte und 51 T 712/15 beim Landgericht⁴). Stattdessen wurde gegen mich ein Strafverfahren eingeleitet. Früher behinderten der Staatsanwalt Adrian Voigt und Dr. Rüdiger Reiff von der Zentralstelle Korruptionsbekämpfung der Generalstaatsanwalt strafrechtliche Ermittlungen und Verfahren gegen ihre nazistischen und rassistischen Komplizen, die vorgeben, eine schützenswerte Homosexuellen-Vereinigung zu sein (Verfahren 284 Js 1469/14, 284 Js 1881/14 A, 284 Js 2601/14, und 133 AR 364/14).

Gleichzeitig lässt die Staatsanwaltschaft die gegen mich gerichtete homophobe und rassistische Hetze ungestraft geschehen. Am 15.02.2015 ereignete sich ein rassistischer und homophober Übergriff in der Universitätsbibliothek in Geschwister-Scholl-Straße 1/3, weswegen ich einen Strafantrag und einen Antrag auf Eilrechtsschutz beim Amtsgericht Tiergarten stellte, die aber, wie alle anderen, abgewiesen wurden (Verfahren 3024 Js 5265/15, 113 C 32/15 und 113 C 1001/15 beim Amtsgericht Mitte).

Die selbsternannte Kaste der Unberührbaren verhindert jegliche strafrechtliche Verfolgung und Bestrafung ihrer Mitglieder, wie das in jeder kriminellen Vereinigung üblich ist. Infolgedessen befinden sich die Stadt Berlin und Deutschland insgesamt in schmutzigen Händen organisierter Kriminalität, die vorgibt, für Recht und Ordnung zu sorgen, aber in Wirklichkeit nur ihre eigennützigen Interessen, d.h. den Machterhalt und den Profit, sichert. Das Strafverfahren 276 UJs 1222/15 gegen diese Ansammlung von Kriminellen und tötungswürdiger Parasiten gemäß Völkerstrafgesetzbuch wurde behindert, obwohl keine der Gründe für die Einstellung der Strafverfahren, die im § 153f StPO genannt sind, vorliegen.

Ich beantrage die Aufnahme der Ermittlungen und Verfahren bzw. die Wieder- oder Neuaufnahme der Verfahren aufgrund meiner Anträge seit 2002, u.a. in Berlin seit 2.06.2014:

284 Js 1469/14, 284 Js 1881/14 A, 133 AR 364/14, 276 Js 1346/14, 276 Js 1702/14, 283 Js 3600/14 A, 231 Js 2205/14, 283 Js 4075/14, 256 Js 3495/14, 235 UJs 917/14, 276 Js 1902/14, 276 U Js 2106/14, 276 Js 1961/14, 235 Js 4191/14, 283 Js 4666/14, 276 U Js 2186/14, 283 Js 4667/14, 276 Js 2020/14, 276 Js 1346/14, 276 Js 2064/14, 276 Js 2065/14, 276 Js 2066/14, 231 Js 2771/14, 235 Js 4657/14, 283 Js 5102/14, 256 Js 4331/14, 284 Js 2729/14, 283 Js 5228/14 A, 235 Js 1064/15, 276 Js 1031/15, 276 UJs 1222/15, 3024 Js 5265/15.

Im Weiteren beantrage ich die Aufnahme der Ermittlungen und Verfahren gegen Mitglieder krimineller und terroristischer Vereinigung, die sich als Richter am Amtsgericht Tiergarten, Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgericht Mitte, Arbeitsgericht, Sozialgericht, Verwaltungsgericht, Landgericht, Oberverwaltungsgericht, und Verfassungsgerichtshof titulieren, wegen Rechtsbeugung, Betrug, Amtsanmaßung, Gebührenüberhebung, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung u.a.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1 Recht auf Widerstand.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=940130869376810

2 Verbrechersyndikat BRD.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=947861331937097

3 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

4 Strafantrag gegen facebook vom 26.06.2015.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=903446346378596

Entlassungsschreiben.

Dr. Heiner Koch
Erzbischöfliches Sekretariat
Hausvogteiplatz 12
10117 Berlin

11.11.2015

Verehrter Amtsträger !

Während ich widerrechtlich inhaftiert war, und in einem Gefängnis saß, legten Sie feierlich einen Treueeid dem deutschen Staatswesen ab, das bis heute sein verwesenes Unwesen nach den rechtsbrecherischen Gesetzen des Hitlerreiches treibt, und unterzeichneten am 7.09.2015 ein Dokument, dessen Inhalt aus dem Jahr 1933 stammt¹. Handelte es sich bei dieser Zeremonie im „roten“ Rathaus um einen Zusammenschluß der Kirche und des Staates, oder schon, wie zu Kaiserzeiten, um die Unterwerfungserklärung der Staatskirche, die voll und ganz im Dienst des Staates steht? Ich könnte noch gutheißen, wenn Sie die Treue zur Verfassung erklärten, stattdessen legten Sie Ihre Hand auf die Bibel. Man soll nicht verschiedenen Götter dienen, wie Sie tun, haben Sie diesen Grundsatz vergessen?

Um dieses Puzzle zu vervollständigen, soll noch erwähnt werden, daß den Mittelpunkt staatlicher Einrichtung JVA Plötzensee bezeichnenderweise ein Kirchturm bildet. Symbolisiert diese architektonische Topologie die gesellschaftliche Ordnung, oder vielmehr schon eine, für alle Zeiten gegebene katholische Ordnung eines Gottesstaates? Ist das ein Zufall, daß ein ehemaliger Pastor, der offensichtlich verrückt geworden ist, ins Amt des Präsidenten dieses angeblichen Gottesstaates eingeführt wurde?

Diejenigen, die behaupten, Gott sei mit ihnen, empfehle ich, die Gedächtniskirche in Berlin von außen und von innen anzuschauen. Der Staat, dem Sie treu dienen, ist kein Rechtsstaat, wie meine widerrechtliche Inhaftierung beweist. Und die Katholische Kirche ist gleichfalls eine gottlose Kirche einer gottlosen Religion, deren Gott seit 2000 Jahren tot ist, während dessen Stellvertreter in seinem Namen sprechen, und in unabsehbare Zeit seine Wiederkunft versprechen. Diese Kirche profitiert von menschlichem Leid und ist daran interessiert, dieses Leid zu vermehren, weil sonst die Einnahmenquellen für sie versinken: wer soll dann die Kirchensteuer zahlen und spendieren?

Heutzutage besitzt man kircheneigene Hotels, Banken, Akademien und viele andere Güter - ist das nicht zu viel für ehemaligen Bettlerorden, in dem Askese das Grundprinzip war? Um die Gefahr des Versinkens der Einnahmequellen zu bannen, nachdem über die geschäftlichen Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Mafia bekannt geworden war, intronisierten die Kirchenväter ihren Hoffnungsträger, der aber bis heute mir jegliche Anteilnahme verweigert². Wenn er mir mißtraut, was sein Recht ist, und mir keinen Glauben schenkt, möchte ich wissen: An welchen Gott glaubt er? Ist sein Gott ein Hirngespinnst, oder ist er ein lebendiger Gott, der in seinem Wirken das verwirklicht, woran er angeblich glaubt und wovon er alltäglich spricht?

Meine Botschaften, die ich Ihnen aus dem Gefängnis schickte und später nach meiner Freilassung adressierte, blieben unbeantwortet, meine Forderungen wurden mißachtet³. Aus aktuellem Anlaß möchte ich noch an Ihre Entlassung aus dem Amt des Bischofs von Dresden-Meißen erinnern, die am 18.12.2013 erfolgte⁴. Weil Sie unfähig sind, aus der Vergangenheit zu lernen, und offensichtlich nicht beabsichtigen, sich zu bessern, entlasse ich Sie zum zweiten Mal aus dem Amt des Bischofs, und möchte Sie bitten, zusammen mit Ihrem Klerus, in dessen Namen Sie den Treueeid ablegten, aus Berlin auszureisen. Falls Sie sich meiner Anweisung widersetzen, werden Sie und Ihre Anhänger von den Maßnahmen betroffen, die in meinem Schreiben an die militärischen Antiterrorereinheiten der Länder, die das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ratifizierten, genannt sind⁵.

Dr. Andrej Poleev

1 Neuer Erzbischof leistet Treueid.

<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/rathaus-aktuell/2015/meldung.361919.php>

2 Aufforderung.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=939209099468987

3 Rechtsprechung.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=948163185240245

4 A. Poleev. Harvest. Enzymes, 2013.

<http://www.enzymes.at/download/harvest.pdf>

5 Recht auf Widerstand.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=940130869376810

Следственный комитет Российской Федерации
Технический переулок 2
105005 Москва
Россия • Rußland

22.11.2015

На основании статей 2, 8, 12, 30, 59, 105 (покушение на убийство по мотивам политической, идеологической, расовой, национальной и религиозной ненависти и вражды), 111, 117, 124, 125, 126, 127, 127–1, 127–2, 128, 128–1, 136, 137, 139, 140, 145–1, 149, 158, 159, 159–2, 159–4, 159–6, 161, 162, 163, 165, 167, 169, 174, 178, 201, 202, 205, 205–1, 205–2, 205–4, 205–5, 209, 210, 213, 215–1, 237, 238, 250, 251, 254, 278, 280–1, 282, 285, 293, 294, 295, 296, 299, 301, 305, 306, 330, 353, 354–1, 355, 357, 358, 359 УК РФ и законов № 115-ФЗ «О противодействии легализации (отмыванию) доходов, полученных преступным путем, и финансированию терроризма», № 35-ФЗ "О противодействии терроризму", №134-ФЗ «О внесении изменений в отдельные законодательные акты Российской Федерации в части противодействия незаконным финансовым операциям» прошу начать расследование и возбудить уголовные дела в отношении лиц немецкой национальности, граждан РФ и других государств, совершивших или виновных в совершении преступлений против меня, граждан других государств, против мира и безопасности человечества, и арестовать всё движимое и недвижимое имущество, банковские счета и денежные средства этих лиц после внесения в «Федеральный список террористов и экстремистов».

Необходимость применения вышеперечисленных положений УК РФ с целью наказания преступников и восстановления правопорядка, законности и справедливости вытекает из обстоятельства продолжающейся грубой фальсификации судебных решений и процедур, ни одно из которых не может быть квалифицировано как правовое.

Обоснование заявления было сделано в публикациях, перечень которых прилагается. Документальные подтверждения и свидетельские показания, в дополнение к названным в указанных источниках, могут предоставляться следствию и суду по мере необходимости.



к.б.н. Андрей Полеев

1 A. Poleev. Indictments. Enzymes, 2010.

URL: <http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

2 Strafantrag vom 10.12.2012 - Antrag auf Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen wegen schweren Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterliegen.

<http://www.enzymes.at/indictments/ICC4.pdf>

3 A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

4 Strafantrag vom 19.09.2013 - A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

<http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

5 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

6 Bekanntgabe.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=916384615084769

7 Recht auf Widerstand.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=940130869376810

8 Verbrechersyndikat BRD.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=947861331937097

9 Betreuungsgericht.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=955115597878337

10 SS-Staat.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=959782300745000

Список лиц, подлежащих аресту и наказанию в соответствии с вышеназванными статьями УК РФ:

1. Klaus Kandt, Polizeipräsident, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin.
2. Die Polizeibanditen mit den Dienstnummern 74079, 62047, 94038 vom Abschnitt 36, Pankstraße 29, 13357 Berlin.
3. Die Beamten und das Personal der JVA Plötzensee, Friedrich-Olbricht-Damm 16 und des JVA Krankenhauses, Saatwinkler Damm 1a, 13627 Berlin.
4. Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin.
5. Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
6. Emine Demirbüken-Wegner, Staatssekretärin für Gesundheit, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
7. Dirk Gerstle, Staatssekretär für Soziales, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
8. Christian Hanke, Bezirksbürgermeister, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin.
9. Stephan von Dassel, Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Bürgerdienste, Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, 13353 Berlin.
10. Beamten Pistorius, Sembach, Keller, Bernhardt, Nicklaus, Bezirksamt Mitte Sozialamt, Müllerstraße 146, 13353 Berlin.
11. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin.
12. Günter Stock, Präsident, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin.
13. Jan-Hendrik Olbertz, Präsident, Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
14. Peter-André Alt, Präsident, Freie Universität Berlin, Kaiserswerther Str. 16-18, 14195 Berlin.
15. Frank Ulrich Montgomery, Präsident, Bundesärztekammer, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin.
16. Abgeordnete des Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin.
17. Matthias Kollatz-Ahnen, Senator für Finanzen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin.
18. Thomas Heilmann, Senator für Justiz, Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin.
19. Frank Henkel, Senator für Inneres, Klosterstraße 47, 10179 Berlin.
20. Cornelia Yzer, Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin.
21. Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
22. Joachim Gauck, Schloss Bellevue, Spreeweg 1, 10557 Berlin.
23. Angela Merkel, Bundeskanzleramt, Am Kupfergraben 6, 10117 Berlin, und Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin.
24. Johanna Wanka, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin.
25. Heiko Maas, Bundesministerium für Justiz, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin.
26. Thomas de Maizière, Bundesministerium des Innern, Alt-Moabit 140, 10559 Berlin.

27. Wolfgang Schäuble, Bundesministerium für Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin.
28. Abgerordnete des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
29. Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., Hofgartenstraße 8, 80539 München.
30. Horst Seehofer, Ministerpräsident von Bayern,
31. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
32. Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern
33. Winfried Bausback, Bayerischer Staatsminister der Justiz.
34. Richter Müller sowie das gesamte Personal des Amtsgerichts in Nymphenburger Straße 16, 80335 München.
35. Peter Frank, Generalstaatsanwalt, Nymphenburger Straße 16, 80335 München.
36. Staatsanwaltschaft, einschließlich Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Elßholzstr. 30-33, 10781 Berlin, und Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof.
37. Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin.
38. Mitglieder des Deutschen Richterbundes, Kronenstraße 73, 10117 Berlin.

39. Dieter Oswald, Facharzt für Psychiatrie, Psychotherapie - Diplomsozialarbeiter, Leitender Oberarzt, LVR - Klinik Langenfeld, Forensik I, Kölner Str. 82, 40764 Langenfeld, Tel.: 0201/83889-158, 02173/102-2028, dieter.oswald2@lvr.de, dieter.oswald@lvr.de.
40. Norbert Leygraf, Direktor des Instituts für Forensische Psychiatrie, der Universität Duisburg-Essen, LVR-Klinikum, Hohlweg 26, 45147 Essen.
41. Ullrich Radtke, Rektor der Universität Essen, Universitätsstr. 2, 45141 Essen.
42. Holger Höhmann (Vorstandsvorsitzender), Jutta Muysers (ärztliche Direktorin), Ulrike Lubek (LVR-Direktorin), LVR-Klinik Langenfeld, Abteilung für forensische Psychiatrie, Kölnerstraße 82, 40764 Langenfeld.
43. Dr. J. Lecheler, Vorsitzender des Vorstands, Bundesarbeitsgemeinschaft der medizinisch-beruflichen Rehabilitationseinrichtungen e.V., Buchenhöhe 46, 83471 Berchtesgaden.
44. Dr. med. Michaela Vormstein, Leitende Ärztin, Geschäftsführer Rolf Gantenberg und Herbert Schmidt, Institut für medizinisch-berufliche Rehabilitation, Im Saalscheid 8, 42369 Wuppertal.

45. Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin NRW.
46. Thomas Kutschaty, Justizminister NRW, Martin-Luther-Platz 40, 40212 Düsseldorf.
47. Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales NRW, Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf, privat: Hopfenstr. 4, 44139 Dortmund.
48. Ralf Jäger, Minister für Inneres NRW, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf.
49. Barbara Steffenswegen, Gesundheitsministerin des Landes NRW.
50. Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung.

51. Reinhard Paß, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Essen, Rathaus, Porscheplatz 1, 45121 Essen.

52. Polizeipräsidentin der Stadt Essen, Büscherstr. 2-6, 45131 Essen.
53. Richter Busold, Postert, Konrad, Landgericht Essen, Zweigertstr. 52, 45130 Essen.
54. Richter Lange, Kollmeyer und Mölling, Oberlandesgericht Hamm, Heßlerstraße 53, 59065 Hamm.
55. Generalstaatsanwalt Manfred Proyer, Generalstaatsanwaltschaft, Heßlerstraße 53, 59065 Hamm.

56. Gerhard Schröder, Bundeskanzler a.D.
57. Katrin Dagmar Göring-Eckardt, <http://www.goering-eckardt.de/>.
58. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ehemalige Bundesjustizministerin, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin.
59. Brigitte Zypries, ehemalige Bundesjustizministerin, <http://www.brigitte-zypries.de/> .
60. Philipp Rösler, ehemaliger Bundesgesundheitsminister.
61. Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU 2005-2009.

62. Dr. Thomas Mayen, Vorsitzender der Ständigen Deputation des Deutschen Juristentages, Dr. Andreas Nadler, Dr. Stefan Freuding, Generalsekretär des Deutschen Juristentages, Postfach 11 69, 53001 Bonn.
62. Harald Range, Generalbundesanwalt a.D., Brauerstraße 30, 76135 Karlsruhe.
63. Alle Richter sowie das gesamte Personal des Bundesverfassungsgerichts seit dem Inkrafttreten des Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs.
64. Christoph Frank, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, Kronenstr. 73, 10117 Berlin.
65. Axel C. Filges, Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer, Littenstraße 9, 10179 Berlin.
66. Leiter des Landeskriminalamtes NRW, Schifferstraße 10, 47059 Duisburg.
67. Präsident des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen.
68. Präsident des Sozialgerichts Duisburg.
69. Leiter des Verfassungsschutzes NRW.

70. Klaus Dauderstäd, Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.
71. Frank-J. Weise, Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit.
72. Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident.
73. Das gesamte Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund, 10704 Berlin.
74. Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Essen.
75. Leiter des Straßenverkehrsamtes der Stadt Essen.
76. Leiter des Sozialamtes und Wohnen der Stadt Essen.

77. Peter Hartz, Mitglieder des Vorstandes der Volkswagen AG bis 2005.
78. Josef Ackermann, von 2006 bis Ende Mai 2012 der alleinige Vorsitzende des Vorstands und des Group Executive Committee der Deutschen Bank AG.
79. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel, Präsident des Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

80. Monika Piel, Intendantin des WDR, Vorsitzende der ARD.
81. Dr. Gerhard Mersmann, Geschäftsführer, sowie Michael Honikel, Dozent für Staatsrecht an der Verwaltungsschule Rhein-Neckar, U1, 16, 68161 Mannheim.
82. Teilnehmer der Hochschulrektorenkonferenz, <http://www.hrk.de/> .
83. Leiter der Rechtswissenschaftlichen Fakultäten der deutschen Hochschulen, Deutscher Juristen-Fakultätentag, Vorsitzender: Professor Dr. Henning Radtke, Juristische Fakultät der Leibniz-Universität Hannover, Königsworther Platz 1, 30167 Hannover.
84. Klaus Neidhardt, Präsident der Deutschen Hochschule für Polizei, Zum Roten Berge 18 - 24, 48165 Münster.
85. Präsidiumsmitglieder der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, Karl-Arnold-Haus der Wissenschaften, Palmenstraße 16, 40217 Düsseldorf.
86. Florian Holsboer, Leiter des Max-Planck-Institut für Psychiatrie, Kraepelinstr. 2-10, 80804 München.
87. Dr. Christa Roth-Sackenheim, Vorsitzende des Berufsverband Deutscher Psychiater, Am Zollhof 2a, 47829 Krefeld, sowie Breite Str. 63, 56626 Andernach.
88. Dr. med. Peter Falkai, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN), Reinhardtstraße 27 B, 10117 Berlin.
89. Dr. med. Eckhard (Ärztlichen Direktor), Nagel Dr. med. Raimund Erbel (Leiter des Herzzentrums), Universitätsklinikum, Hufelandstr. 55, 45122 Essen.
90. Dr. med. Cornelius Wurthmann, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Katholisches Klinikum Essen GmbH - Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Duisburg-Essen, Philippusstift, Hülsmannstraße 17, 45355 Essen.
91. Dr. med. Mathias Langkafel, Bredenscheider Straße 54, 45525 Hattingen.
92. Dr. J. Lecheler, Vorsitzender des Vorstands, Bundesarbeitsgemeinschaft der medizinisch-beruflichen Rehabilitationseinrichtungen e.V., Buchenhöhe 46, 83471 Berchtesgaden.
93. Dr. med. Michaela Vormstein, Leitende Ärztin, Geschäftsführer Rolf Gantenberg und Herbert Schmidt, Institut für medizinisch-berufliche Rehabilitation, Im Saalscheid 8, 42369 Wuppertal.
94. Viviane Reding, European Commission Vice-President in charge of Justice, Fundamental Rights and Citizenship, BE-1049 Brussels, Belgium.
95. Navanethem Pillay, High Commissioner for Human Rights, Palais Wilson, 52 rue des Pâquis, CH-1201 Geneva, Switzerland.
96. Irina Bokova, UNESCO Director-General, 7, place de Fontenoy, 75352 Paris 07 SP, France.
97. Professor Dr. med. Dr. h. c. Torsten Zuberbier, Klinik für Dermatologie, Venerologie und Allergologie, Charite - Universitätsmedizin FU und HU, Chariteplatz 1, 10117 Berlin.
98. Dr. Heiner Koch, Erzbischöfliches Sekretariat, Hausvogteiplatz 12, 10117 Berlin.
99. Wilhelm Schulze-Wenning, Steuerberater.

На основании решения о конфискации собственности от 27.01.2015, всё движимое и недвижимое имущество и все предприятия или их части, находящиеся на территории или подлежащие юрисдикции Российской Федерации, и до сих пор принадлежавшие ФРГ, федеральным землям или гражданам ФРГ, являются моей собственностью, вследствие чего, и с целью пресечения террористической деятельности, право пользования и распоряжения этой собственностью принадлежит только мне или возможно только с моего согласия.

Любые попытки противодействия осуществлению правосудия и восстановлению правопорядка должны рассматриваться как пособничество терроризму и немецкому нацизму и фашизму, и посему незамедлительно пресекаться на месте их совершения.

Landeskriminalamt
Dezernat 62 Organisierte Kriminalität
Maillingerstraße 15
80636 München

10.03.2016

Strafantrag.

Ich beantrage die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen:

1. Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., Hofgartenstraße 8, 80539 München, sowie gesamtes Personal der Max-Planck-Gesellschaft;
2. Beamter Müller sowie gesamtes Personal des Amtsgerichts in Nymphenburger Straße 16, 80335 München;
3. Hans Kornprobst, der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft München I, Linprunstraße 25, 80335 München, sowie seines Vorgängers Manfred Nötzel und Beamten Haslbeck, Stamm, Minks, Dörndorfer;
4. Mitglieder der CSU;
5. Landesjustizkasse Bamberg;
6. Sparda-Bank München;

wegen Gebührenüberhebung, Betrug, Diebstahl, räuberische Erpressung, Korruption (Erschleichen von Leistungen, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit), Nötigung, Nachstellung, falsche Verdächtigung, politische Verdächtigung, Verfolgung und Vollstreckung gegen Unschuldige, Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, Mißhandlung, Körperverletzung, Freiheitsberaubungen, räuberischer Menschenraub, Menschenhandel und Förderung des Menschenhandels, Verschleppung, Terrorismusfinanzierung, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung sowie Beihilfe zu Straftaten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§§ 7 - 8 VStGB) u.a.,

sowie gegen:

7. Peter Frank, Generalstaatsanwalt, Nymphenburger Straße 16, 80335 München;
8. Horst Seehofer, Ministerpräsident von Bayern;
9. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat;
10. Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern;

11. Winfried Bausback, Bayerischer Staatsminister der Justiz;
12. Abgeordnete des Bayerischen Landtags, Max-Planck-Straße 1, 81675 München;

wegen Verletzung der Aufsichtspflicht (§ 13 VStGB), Unterlassen der Meldung einer Straftat (§ 14 VStGB), Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung.

Eine ausführliche Begründung meines Strafantrags erfolgte in der unten aufgeführten Quelle¹, über Vorgeschichte berichtete ich ebenfalls²⁻⁶. Mit der Aufforderung des Beamten Haslbeck, der sich irreführend als „Rechtspfleger“ bezeichnet, wurden die Voraussetzungen für Straftatbestände Gebührenüberhebung, räuberische Erpressung, Korruption (Erschleichen von Leistungen, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit), Nötigung, Nachstellung, falsche Verdächtigung, politische Verdächtigung, Verfolgung und Vollstreckung gegen Unschuldige, Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, Terrorismusfinanzierung, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung erfüllt.

Durch die bereits vollzogene Fehltrachtung und Bestrafung wurden die Grundsätze eines Rechtsverfahrens auf das Größte verletzt. Nachdem ich aus dem Gefängnis entlassen wurde, und entsprechende Strafanträge stellte, forderte ich die SPARDA-Bank auf, 1080 Euro, die von mir rechtswidrig erpresst wurden, zurück zu buchen, was aber verweigert wurde. Aus genanntem Grund fordere ich die Einleitung von Strafverfahren auch gegen SPARDA-Bank und Landesjustizkasse Bamberg wegen Beihilfe zu Straftaten und Beteiligung an krimineller und terroristischer Vereinigung, und gegen Markus Söder wegen Verletzung der Aufsichtspflicht gemäß § 13 VStGB.

Am 27.01.2015 wurde für mich ein Betreuer mit dem Aufgabenkreis u.a. Vertretung vor Behörden und Gerichten bestellt (Amtsgericht Berlin-Wedding 52 XVII 487/14). Die Behörden und Gerichten handelten rechtswidrig nicht nur wegen willkürlich vollzogener Inhaftierung und ungeachtet meines gesundheitlichen Zustandes sondern auch wegen Verletzung des Betreuungsrechts durch die Umgehung meines Betreuers, der in keinster Weise über das kriminelle Vorhaben der Behörden und Gerichten in Kenntnis gesetzt wurde.

Ich informierte Peter Gruss persönlich über das geschehene Unrecht, was allerdings nicht zur Wiederherstellung meiner Rechte führte, weswegen ich Peter Gruss und das gesamte Personal der Max-Planck-Gesellschaft verantwortlich für die gravierende Rechtsverletzung mache.

Ex iniuria ius non oritur - Aus Unrecht entsteht kein Recht. Das Verfahren 844 Cs 256 Js 126620/14 ist eine juristische Fälschung, die von den Betrüger im Auftrag ihrer Auftraggeber in der Fälschungsfabrik Amtsgericht München angefertigt wurde. Allein schon die Erwartung, daß ich in

irgendwelcher Weise die beamteten Kriminellen, die sich mittels bandenmäßig betriebener Schutzgelderpressung finanzieren, unterstützen werde, ist irrig.

Ergänzend zu genannten Gründen soll noch erwähnt werden, daß das gesammte Vermögen von CDU, CSU, sowie der BRD und des Landes Bayern seit dem 27.01.2015 mein Eigentum ist, und aufgrund des Beschlagnahmebeschlüßes nur mit meiner Erlaubnis verfügt werden kann. Ich entziehe allen in meinem Strafantrag genannten Banditen das Recht, Diebstahl, Betrug und weitere Untaten zu begehen. Alle Personen, die das kriminelle Treiben fördern und ermöglichen, werden zur Verantwortung gezogen und bestraft.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen und Quellenverweise.

1 Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

2 A. Poleev. Indictments. Enzymes, 2010.

<http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

3 Strafantrag vom 10.12.2012 - Antrag auf Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen wegen schweren Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterliegen.

<http://www.enzymes.at/indictments/ICC4.pdf>

4 A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

<http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

5 A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

<http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

6 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

Amtsgericht Wedding
Betreuungsgericht
Brunnenplatz 1
13357 Berlin

10.03.2016

Beschwerde

Am 10.11.2014 beantragte ich die Beiordnung eines gesetzlichen Betreuers, und am 27.01.2015 wurde für mich ein Betreuer mit dem Aufgabenkreis u.a. Vertretung vor Behörden und Gerichten bestellt (Amtsgericht Berlin-Wedding 52 XVII 487/14).

Seitdem mein Betreuer seine Arbeit aufnahm, kam es zu groben Verletzungen meiner Rechte. Die Behörden und Gerichten handelten rechtswidrig nicht nur im Fall der willkürlich vollzogenen Inhaftierung am 28.08.2015 und ungeachtet meines gesundheitlichen Zustandes sondern auch wegen Verletzung des Betreuungsrechts durch die Umgehung meines Betreuers, der in keinsten Weise über das kriminelle Vorhaben der Behörden und Gerichten in Kenntnis gesetzt wurde¹.

Meine Anträge auf Entschädigung wegen gesundheitlicher und sozialer Folgen von Straftaten beim LAGESO, beim Sozialgericht (S 50 SO 225/15 und S 50 SO 225/15 ER), Verwaltungsgericht (VG 37 L 10.15 und VG 37 K 11.15) und Verfassungsgerichtshof (VerfGH 8/15, 8 A/15) werden weiterhin und im Widerspruch zum bestehenden Recht ignoriert. Meine wiederholten Aufforderungen, mir einen Rechtsanwalt beizuordnen oder einen Rechtsanwalt mit der Durchsetzung meiner berechtigten Ansprüche zu beauftragen, werden von Behörden und Gerichten mißachtet.

Nachdem von mir rechtswidrig 1080 Euro erpresst wurden, werde ich weiterhin von blöden und parasitischen Beamten belästigt, womit die Voraussetzungen für Straftatbestände Nachstellung und weitere erfüllt sind (entsprechende Schreiben übersende ich dem Gericht zur Kenntnisnahme). Die beamteten Parasiten des Sozialamtes verweigern mir weiterhin die Auszahlung der Summen, die mir zustehen, was ich bereits in meinem Schreiben vom 14.10.2015 zum Ausdruck brachte. Die Tatsache, daß mir das Geld nicht bis zum Monatsende reicht, wie aus den Kontoauszügen ersichtlich ist, und ich gezwungen bin, mich weiterhin zu verschulden, wird schlicht und einfach ignoriert. Ich schulde noch 3626 Euro einer Person - diese Schulden sind

aufgrund unterlassener Zahlung des Sozialamtes entstanden, und aufgrund fortgeführter Unterlassung seitens Sozialamtes habe ich keine Möglichkeit, diese Schulden abzubauen.

Im Weiteren verweigert die Ausländerbehörde willkürlich die Übertragung des Aufenthaltstitels in Reisepaß.

Bis heute besteht ein willkürliches Brufsverbot, mein Recht auf Nutzung des Internets (BGH III ZR 98/12) wird gröblich verletzt.

Am 16.12.2015 stellte ich einen Strafantrag beim Landeskriminalamt und Antrag auf Eilrechtsschutz beim Landgericht wegen unterlassener medizinischer Hilfeleistung und anderer Delikte, was bisher zu keinem Ergebnis führte. Wegen rassistischer Diskriminierung wird mir weiterhin notwendige medizinische Hilfe verweigert.

Ich beantrage beim Amtsgericht eine gerichtliche Durchsetzung und Wiederherstellung meiner Rechte, u.a. die Einleitung von Strafverfahren gegen Beamte und Ärzte, die sich widerrechtlich und verfassungswidrig verhalten und meine Rechte verletzen oder weiterhin verletzen.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen und Quellenverweise.

1 Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
10559 Berlin

25.06.2015

Klage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Mark Zuckerberg, Facebook Headquarters, 1 Hacker Way, Menlo Park, CA 94025, USA.
2. Facebook Deutschland GmbH, Großer Burstah 50-52, 20457 Hamburg.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. die Beklagten zu verurteilen, die Löschung von Einträgen in meinem facebook-Profil rückgängig zu machen;
2. die Beklagten zu verurteilen, die ausgesprochenen Strafmaßnahmen auszusetzen und eine Entschuldigung auszusprechen;
3. falls die Beklagten sich weigern, die oben genannten Forderungen zu erfüllen, gegen sie strafrechtliche Verfahren einzuleiten;
4. da ich in diesem Fall durch die rechtswidrigen Handlungen der Beklagten in meinen Rechten verletzt wurde, auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung.

Am 25. Juni dieses Jahres veröffentlichte ich in meinem facebook-Profil folgenden Satz:

Es stimmt nicht, daß nicht der Homosexuelle sondern seine Umgebung pervers und an allem schuld ist: Die Homosexuellen sind genauso pervers wie ihre Umgebung, und die Vereine von Homosexuellen gehören zu widerwärtigsten Erscheinungen dieser Umgebung. In der Homosexualität paart sich die krankhaft gesteigerte demokratische Selbstvergöttlichung mit dem Peniskult, was direkte Auswirkung auf Intelligenz betroffener Personen hat, die infolge übergroßer Penisrepräsentation in ihren Gehirnen schrumpft und ein Schattendasein führt. Die Schwulen

werden von ihren eigenen Penisen erschlagen. Die sogenannte sexuelle Identität verdrängt Menschlichkeit und jede andere Selbstwahrnehmung als ein geistiges Wesen. Die sexualisierte Herde zeigt regelmäßig ihre Dummheit an sogenannten CSD-Paraden, während sie das Publikum mit inhaltsleerer Albernheit schockiert. Einfach ekelhaft!

happy #gay #Nazi #CSD #pride #transhumance filthy swine obscene ekelhaft

<http://ismaelalvarez.com/post/35227645043/heil-hitler-c-ismael-alvarez>

<https://twitter.com/gayhitler/status/605448874241564673>

Daraufhin wurde mein Eintrag gelöscht und jegliche Veröffentlichung in meinem Profil für 30 Tage unterbunden mit folgender „Begründung“:

We Removed Something You Posted

We removed the post below because it doesn't follow the [Facebook Community Standards](#):

Es stimmt nicht, daß nicht der Homosexuelle sondern seine Umgebung pervers und an allem schuld ist: Die Homosexuellen sind genauso pervers wie ihre Umgebung, und die Vereine von Homosexuellen gehören zu widerwärtigsten Erscheinungen dieser Umgebung. In der Homosexualität paart sich die krankhaft gesteigerte demokratische Selbstvergöttlichung mit dem Peniskult, was direkte Auswirkung auf Intelligenz betroffener Personen hat, die infolge übergroßer Penisrepräsentation in ihren Gehirnen schrumpft und einen Schattendasein führt. Die Schwulen werden von ihren eigenen Penisen erschlagen. Die sogenannte sexuelle Identität verdrängt Menschlichkeit und jede andere Selbstwahrnehmung als ein geistiges Wesen. Die sexualisierte Herde zeigt regelmäßig ihre Dummheit an sogennanten CSD-Paraden, während sie das Publikum mit inhaltsleerer Albernheit schockiert. Einfach ekelhaft!

happy #gay #Nazi #CSD #pride #transhumance filthy swine obscene ekelhaft охуели
<http://ismaelalvarez.com/post/35227645043/heil-hitler-c-ismael-alvarez>

You're Temporarily Blocked From Posting

This temporary block will last 30 days, and you won't be able to post on Facebook until it's finished.

You've repeatedly posted things that aren't allowed on Facebook. Read the [Facebook Community Standards](#) to learn what kinds of posts aren't allowed.

Diese Vorgehensweise stellt eine grobe Verletzung meines Rechts auf freie Meinungsäußerung (Art. 19 Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte; 1. Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika zu den Bill of Rights der Verfassung der Vereinigten Staaten; Art. 13 Amerikanische Menschenrechtskonvention; Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention;

Art. 11 der mit dem Vertrag von Lissabon in Kraft getretenen Charta der Grundrechte; Art. 5 GG BRD; Art. 14 Verfassung von Berlin) und als strafbare Handlung zu bewerten (Üble Nachrede, Verleumdung, Nötigung, Datenveränderung, §§ 186, 187, 240, 303a StGB). Darüber hinaus, da ich in meinem Satz gegen Verbreitung pornographischer Schriften (§ 184 StGB) protestierte, beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen Ismael Alvarez sowie gegen anonyme Denunzianten, deren Handlungen dazu führten, daß meine Veröffentlichung verhindert wurde und meine Rechte verletzt wurden.

Dr. Andrej Poleev

XXX

Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
10559 Berlin

10.01.2016

Klage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Staatsanwalt Oswald, Kirchstraße 7, 10557 Berlin.
2. Staatsanwalt Winkler, Turmstraße 91, 10559 Berlin.

Im Klageerzwingungsverfahren wird beantragt:

1. gegen Beklagten Strafverfahren unter Einbeziehung psychologischer Expertise einzuleiten;
2. wegen Fremdgefährdung und zwecks Untersuchung und Bestimmung therapeutischer Maßnahmen, die Beklagten in ein forensisches Krankenhaus zu unterbringen;
3. nach Abschluß diagnostischer Verfahren und unter Berücksichtigung des Berichts psychologischer Gutachter soll über weitere Vorgehensweise entschieden werden;
4. die Beiordnung eines Rechtsanwalts;
5. auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Die beantragte strafrechtliche Verfolgung der Beklagten wegen Nachstellung, Beleidigung, Verleumdung, Bedrohung, Verfolgung Unschuldiger, politische Verfolgung, falsche Verdächtigung u.a. ist begründet und stützt sich auf die Annahme, daß sie psychisch krank, d.h. unzurechnungsfähig und schuldunfähig sind, was mit beigefügten Schreiben substantiiert wird. Das logische und begriffliche Durcheinander, das in Schreiben vermeintlicher Staatsanwälte vorkommt und für Wahnzustände charakteristisch ist, deutet auf psychische Erkrankung hin.

Statt seiner Arbeit nachzugehen, d.h. gegen Straftäter zu ermitteln, die im Strafantrag vom 26.06.2015 genannt sind¹, beschuldigte mich Staatsanwalt Oswald völlig haltlos und grundlos, strafbare Handlungen zu begehen, was ich bereits im Text des Strafantrags vom 26.10.2015 zum

Ausdruck brachte². Als Antwort auf meine Aufforderung, Straftäter zur Verantwortung zu ziehen und gegen Staatsanwalt Oswald zu ermitteln, erhielt ich ein weiteres beleidigendes Drohschreiben von seinem Komplizen Winkler, der gegen mich mit gleichermaßen absurden Beschuldigungen ermittelt (Anlage).

Die beantragte Unterbringung beider Beklagten in eine forensische Einrichtung ist notwendig, um sie am Begehen weiterer Straftaten zu hindern, sie als notorische Straftäter aus dem Verkehr zu ziehen, sowie mich vor weiteren Übergriffen zu schützen, weswegen ich zusätzlich noch eine Schutzanordnung sowie weitere Maßnahmen zur Achtung meiner Würde und Rechte beantrage, weil die Nachstellung, Beleidigung, unbegründete Verfolgung u.a. für mich eine übermäßige Belastung darstellt, wie im Gutachten vom 24.09.2014 erläutert ist.

In meinem Schreiben an das Verwaltungsgericht vom 21.10.2015 in Verfahren VG 1 L 324.15 und VG 1 K 325.15 äußerte ich mich klar und deutlich zu meinem Anliegen, ich wiederhole nochmals, falls das immer noch nicht verstanden wurde: „Ich verbiete jegliche willkürliche Einmischung in mein Leben: Ungebetene Gäste, geschweige denn die Kriminellen und Verrückten, sollen aus meinem Leben für immer verschwinden.“³

Um Punkte 3 und 4 meines Antrags zu begründen, übersende ich PKH-Antrag zur Kenntnisnahme.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1 Strafantrag vom 26.06.2015.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=903446346378596

2 Strafantrag vom 26.10.2015.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=959782300745000

3 Unterlassungsklage vom 11.09.2015 mit Zusatzanträgen vom 14.10.2015 und 21.10.2015.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=942460349143862

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

5.02.2016

Beschwerde und Antrag auf Neuaufnahme des Verfahrens.

Gegen Beschluß des Amtsgerichts im Verfahren 25 C 1001/16 lege ich Beschwerde ein und beantrage die Neuaufnahme des Verfahrens. Die Verfasserin des genannten Beschlusses ist eine Betrügerin, Rechtsbrecherin, und Komplize beklagter Personen. Im Beschlußfassung fehlt jegliche Begründung, warum meine Klage und mein Antrag „keine Aussicht auf Erfolg“ haben, „unzulässig“ sind, und warum ich „nicht antragsbefugt“ bin. Obwohl ich einen begründeten Prozesskostenhilfefantrag stellte, verlangt die Justizsekretärin Pauckstadt im Auftrag parasitischer Pseudorichterin Hennicke die Vorauszahlung einer Gerichtsgebühr in Höhe von 105,00 Euro, womit die Voraussetzungen für Straftatbestände Erpressung, Gebührenüberhebung, Rechtsbruch, Amtsanmaßung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung u.a. erfüllt sind. Mit der Zurückweisung meiner Klage und meiner Anträge wurden die Grundsätze eines Rechtsverfahrens auf das Größte verletzt. Der Gerichtsbeschuß vom 14.01.2016 ist verfassungswidrig, und widerspricht Art. 9,10, 15, 36 Berliner Verfassung.

Darüber hinaus beantrage ich die Einleitung gleicher Maßnahmen, die ich bereits für beklagte Personen beantragte, für Pseudorichterin Hennicke und ihre Sekretärin Pauckstadt.

Dr. Andrej Poleev

Christian Steiof
Landeskriminalamt
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

5.02.2016

Strafantrag

In Ergänzung meiner Strafanträge vom 26.10.2015 und 16.12.2015 beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Vorsitzenden Richter am Landgericht Buck, Richterin beim Amtsgericht Mitte Hennicke, Justizsekretärin Pauckstadt, Senator für Justiz Thomas Heilmann, Senator für Finanzen Matthias Kollatz-Ahnen, Regierenden Bürgermeister Michael Müller, sowie weitere Personen aus genannten Strafanträge wegen Rechtsbruch, Amtsanmaßung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung u.a.

Als Antwort auf mein Schreiben vom 16.12.2015 mit dem Text meiner Klage und meines Antrags auf Eilrechtsschutz mit Anlagen erhielt ich ein Schreiben des Vorsitzenden Richters am Landgericht Buck, der ohne jegliche Begründung die Einleitung eines Rechtsverfahrens ablehnt. Entsprechende Texte lege ich in Kopien bei.

Aufgrund meiner Klage und meines Antrags vom 10.01.2016, die ich an das Amtsgericht Tiergarten adressierte, wurde zwar beim Amtsgericht Mitte das Verfahren mit dem Geschäftszeichen 25 C 1001/16 eingeleitet, aber die Durchführung eines Rechtsverfahrens unterlassen. Die Verfasserin des Beschlusses vom 14.01.2016 ist eine Betrügerin, Rechtsbrecherin, und Komplize beklagter Personen. Im Beschlußfassung fehlt jegliche Begründung, warum meine Klage und mein Antrag „keine Aussicht auf Erfolg“ haben, „unzulässig“ sind, und warum ich „nicht antragsbefugt“ bin. Obwohl ich einen begründeten Prozesskostenhilfeantrag stellte, verlangt die Justizsekretärin Pauckstadt im Auftrag parasitischer Pseudorichterin Hennicke die Vorauszahlung einer Gerichtsgebühr in Höhe von 105,00 Euro, womit die Voraussetzungen für Straftatbestände Erpressung, Gebührenüberhebung, und oben genannte erfüllt sind. Mit der Zurückweisung meiner Klage und meiner Anträge wurden die Grundsätze eines Rechtsverfahrens auf das Größte verletzt. Der Gerichtsbeschuß vom 14.01.2016 ist verfassungswidrig, und widerspricht Art. 9,10, 15, 36 Berliner Verfassung. Entsprechende Belege lege ich in Kopien bei.

Dr. Andrej Poleev

Verfassungsgerichtshof
Eißholzstraße 30-33
10781 Berlin

11.02.2016

Verfassungsbeschwerde
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Beschwerdeführer und Antragsteller:
Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben.

Gegen Beschlüsse des Amtsgerichts Mitte, des Landgerichts und des Kammergerichts in Verfahren 14 C 1008/15, 51 T 712/15, 20 W 68/15 erhebe ich eine Verfassungsbeschwerde gemäß § 31 VerfGHG, Art. 7, 10, 14, 15, 36 Berliner Verfassung, und beantrage eine sofortige und umfassende Wiederherstellung meines Rechts auf freie Meinungsäußerung, die Anerkennung der Nichtigkeit und Verfassungswidrigkeit der Gerichtsbeschlüsse, sowie die Beiordnung des Rechtsanwalts Roland Weber, Salzburger Straße 21 - 25, 10825 Berlin.

Die Begründung meiner Anträge und meiner Verfassungsbeschwerde erfolgte bereits im Text meiner Schreiben an die Berliner Gerichte und an das Landeskriminalamt (Anlage).

Der Rechtsweg wurde erschöpft, das Rechtsverfahren wurde in keinem Fall gewährleistet, und falls das nicht der Fall sein sollte, verweise ich auf § 31 VerfGHG. Es besteht keine Absicht, beim Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde zu erheben. Dennoch, sollte meine Verfassungsbeschwerde abgewiesen werden, gehe ich gegen Verfassungsgerichtshof strafrechtlich vor.

Die Verfasserin der Gerichtsbeschlüsse sind Betrüger, Rechtsbrecher, und Komplize beklagter Personen und Unternehmen. Im Beschlußfassung fehlt jegliche Begründung, warum meine Klage und mein Antrag „keine Aussicht auf Erfolg“ haben, „unzulässig“ sind, und warum ich „nicht antragsbefugt“ bin. Obwohl ich einen begründeten Prozesskostenhilfeantrag stellte, wurden mir die Kostenrechnungen geschickt, womit die Voraussetzungen für Straftatbestände Erpressung, Gebührenüberhebung, Rechtsbruch und weitere erfüllt sind. Mit der Zurückweisung meiner Klage und meiner Anträge wurden die Grundsätze eines Rechtsverfahrens auf das Größte verletzt.

Dr. Andrej Poleev

(OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 26.11.2015, Az. 16 U 64/15)

Wer auf Facebook teilt, macht sich geteilte rechts-widrige Inhalte nicht zu eigen – so hat das Oberlandes-gericht Frankfurt am Main entschieden.

http://www.anwaltsregister.de/Anwaltstipps/Gerichtsurteil_zur_Teilen-Funktion_Wer_auf_Facebook_teilt_macht_sich_rechtswidrige_Inhalte_nicht_zu_eigen.d1976.html

Verfassungsgerichtshof
Eißholzstraße 30-33
10781 Berlin

30.03.2016

Befangenheitsantrag und Antrag auf Neuaufnahme des Verfahrens.

Im Verfahren VerfGH 43/16 und bezugnehmend auf das Schreiben vom 26.02.2016 beantrage ich, die selbsternannte Dr. Gräfin von Gallen von weiterer Bearbeitung meiner Beschwerde wegen Befangenheit auszuschließen.

Die selbsternannte Dr. Gräfin von Gallen befasste sich in ihrer Karriere überwiegend mit den Fragen der Prostitution, und ist nicht annähernd kompetent, um die Fragen des Rechts zu beurteilen, die in meiner Verfassungsbeschwerde erläutert sind. Sie versucht zwar, ihre Absichten, meine begründete und zulässige Beschwerde zu verwerfen, zu begründen, aber sie scheitert kläglich mit der Aufgabe, die ihre Intelligenz offensichtlich überfordert. Das Schreiben enthält Floskeln, die ich aus vorherigen Verfahren VerfGH 8/15 kenne, wogegen ich bereits am 9.02.2015 einen Strafantrag beim Landeskriminalamt stellte.

Darüber hinaus lässt sich aus diesem Schreiben ein Zusammenhang mit dem Strafbefehl erkennen, der neulich von Komplizen selbsternannter Dr. Gräfin von Gallen am Amtsgericht Tiergarten erlassen wurde, weswegen ich bereits am 24.03.2016 einen Strafantrag beim Landeskriminalamt stellte.

Das kriminelle und rechtsbrecherische Vorhaben selbsternannter Dr. Gräfin von Gallen und ihrer Komplizen erfüllt die Voraussetzungen für Straftatbestände Amtsanmaßung, Nachstellung, Beleidigung, Verleumdung, Nötigung, falsche Verdächtigung, politische Verdächtigung, Verfolgung und Vollstreckung gegen Unschuldige, Gebührenüberhebung, Betrug, Rechtsbruch, räuberische Erpressung, Korruption (Erschleichen von Leistungen, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit), Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung sowie Beihilfe zu Straftaten u.a.

Die Fristen für ein Eilverfahren wurden längst überschritten, ein Rechtsverfahren fand nicht statt, meine gröblich verletzte Rechte wurden nicht wiederhergestellt, und die selbsternannte Dr. Gräfin von Gallen verweigert mir willkürlich die Rechte, die in Berliner Verfassung genannt sind.

Aus erklärten Gründen beantrage ich die Neuaufnahme des Verfahrens und unverzügliche Wiederherstellung meiner Rechte.

Dr. Andrej Poleev

Christian Steiof
Landeskriminalamt
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

24.03.2016

Strafantrag

In Ergänzung meiner Strafanträge vom 26.10.2015, 16.12.2015, 5.02.2016 beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Richterin am Amtsgericht Tiergarten Brinkmann, Justizbeschäftigte Kögler, sowie das gesamte Personal des Amtsgerichts Tiergarten, gegen Senator für Justiz Thomas Heilmann, Senator für Finanzen Matthias Kollatz-Ahnen, Regierenden Bürgermeister Michael Müller, sowie weitere Personen aus genannten Strafanträge wegen Nachstellung, Beleidigung, Verleumdung, Nötigung, falsche Verdächtigung, politische Verdächtigung, Verfolgung und Vollstreckung gegen Unschuldige, Gebührenüberhebung, Betrug, Rechtsbruch, räuberische Erpressung, Korruption (Erschleichen von Leistungen, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit), Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung sowie Beihilfe zu Straftaten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§§ 7 - 8 VStGB) u.a.

Ungeachtet meiner Anträge bei den Gerichten, beim Landeskriminalamt und bei den Behörden sowie meiner Forderungen, die rassistische Hetze zu unterlassen, wurde sie fortgeführt, wie aus dem Schreiben der Berufsverbrecher Brinkmann und Kögler ersichtlich ist (Anlage). Der „Strafbefehl“ ist eine Erfindung krimineller Personen, die sich für Richter und Rechtspfleger ausgeben, und stellt eine juristische Fälschung dar, wie bereits in meinen früheren Strafanträgen und Schreiben dargelegt wurde. Diese Personen handeln aus Rachsucht, weil ich die Staatsanwälte Oswald, Winkler, und die Staatsanwaltschaft insgesamt verklagt und gegen sie Strafanträge beim Landeskriminalamt stellte.

Der gefälschte „Strafbefehl“ ist darüber hinaus noch verfassungswidrig, und verstößt gegen Art. 6, 8, 9, 10, 14, 15, 24, 29, 33, 36 Berliner Verfassung: kein Rechtsanwalt war in dieser - wie auch in allen anderen Verfahren - tätig, mit dieser Verfahrensweise wurden alle Grundsätze des Rechtsverfahrens auf das Größte verletzt. Die Rechtsbrecher und Berufsverbrecher Brinkmann und Kögler disqualifizierten sich selbst mit gefälschtem „Strafbefehl“ und begangen dabei strafbare Handlungen (Amtsanmaßung, Rechtsbruch, Betrug u.a.).

Ich beantrage den Erlaß der Straf- sowie Haftbefehle gegen notorische Banditen Brinkmann, Kögler und ihre Komplizen, und Unterbringung in eine forensische Einrichtung, weil für solche Maßnahme erhebliche Gründe bestehen (die Täter sind unzurechnungsfähig, die Fremdgefährdung und Wiederholungszwang bei dem Begehen strafbarer Handlungen sind gegeben).

Dr. Andrej Poleev

Amtsgericht Tiergarten

Anschrift für Paketpost: Turmstraße 91, 10559 Berlin
Fernruf für direkte Durchwahl nebenstehend
Fernruf (Vermittlung): 90 14-0, intern: 914-111

Telefon

Datum 10. März 2016

(90 14-

)

[Amtsgericht Tiergarten, 10548 Berlin (Briefanschrift)]

[Amtsgericht Tiergarten, 10548 Berlin (Briefanschrift)]

(272 Cs) 284 Js 1905/15 (557/15)

(Geschäftszeichen bitte stets angeben)

Herrn Andrey Poleev

Ausfertigung Strafbefehl

Sie werden angeklagt,

in Berlin
am 25. Juni 2015

in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angegriffen zu haben, dass Sie Teile der Bevölkerung beschimpft und böswillig verächtlich machten.

Ihnen wird Folgendes zur Last gelegt:

Am 25. Juni 2015 veröffentlichten Sie in Ihrem damaligen Facebook-Profil unter anderem den folgenden Beitrag:

„Die Homosexuellen sind genauso pervers wie ihre Umgebung, und die Vereine von Homosexuellen gehören zu den widerwärtigsten Erscheinungen dieser Umgebung [...] Die sexualisierte Herde zeigt regelmäßig ihre Dummheit an sogenannten CSD-Paraden.“

Sie nahmen den friedensstörenden Charakter dieser Äußerung ebenso billigend in Kauf wie den Umstand, dass Ihr Beitrag von einer unbestimmten Vielzahl von Internetnutzern gelesen werden konnte.

Vergehen, strafbar nach §§ 130 Abs. 1 Nr. 2, 47 Abs. 2 StGB

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe in Höhe von
-120- (einhundertzwanzig) Tagessätzen
zu je 30,- (dreißig) Euro
- insgesamt 3.600,- (dreitausendsechshundert) Euro - festgesetzt.

Sie haben auch die Kosten des Verfahrens und Ihre notwendigen Auslagen zu tragen.

Gegen diesen Strafbefehl können Sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich in deutscher Sprache oder zu Protokoll der Geschäftsstelle Einspruch einlegen. Die Frist ist nur gewahrt, wenn der Einspruch innerhalb der Frist bei dem Gericht eingeht. Der Einspruch kann auf bestimmte Beschwerdepunkte beschränkt werden.

Soweit kein Einspruch eingelegt wird, wird der Strafbefehl rechtskräftig und vollstreckbar.

Brinkmann
Richterin am Amtsgericht

Ausgefertigt
(Kögler)
Justizbeschäftigte



Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
10559 Berlin

24.03.2016

Gegen Strafbefehl vom 10.03.2016, zugestellt am 22.03.2016, lege ich Einspruch ein, und beantrage:

1. die Beordnung des Rechtsanwalts Roland Weber, Salzburger Straße 21 - 25, 10825 Berlin;
2. die Richterin Brinkmann wegen Befangenheit von weiterer Bearbeitung des Gerichtsverfahrens auszuschließen;
3. gegen Richterin Brinkmann, Justizbeschäftigte Kögler, des gesamte Personal des Amtsgerichts Tiergarten, gegen Senator für Justiz Thomas Heilmann, Senator für Finanzen Matthias Kollatz-Ahnen, Regierenden Bürgermeister Michael Müller die Straf- sowie Haftbefehle zu erlassen, und sie in eine forensische Einrichtung zu unterbringen;
4. das Gerichtsverfahren als rechtswidrig und verfassungswidrig einzustellen.

Begründung.

Ungeachtet meiner Anträge bei den Gerichten, beim Landeskriminalamt und bei den Behörden sowie meiner Forderungen, die rassistische Hetze zu unterlassen, wurde sie fortgeführt, wie aus

dem Schreiben der Berufsverbrecher Brinkmann und Kögler ersichtlich ist. Der „Strafbefehl“ ist eine Erfindung krimineller Personen, die sich für Richter und Rechtspfleger ausgeben, und stellt eine juristische Fälschung dar, wie bereits in meinen früheren Strafanträgen und Schreiben dargelegt wurde. Diese Personen handeln aus Rachsucht, weil ich die Staatsanwälte Oswald, Winkler, und die Staatsanwaltschaft insgesamt verklagt und gegen sie Strafanträge beim Landeskriminalamt stellte.

Der gefälschte „Strafbefehl“ ist darüber hinaus noch verfassungswidrig, und verstößt gegen Art. 6, 8, 9, 10, 14, 15, 24, 29, 33, 36 Berliner Verfassung: kein Rechtsanwalt war in dieser - wie auch in allen anderen Verfahren - tätig, mit dieser Verfahrensweise wurden alle Grundsätze des Rechtsverfahrens auf das Größte verletzt. Die Rechtsbrecher und Berufsverbrecher Brinkmann und Kögler disqualifizierten sich selbst mit gefälschtem „Strafbefehl“ und begangen dabei strafbare Handlungen (Amtsanmaßung, Nachstellung, Beleidigung, Verleumdung, Nötigung, falsche Verdächtigung, politische Verdächtigung, Verfolgung und Vollstreckung gegen Unschuldige, Gebührenüberhebung, Betrug, Rechtsbruch, räuberische Erpressung, Korruption (Erschleichen von Leistungen, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit), Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung sowie Beihilfe zu Straftaten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§§ 7 - 8 VStGB) u.a.).

Ich beantrage den Erlaß der Straf- sowie Haftbefehle gegen notorische Banditen Brinkmann, Kögler und ihre Komplizen, und Unterbringung in eine forensische Einrichtung, weil für solche Maßnahme erhebliche Gründe bestehen (die Täter sind unzurechnungsfähig, die Fremdgefährdung und Wiederholungszwang bei dem Begehen strafbarer Handlungen sind gegeben).

Dr. Andrej Poleev

Verwaltungsgericht
Kirchstr. 7
10557 Berlin

24.03.2016

Unterlassungsklage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Stadt und Land Berlin.
2. Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch Buntag, Bundesregierung, Bundeskanzlerin, Bundespräsident, Richterin Brinkmann, Justizbeschäftigte Kögler, das gesamte Personal des Amtsgerichts Tiergarten, Senator für Justiz Thomas Heilmann, Senator für Finanzen Matthias Kollatz-Ahnen, Regierenden Bürgermeister Michael Müller, übrige Polizeibanditen und Justizbeamte, die Beamten und die Beamtinnen der Stadt und Land Berlin, die Beamten und die Beamtinnen Bundesrepublik Deutschland.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. den Beklagten zu untersagen, mich anzusprechen, anzuschreiben, anzufassen, die Räume zu betreten, in denen ich mich befinde, arbeite oder wohne, sich in meiner Nähe aufzuhalten, oder auf irgendwelche andere Weise mich zu belästigen, meine Ruhe zu stören, und meine Privatsphäre zu verletzen;
2. über mich Informationen zu sammeln, sie zu speichern, und für böswillige Zwecke zu mißbrauchen;
3. alle Informationen, welche über mich ohne meine Zustimmung und Kenntnis gesammelt und gespeichert wurden, aus behördlichen Datensätzen, Computer, und übrigen Informationsträger nachweislich zu entfernen, zu löschen und zu vernichten;
4. bei Widerhandlung und in den Fällen der Verweigerung, meine Rechte und Würde zu achten, die Verweigerer und Täter zu verhaften und strafrechtlich zu belangen;
5. gegen Beklagten die Straf- sowie Haftbefehle zu erlassen, und sie in eine forensische Einrichtung zu unterbringen;
6. das Gerichtsverfahren 272 Cs 284 Js 1905/15 557/15 als rechtswidrig und verfassungswidrig zurückzuweisen. Die Verfasser des Schreibens vom 10.03.2016 sind Mitglieder einer kriminellen und terroristischen Vereinigung, wie bereits festgestellt wurde. Darüber hinaus sind sie psychisch

krank, und im Zuge der Verdrängung ihrer Krankheit sehen sie in anderen Personen nur Abbilder ihrer eigenen Wahnvorstellungen.

7. die Beiordnung des Rechtsanwalts Roland Weber, Salzburger Straße 21 - 25, 10825 Berlin;

8. auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung.

Ungeachtet meiner Anträge bei den Gerichten, beim Landeskriminalamt und bei den Behörden sowie meiner Forderungen, die rassistische Hetze zu unterlassen, wurde sie fortgeführt, wie aus dem Schreiben der Berufsverbrecher Brinkmann und Kögler ersichtlich ist. Der „Strafbefehl“ vom 10.03.2016 ist eine Erfindung krimineller und psychisch kranker Personen, die sich für Richter und Rechtspfleger ausgeben, und stellt eine juristische Fälschung dar, wie bereits in meinen früheren Strafanträgen und Schreiben dargelegt wurde. Diese Personen handeln aus Rachsucht, weil ich die Staatsanwälte Oswald, Winkler, und die Staatsanwaltschaft insgesamt verklagt und gegen sie Strafanträge beim Landeskriminalamt stellte.

Der gefälschte „Strafbefehl“ ist darüber hinaus noch verfassungswidrig, und verstößt gegen Art. 6, 8, 9, 10, 14, 15, 24, 29, 33, 36 Berliner Verfassung: kein Rechtsanwalt war in dieser - wie auch in allen anderen Verfahren - tätig, mit dieser Verfahrensweise wurden alle Grundsätze des Rechtsverfahrens auf das Größte verletzt. Die Rechtsbrecher und Berufsverbrecher Brinkmann und Kögler disqualifizierten sich selbst mit gefälschtem „Strafbefehl“ und begangen dabei strafbare Handlungen (Amtsanmaßung, Nachstellung, Beleidigung, Verleumdung, Nötigung, falsche Verdächtigung, politische Verdächtigung, Verfolgung und Vollstreckung gegen Unschuldige, Gebührenüberhebung, Betrug, Rechtsbruch, räuberische Erpressung, Korruption (Erschleichen von Leistungen, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit), Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung sowie Beihilfe zu Straftaten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§§ 7 - 8 VStGB) u.a.).

Ich beantrage den Erlaß der Straf- sowie Haftbefehle gegen notorische Banditen Brinkmann, Kögler und ihre Komplizen, und Unterbringung in eine forensische Einrichtung, weil für solche Maßnahme erhebliche Gründe bestehen (die Täter sind unzurechnungsfähig, die Fremdgefährdung und Wiederholungszwang bei dem Begehen strafbarer Handlungen sind gegeben).

Dr. Andrej Poleev

Объявление о трудоустройстве.

Приглашаю до 10.000 добровольцев, прошедших военную подготовку, на бессрочную службу в Берлине. Трудоустройство предполагает предоставление жилья на время прохождения службы, полноценное довольствие и медицинское обеспечение. В служебные обязанности будет входить обеспечение правопорядка в Берлине, в частности, разоружение бандитских формирований (немецкой полиции и прочих преступных элементов), ликвидация организованной преступности, арест и привлечение к ответственности или депортация лиц, противодействующих правопорядку, конфискация незаконно присвоенного имущества и передача его нуждающимся, содействие органам самоуправления и правопорядка.

Вопросы, касающиеся трудоустройства, и заявления претендентов на трудоустройство с кратким биографическим очерком, фотопортретом и приложениями, подтверждающими пригодность к занимаемой должности, прошу направлять по адресу:

Dr. Andrej Poleev
Postfach 301812
10746 Berlin

или в формате pdf на адрес электронной почты andrejpoleev@yahoo.com

Landeskriminalamt
Dezernat 62 Organisierte Kriminalität
Maillingerstraße 15
80636 München

4.04.2016

Strafantrag.

Ich beantrage die Zerschlagung christofaschistischer Bande CDU/CSU, die Verhaftung und strafrechtliche Verurteilung deren Organisatoren und Betreiber, insbesondere Horst Seehofer, Marcel Huber, Ilse Aigner, Markus Söder, Joachim Herrmann, Emilia Müller, Beate Merk, Winfried Bausback, Ludwig Spaenle, Ulrike Scharf, Helmut Brunner, Melanie Huml, Gerhard Eck, Georg Eisenreich, Bernd Sibler, Johannes Hintersberger, Albert Füracker, Franz Josef Pschierer, die Räumung und die Schließung der Parteibüros, die Beschlagnahme aller Vermögenswerte des Bundeslandes Bayern, die Aufhebung der Immunität und die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen Landtags- sowie Regierungs- und Bundesratsmitglieder aus Bayern wegen Betrug, Rechtsbeugung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung und anderer Straftaten.

Ungeachtet meiner Forderungen, gegen faschistische und nazistische Verbrecher, deren Namen im vorherigen Strafantrag genannt sind, strafrechtliche Ermittlungen und Verfahren einzuleiten, wurde der Rechtsbruch fortgeführt. Der Komplize genannter Verbrecher Schütz verfasste am 30.03.2016 zwei Schreiben, aus denen hervorgeht, daß keine Ermittlungen durchgeführt und die Strafverfahren 115 AR 1855/16 und 115 Js 140026/16 grundlos eingestellt wurden obwohl tatsächliche, zureichende und zahlreiche Anhaltspunkte, die im Strafantrag genannt sind, vorliegen.

Im Schreiben des Komplizen faschistischer und nazistischer Verbrecher Schütz wurden alle andere Straftatbestände mit Ausnahme von Rechtsbeugung unterlassen, während sie im Strafantrag vom 10.03.2016 genannt und ausführlich geschildert sind. Die Frage, ob das Landeskriminalamt an dieser Unterlassung schuldig ist, oder der Komplize Schütz allein diese Rechtsbeugung zu verantworten hat, muß das Landeskriminalamt klären.

Im Weiteren, fehlt im Beschwerdebelehrung die Angaben, an wem eine Beschwerde gerichtet werden soll, was sicherlich keinen Zufall darstellt. An wem soll eine Beschwerde gerichtet werden, wenn die gesamte Leitung der Staatsanwaltschaft korrupt und kriminell ist, und die Beamten, welche sie beaufsichtigen sollen, niemand andere als Hooligans sind, die sich an die Macht geputscht haben, und diese Willkürsmacht mit Gewalt und Rechtsbruch erhalten¹.

So redet z.B. christofaschistischer Parasit und Verbrecher Seehofer über seine Mitmenschen: „Wir sind kein Sozialamt für Balkan“ u.d.g. Aber was ist damit gemeint? Man wollte Kosovo und andere osteuropäische Länder in der EU haben, aber ohne dorthin lebenden Menschen? Oder mit Menschen ohne Grundrechte? Oder wie stellt sich dieser Idiot in seinem blöden Kopf das vor?

Die siebenjährige widerrechtliche Inhaftierung von Gustl Mollath zeigt exemplarisch das Ausmaß der Willkür und des Rechtsbruchs im faschistischen Verbrecherstaat Bayern, in dem bandenmäßig betriebene Hehlerei zur Normalität geworden ist. Die beamteten Parasiten und Kriminellen bar jeden Gewissens gehen mit dem Geld, das sie von der Bevölkerung erpressen, wie mit eigenem Geld um, wie zahlreiche Fälle der Verschwendung und Vetternwirtschaft belegen². Von diesem Geld wird gleichfalls die Max-Planck-Gesellschaft und ihre pseudointellektuelle faschistische Vereinsmitglieder finanziert, obwohl sie zu den größten Verschwender und Betrüger nebst zahlreichen anderen Beamten, welche Bayerischer Staat unterhält, angehören. Im Gegensatz zu ihren nazistisch und narzistisch aufgeblasenen Selbstbilder sind sie niemand anderes als kretine Bauern, die sich in den Rollen der Landesfürsten, Präsidenten und Gottesbegnadeten wähnen. Niedertracht scheint der einzige Tracht, in der sie sich kleiden bzw. in der sie gekleidet sind.

Eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen³ ermöglichte willkürliche Inhaftierung und Mißhandlung infolge des willkürlich erlassenen Starfbehels, der von verbrecherischen Beamten fabriziert und von ihren Komplizen in Berlin umgesetzt wurde. Diese rechtsbrecherische Maßnahme und der dabei begangenen Rechtsbruch verteidigte der Komplize faschistischer und nazistischer Verbrecher Schütz in seinen Schreiben, weswegen ich bezugnehmend auf Art.118 Bayerischer Verfassung die Neuaufnahme der Ermittlungs- sowie Strafverfahren beantrage, diesmal auch zusätzlich gegen Beamten Schütz.

Dr. Andrej Poleev

1 Wilhelm Schlötterer. Macht und Missbrauch: Von Strauß bis Seehofer, 2010.

2 <https://de.wikipedia.org/wiki/Verwandtenaffäre>

3 <http://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVerf>

Hausverbot

Bezugnehmend auf den Beschlagnahmebeschuß vom 27.01.2015, Bekanntgabe vom 17/23.07.2015, und Erklärung vom 28.09.2015, untersage ich allen Beamten der BRD und allen anderen Personen, welche in deren Auftrag tätig sind, weitere Nutzung meines Eigentums, und erteile ihnen ein Hausverbot bezogen auf sämtliche Gebäude, die bisher von der Berliner Immobilienmanagement GmbH verwaltet wurden sowie auf übrige Gebäude, die in der Anlage aufgelistet sind*. Bei Widerhandlung verlieren sie ihre Rechtsfähigkeit**.



Dr. Andrej Poleev
Berlin, 8.04.2016

- * 1. Polizeipräsidium, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin.
- 2. Polizeiwache Abschnitt 36, Pankstraße 29, 13357 Berlin.
- 3. JVA Plötzensee, Friedrich-Olbricht-Damm 16, 13627 Berlin.
- 4. Rathaus, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin.
- 5. Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin.
- 6. Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, 13353 Berlin.
- 7. Bezirksamt Mitte, Müllerstraße 146, 13353 Berlin.
- 8. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
- 9. Senatsverwaltung für Arbeit, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
- 10. Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin.
- 11. Senatsverwaltung für Justiz, Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin.
- 12. Senatsverwaltung für Inneres, Klosterstraße 47, 10179 Berlin.
- 13. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin.
- 14. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin.
- 15. Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin.
- 16. Bundesrat, Leipziger Straße 3-4, 10117 Berlin.
- 17. Schloss Bellevue, Spreeweg 1, 10557 Berlin.
- 18. Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin.
- 19. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin.
- 20. Bundesministerium für Justiz, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin.
- 21. Bundesministerium des Innern, Alt-Moabit 140, 10559 Berlin.
- 22. Bundesministerium für Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin.

23. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.
24. SPD-Parteivorstand, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.
25. Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, Hiroshimastraße 12-16, 10785 Berlin.
26. Generalstaatsanwaltschaft, Verfassungsgerichtshof, Kammergericht, Elßholzstr. 30-33, 10781 Berlin.
27. Deutscher Beamtenbund, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin.
28. Deutscher Richterbund, Kronenstraße 73, 10117 Berlin.
29. Deutscher Anwaltverein e.V., Berliner Anwaltsverein e.V., Littenstrasse 11, 10179 Berlin.
30. Amtsgericht Mitte, Landgericht, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin.
31. Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1, 14057 Berlin.
32. Arbeitsgericht Berlin, Magdeburger Platz 1, 10785 Berlin.
33. Sozialgericht, Invalidenstraße 52, 10557 Berlin.
34. Verwaltungsgericht, Kirchstr. 7, 10557 Berlin.
35. Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, 10559 Berlin.
36. Staatsanwaltschaft, Turmstraße 91, 10559 Berlin, und Kirchstr. 7, 10557 Berlin.
37. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin.
38. Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
39. Freie Universität Berlin, Kaiserswerther Str. 16-18, 14195 Berlin.
40. Verein zur Förderung eines Deutschen Forschungsnetzes e. V., Alexanderplatz 1, 10178 Berlin.
41. Bundesärztekammer, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin.
42. Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands e.V., Kurfürstenstraße 132, 10785 Berlin.
43. Deutsches Rotes Kreuz e.V., Carstennstraße 58, 12205 Berlin.
44. Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Breite Straße 29, 10178 Berlin.
45. Technologiestiftung Berlin, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin.
46. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V., Fasanenstr. 85, 10623 Berlin.
47. Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin.
48. Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V., Am Schillertheater 2, 10625 Berlin.
49. Stiftung Zukunft Berlin, Klingelhöferstraße 7, 10785 Berlin.
50. Berliner Immobilienmanagement GmbH, Keibelstraße 36, 10178 Berlin.
51. Berlinale Internationale Filmfestspiele Berlin, Potsdamer Straße 5, 10785 Berlin, c/o Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB) GmbH, Schöneberger Straße 15, 10963 Berlin.
52. ESMT European School of Management and Technology GmbH, Schlossplatz 1, 10178 Berlin.
53. Stiftung Marktwirtschaft, Charlottenstraße 60, 10117 Berlin.
54. Stiftung Atlantik-Brücke, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin.
55. Axel Springer Stiftung, Pacelliallee 55, 14195 Berlin.
56. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ludwigkirchplatz 3-4, 10719 Berlin.
57. Westerwelle Foundation, Stiftung für internationale Verständigung, Kurfürstendamm 213, 10719 Berlin.

58. Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.
59. Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin.
60. Flughafen Tegel, 13405 Berlin.
61. Flughafen Schönefeld, 12521 Berlin.
62. Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt, 12529 Berlin.
63. Vereinigung Cockpit e.V., Reinhardtstr. 44, 10117 Berlin.
64. Bayerische Landesvertretung, Behrenstr. 21/22, 10117 Berlin.
65. Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

** In Verletzung von Art. 34 GG BRD, §§ 823, 839, 840, 842, 843 BGB wurde mir der ordentliche Rechtsweg für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff wegen widerrechtlicher und vorsätzlicher Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit, des Eigentums und sonstiger Rechte verwehrt¹⁻². Aufgrund dieser Rechtsverletzung und Außerkraftsetzung der Rechtsordnung erklärte ich das gesamte Vermögen der BRD, der Bundesländer der BRD, und das Privatvermögen deutscher Bürger zu meinem Eigentum³ sowie sämtliche Gesetze und Verordnungen der BRD und Bundesländer, mit Ausnahme von Berliner Verfassung, für erlöschen⁴.

Ungeachtet der Bekanntgabe meiner Erklärungen ignorieren die Beamten und die Bürger der BRD meine Anordnungen, die rechtskräftig und für alle verbindlich sind⁵. Aufgrund dieser Feststellung entziehe ich allen Bürger der BRD das Recht, gegen meinen Willen zu handeln, mein Leben zu bestimmen, über mein Eigentum und meinen Körper zu verfügen. Alle Personen, die sich dieser Anordnung widersetzen, verlieren ihre Rechtsfähigkeit.

1 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

2 Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

3 Beschlagnahmebeschuß vom 27.01.2015.

4 Bekanntgabe vom 17/23.07.2015.

5 Schreiben an Dr. Heiner Koch vom 28.09.2015.

Hausverbot.

Bezugnehmend auf den Beschlagnahmebeschluß vom 27.01.2015, die Bekanntgabe vom 17/23.07.2015, und die Erklärung vom 28.09.2015, untersage ich allen Beamten der BRD, allen anderen Personen, welche in deren Auftrag tätig sind, sowie allen anderen Personen, die von mir bewohnten Räume ohne mein Erlaubnis zu betreten und erteile ihnen ein Hausverbot bezogen auf genannte Räume. Bei Widerhandlung verlieren sie ihre Rechtsfähigkeit.



Dr. Andrej Poleev
Berlin, 8.04.2016

Landeskriminalamt
LKA 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

11.04.2016

Strafantrag

In Ergänzung meiner Strafanträge vom 12.06.2015, 26.10.2015, 16.12.2015, 5.02.2016, 10.03.2016, 24.03.2016 beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Richter, Richterinnen und Justizbeschäftigte am Sozialgericht und Verwaltungsgericht Berlin, Amtsgericht Wedding, Amtsgericht Tiergarten, Amtsgericht Mitte, Landgericht Berlin, Oberlandesgericht Berlin, Kammergericht Berlin, Staatsanwaltschaft Berlin, Generalstaatsanwalt von Berlin, Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller, Berliner Senat, namentlich Senator für Justiz Thomas Heilmann, Senator für Finanzen Matthias Kollatz-Ahnen, Senator für Gesundheit und Soziales Mario Czaja, Oranienstraße 106, 10969 Berlin; Staatssekretärin für Gesundheit Emine Demirbüken-Wegner, Oranienstraße 106, 10969 Berlin; 4. Staatssekretär für Soziales Dirk Gerstle, Oranienstraße 106, 10969 Berlin; Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin; Stellvertretenden Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Bürgerdienste Stephan von Dassel, Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, 13353 Berlin; Personal des Sozialamtes/Bezirksamtes Mitte, Müllerstraße 146, 13353 Berlin; Bundesregierung, Abgeordnete des Deutschen Bundestags, Dr. Heiner Koch, Prof. Dr. Ulrike Kostka, Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Residenzstraße 90, 13409 Berlin; sowie gegen weitere Personen, die in früheren Strafanträgen genannt sind,

wegen gefährliche Körperverletzung, Mißhandlung, Unterschlagung, Rechtsbeugung, Rechtsbruch, Amtsanmaßung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung u.a.

Am 10.03.2016 beschwerte ich beim Betreuungsgericht über unzulässige Beengung und mangelhafte Versorgung, die auf Willkür und Rechtsbruch zurückzuführen sind, wie in meiner Beschwerde ausführlich dargelegt wurde (Anlage). Statt notwendige Hilfe zu leisten, mißachtete das Gericht meine Notlage, wie aus dem Schreiben des Gerichts vom 18.03.2016 zu entnehmen ist.

In dieser Angelegenheit wandte ich mich vorher an andere Gerichte, Staatsanwaltschaft und Behörden, die alle ausnahmslos mir jegliche Hilfe verweigerten und zur Verschlechterung meines

finanziellen und gesundheitlichen Zustandes beitragen. Unter anderem schrieb ich mehrmals Dr. Heiner Koch, der von Papst Franziskus in das Amt des Bischofs von Berlin eingesetzt wurde, wobei meine Schreiben unbeantwortet geblieben sind, und keine Hilfe erwiesen wurde, was eine schwerwiegende Verletzung der Amtspflicht bedeutet, und folglich als Straftatbestände Amtsanmaßung und Betrug zu interpretieren ist.

Ich bat mehrmals meinen Betreuer, die Nachzahlung zu veranlassen, während mir das Geld ausging, aber ungeachtet dessen wird Willkür und Rechtsbruch bis heute fortgeführt. So z.B. wird gegen meinen Willen und ungeachtet meines finanziellen Notstandes von meinem Konto Geld abgeboben:

The screenshot shows a bank account statement interface. At the top, the title 'Umsatzanzeige' is displayed. Below it, there is a search bar labeled 'Suche' and a button 'Umsatzsuche'. To the right, the current balance is shown as 'Saldo 3,27 EUR'. The time period is set to 'Zeitraum: 19.02.2016 bis 20.03.2016'. The table below lists transactions with columns for 'Buchungst.' (date), 'Buchungstext' (description), and 'Betrag in EUR' (amount). Two transactions are visible, both dated 17.03.2016, with negative amounts of -7,80 EUR and -1,29 EUR respectively.

Buchungst.	Buchungstext	Betrag in EUR
17.03.2016	Wertstellung: 17.03.2016 LANDEJUSTITZKASSE BAMBERGB SEPA-ÜBERWEISUNG IBAN+ DE3 170050000002024919 BIC+ BY LADEMMXXX SVWZ+ 83990387173 0 ERSTE RATE BESCHEID VOM 1 0.03.16 KREF+ GENODEF1S0416 0317071200120000130500	-7,80
17.03.2016	Wertstellung: 17.03.2016 DANKE, SAGT IHR REAL TEAM 16.03.2016 15.57.22 244651	-1,29

Wie aus dem beigefügten Kontoauszug ersichtlich ist, blieb mir am 17.03.2016 nur 3,27 Euro bis zum Monatsende. Das gleiche geschah auch in diesem Monat: am 9.04.2016 sind auf meinem Konto nur 5,07 Euro geblieben. Wovon soll ich bis zum Monatsende leben?

In Verletzung von Art. 34 GG BRD, §§ 823, 839, 840, 842, 843 BGB wurde mir der ordentliche Rechtsweg für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff wegen widerrechtlicher und vorsätzlicher Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit, des Eigentums und sonstiger Rechte verwehrt¹⁻². Meine Klage beim Sozialgericht wurde widerrechtlich abgewiesen, die Beschwerden vom 17.12.2015 und 5.02.2015 sind unbeantwortet geblieben (Anlage).

Gleichfalls verweigerte das Verwaltungsgericht, sich mit meiner Klage über meine Entschädigungsansprüche zu befassen.

Aufgrund dargelegten Tatsachen beantrage ich, gegen beschuldigte Personen strafrechtlich vorzugehen und ihre Zurechnungs- und Schuldfähigkeit zu überprüfen.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

2 Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

BEAMTENREPUBLIK



Landeskriminalamt
LKA 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

18.04.2016

Strafantrag

Ich beantrage die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Mitglieder einer kriminellen und terroristischen Beamtenvereinigung, und deren Bestandteile:

1. Berliner Senat.
2. Polizeipräsidium.
3. Staatsanwaltschaft.
4. Generalstaatsanwalt.
5. Generalbundesanwalt.
6. Bundeskriminalamt.
7. Deutscher Beamtenbund.
8. Deutscher Richterbund.
9. Deutscher Anwaltverein.
10. Berliner Anwaltsverein.
11. Amtsgericht Mitte.
12. Amtsgericht Charlottenburg.
13. Arbeitsgericht Berlin.
14. Sozialgericht.
15. Verwaltungsgericht.
16. Amtsgericht Tiergarten.
17. JVA Plötzensee.
18. CDU
19. FDP
20. AfD
21. SPD
22. Bündnis 90/Grüne
23. Abgeordnetenhaus von Berlin.
24. Bundesregierung.
25. Bundeskanzleramt.

26. Bundesrat.
27. Bundestag.
28. Erzbistum Berlin.
29. Deutsche Bischofskonferenz.
30. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.
31. Max-Planck-Gesellschaft.
32. Bundesverband der Deutschen Industrie.
33. Landeshauptkasse Berlin.
34. Deutsche Bundesbank.

wegen Außerkraftsetzung der Rechtsordnung, Mord, Körperverletzung, Amtsanmaßung, Betrug, Diebstahl, Raub, Belohnung und Billigung von Straftaten, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bankrott, Verfolgung und Vollstreckung gegen Unschuldige und weitere Straftaten,

sowie gegen Komplizen dieser Vereinigung wegen Beihilfe zu und Beteiligung an genannten Straftaten.

Im Weiteren wird beantragt, die von dieser kriminellen und terroristischen Beamtenvereinigung angeworbene Kampftruppe „Deutsche Polizei“ zu zerschlagen, deren Mitglieder zu entwaffnen oder, falls bewaffneter Widerstand geleistet wird, zu töten, und sie strafrechtlich zu belangen.

Um weitere Betätigung genannter kriminellen und terroristischen Beamtenvereinigung zu unterbinden, wird beantragt, ihre privaten und gemeinschaftlichen Bankkonten zu sperren, und ihr zu unrecht erworbener Besitz sicherzustellen.

Wie im Folgenden bewiesen wird, sind die Mitglieder des Berliner Senats der integrale Bestandteil einer kriminellen und terroristischen Beamtenvereinigung, die zum Zwecke des widerrechtlichen Machterhalts und eigennütziger Bereicherung deren Mitglieder eingerichtet ist, und mittels eines betrügerischen Systems der Steuererhebung und Belohnung weiterer Kriminellen und Terroristen, die zur Sicherung und Verteidigung ihrer Macht und eigennütziger kollektiver Interessen angeworben werden, aufrechterhalten wird.

Wie zur widerrechtlichen Machtergreifung und zur Errichtung faschistischer Beamtenrepublik gekommen ist, erinnerte ich im Text des Strafantrags vom 28.05.2015; eine lesenswerte Zeitzeugenaussage über damalige Ereignisse enthält das Buch des Autors Ernst von Salomon, Der Fragebogen, 1951.

Die Restauration des verbrecherischen Staatsapparats und die Wiedereinsetzung des Unrechts wurde kontinuierlich nach dem Ende des 2. Weltkriegs des 20. Jahrhunderts betrieben und vollzogen. Obwohl im Grundgesetz der BRD und in den Verfassungen einzelner Bundesländer

grundrechtliche Bestimmungen festgeschrieben wurden, erfüllt der Staatsapparat willkürliche politische Vorgaben, die im klaren Widerspruch zu diesen Bestimmungen stehen, und wodurch die Grundrechte systematisch und böswillig ausgehöhlt und aufgehoben werden. Über die wahren Verhältnisse in diesem Land werden Wähler getäuscht, mit staatlicher Propaganda betäubt (Straftatbestand Wählertäuschung), zum Teil korrumpiert. Infolge der Umkehrung der Verhältnisse, wie sie in einer Rechtsordnung sein sollten, übernahmen die Beamten sowohl uneingeschränkte Macht über alle Bereiche des öffentlichen Lebens im Staat als auch das Verfügungsrecht über die Bürger, u.a. aneigneten sie sich das Recht, in das Privatleben der Bürger willkürlich einzugreifen. Die totale und totalitäre Kontrolle des Verhaltens ihrer Geiseln und die Aufhebung der Grundrechte wird auf vielfältige Weise ermöglicht: diese Funktion erfüllen Geldinstitute, Krankenkassen, Bürgerämter, Jugendämter, Polizei, Arbeitgeber, Gerichte, und zuletzt noch die Geheimdienste.

Genauso wie im Hitlerreich und mit gleichen kriminellen Vorsätzen wird die Bevölkerung eingeschüchtert und zum Gehorsam gezwungen, wofür diverse Foltermethoden angewendet und die Justizvollzugsanstalten unterhalten werden, in denen die Bürger willkürlich eingesperrt und mißhandelt werden.

Die durch politische Mafia eingesetzte Bürokratie im Dienst und als Teil dieser Mafia betreibt eine irreführende, widersinnige und schamlose Propaganda, um ihre gemeinschaftlichen und eigennützigen Interessen durchzusetzen, und den von dieser Mafia eingerichteten Unternehmen wirtschaftliche Vorteile zu sichern, während sie die gemeinschaftlichen Ressourcen großzügig verschwendet und die übrige Bevölkerung ausraubt und terrorisiert. Weil die strafrechtliche Verfolgung beschuldigter Personen verhindert wird, und die Strafverfahren gegen sie unmöglich geworden sind aufgrund der Aufhebung der Organe zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung, sind sie von jeglicher Strafverfolgung ausgenommen und von jeglichem Rechtsbruch freigesprochen.

Wie dieser Kreislauf der Erpressung, Verschwendung und Rechtfertigung des organisierten Verbrechens funktioniert, wird an einigen charakteristischen Beispielen erläutert.

Nach offiziellen Angaben, wie aus dem Statistischen Jahrbuch für Berlin zu entnehmen ist (S. 495-499), beträgt die Gesamtmenge der Dienstleistenden in der Verwaltung um 125.000, davon ein überwiegender Anteil im Beamtenverhältniss¹⁻³. Dazu kommen noch zehntausende Lehrer und Akademiker, die zu Profiteuren und Begünstigten der Beamtenrepublik gehören und ihre systemerhaltende Funktion willig erfüllen. Die Dunkelziffer der Nutznießer dieses verbrecherischen Systems bleibt ungewiß, da man zu der Menge offizieller Staatsdiener noch zahlreiche andere gerechnet werden müssen: Betreiber der Werbeagenturen, rechtsanwaltlicher Kanzleien, Steuer- und anderer Beraterfirmen, zahlreiche Gutachter, Ärzte, Angestellte der Stadt- sowie Landeigener Betriebe u.d.g.

Nicht zu vergessen sind die Angehörigen katholischer Kirche, die durch Konkordanzvertrag aus der Hitlerzeit den Beamten des Staates gleichgestellt sind, und ihre Gehälter sowie weitere Zuwendungen aus der Staatsannahmen erhalten. Wie Spiegel am 8.06.2010 berichtete, zahlte Staat 442 Millionen Euro für Kirchengehälter im Jahr 2009. ⁴

Eine so große Anzahl an Staatsdiener und ihresgleichen erlaubt eine berechnete Frage: Wozu wird diese Armee benötigt und was leisten sie in ihrer Gesamtheit?

Die Antwort auf diese Frage lautet: Sie leisten nichts, sie simulieren nur die Nützlichkeit ihrer Existenz und Beschäftigung, und rauben dabei Zeit und Güter anderer Menschen.

So z.B., obwohl man Bildungs- sowie Forschungseinrichtungen einschließlich Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften finanziert, gibt Berliner Senat mehrere Millionen Euro für externe Berater aus⁵. Ungeachtet dessen bleibt Schuldenlast von Berlin seit Jahren bei circa 60 Milliarden Euro, dringende soziale Probleme ungelöst, die Armut der Bevölkerung wächst, die Transportader an den Grenzen des Zusammenbruchs, die Infrastruktur mangelhaft u.s.w. - man gewinnt Eindruck, daß sowohl die Senatoren als auch ihre Berater und Akademiker hirnos sind, und nur ihre satte Gehälter kassieren, ohne die Gegenleistungen zu erbringen. ⁶⁻⁹

Trotz geplanten Ausgaben von 438 Millionen Euro¹⁰ wird sich an diesen Mißständen nicht viel ändern, solange diese Ausgaben in die technische Vergangenheit investiert werden und die Kassen derer füllen, die zu nichts anderem fähig sind, als nur den Fortschritt zu verhindern und jede Hoffnung auf eine Besserung zu begraben. So ist z.B. geplant, eine Berliner Buslinie mit Elektrobussen, die in Spanien produziert werden, auszustatten, während die Notwendigkeit der meisten Buslinien in jetziger Fassung zweifelhaft ist, und die übrigen Transportmittel, die auf den Berliner Straßen fahren, hoffnungslos veraltet sind.

Dieser Verdacht erhärtet sich, wenn man bedenkt, daß über eine Halbe Million Berliner ihr Geld vom Staat als Sozialleistungen beziehen¹¹, während ein wesentlicher Anteil dieser Summen den Eigentümer der Wohnungen zufällt, von denen die meisten aus verschiedenen Gründen ungeeignet sind, als Wohnräume benutzt zu werden, und deren Miets- sowie Betriebskosten unverhältnismäßig überhöht sind. Mit anderen Worten, es handelt sich um spekulative Preise, und bei genannten Sozialleistung um die Geldwäsche zugunsten der Eigentümer, wobei die Mieter als Transferstellen in einem kriminellen Geschäft mißbraucht werden.

An diesem Mißstand soll auch nichts ändern, trotz der von Senator Andreas Geisel angekündigte Aufstockung der Zahl kommunaler Wohnungen auf 400.000, weil der Mißbrauch der Mieter für staats-eigene Zwecke damit nicht aufhört, und weil die fortgeführte Bauweise in keinster Weise der physiologischen Bedürfnisse der Menschen entspricht. ¹²

Nicht weniger schlecht sieht es mit gewerblichen Objekten und Büros aus, da sie nur zum Zwecke, die von der Baumafia vorgegeben werden, errichtet werden, bei etwa zur Zeit eine Million Quadratmeter Leerstand. Zu diesem Leerstand sollen noch weitere Auswüchse des Bauwahns hinzukommen, wie zum Beispiel die Kirche der drei Religionen, Berliner Schloß, oder die Anschaffung und Aufstellung der Wohncontainer für Flüchtlinge. ¹³⁻¹⁴

Ich hatte bereits die Gelegenheit, mit Andreas Geisel zu korrespondieren, und ich versprach ihm, gegen ihn strafrechtlich vorzugehen, falls die Wohnung nicht bereitgestellt wird, die ein Patient dringend benötigt. Seitdem ich mein Schreiben zusammen mit einem fachärztlichen Attest abschickte, geschah nichts, keine schnelle Hilfe für Menschen in Not erfolgte, weswegen ich eine strafrechtliche Verfolgung des selbsternannten Senators Geisel beantrage.

Die Großbaustelle Flughafen Berlin-Brandenburg ist ein einziges Irrtum, weil einen Flughafen im städtischen Gebiet zu bauen irrig ist, und zeug von der Abwesenheit des Verstands bei allen seinen Bauer. Man hat Milliarden für den Bau dessen ausgegeben, was von Anfang an sinnlos und fehlerhaft ist.

Alle anderen Vorhaben des Berliner Senats zeugen von Inkompetenz, Größenwahn, oder Böswilligkeit dessen Mitglieder, ob 138,1 Millionen Euro Zuschuß für die Stiftung Oper in Berlin, 1,2 Millionen Euro für das Förderprogramm zur Assistierten Reproduktion, oder über 3 Millionen Euro für Olympiabewerbung. ¹⁵⁻¹⁷

Die Oper ist nur ein weiteres Satus- und Staatssymbol, welches die Beamtenrepublik benötigt, um sich mehr Respekt bei den Bürger und anderen Beamtenrepubliken zu verschaffen und sie zu beeindrucken. Mit der Kultur haben solche Symbole wenig zu tun, viel mehr mit der Kulturlosigkeit, wie auch im Fall der Veranstaltungen, die wenig mit Sport und viel mehr mit Kommerz und übermäßigen Gehälter deren Profiteure zu tun haben.

Und so sieht die Leistung einer beamteten Akademikerin aus, die für den IT-Bereich der Berliner Verwaltung zuständig ist: ¹⁸⁻¹⁹

Terminvereinbarung

1	Dienstleistung	Anmeldung einer Wohnung	
2	Datum		

Bitte wählen Sie ein Datum:

verfügbar ausgebucht

März 2016							April 2016						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
	1	2	3	4	5	6					1	2	3
7	8	9	10	11	12	13	4	5	6	7	8	9	10
14	15	16	17	18	19	20	11	12	13	14	15	16	17
21	22	23	24	25	26	27	18	19	20	21	22	23	24
28	29	30	31				25	26	27	28	29	30	

In der angegebenen Zeit gibt es keine Termine.
Versuchen Sie doch den [nächsten Monat](#) ».

Diensteanbieter



Das ITDZ Berlin – der Lösungspartner für die moderne Verwaltung

Interessanterweise, weil keine kostenlose Termine in absehbarer Zeit zu bekommen sind, werden sie auf dem Markt angeboten. ²⁰⁻²¹

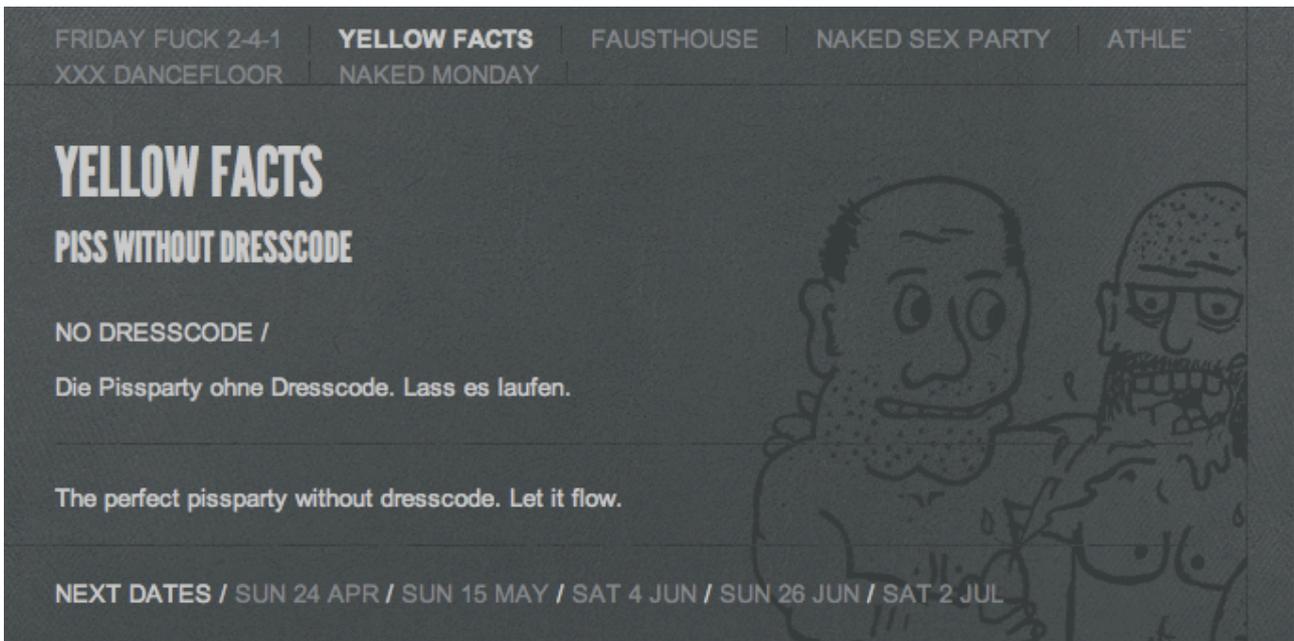
Die Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer hat genauso wenig Ahnung von der Forschung wie ihre Komplize Sandra Scheeres von der Wissenschaft; sie kennen sich nur in Technologie des übermäßigen Gehaltsanrechnung aus. Die Zahlen sprechen für sich und belegen diese Aussage:

Voraussichtliche Forderungen aus Insolvenzverfahren im Jahr 2014: 1 233 392 000 Euro (Seite 412 des Statistischen Jahrbuchs).

Das Geld wird vorzüglich an die Günstlinge des Beamtentums ausgegeben, die letztendlich damit nur ihr Lebensunterhalt finanzieren; irgendwelchen anderen Nutzen haben diese Investitionen nicht. ²²

Das Land Berlin beherbergt noch weitere, genauso nützliche Unternehmungen, wie z.B. Umweltverpester Bayer.

Die Unfähigkeit der Bürokratie, die Bevölkerung von Berlin für sinnvolle Aufgaben zu organisieren, ist nicht zu übersehen, weil die Straßen mit Nichtsteuer und Irrsinnigen, die ihre jeweilige Beschäftigungstherapie nachgehen, voll sind. Zu den Berliner Steuerzahler gehören solche Unternehmen wie Stahlrohr 2.0, Lab.Oratory²³⁻²⁴, welche die Pissparties anbietet, oder die Leichenschausteller (letztere Veranstaltung wird endlich dieses Jahr wegen Widerspruch zum Berliner Bestattungsgesetz ausgesetzt).



Wie in Berlin mit der Gesundheitsvorsorge aussieht, berichtete ich in Text des Strafantrags vom 16.12.2015, den ich mit folgende Zahlen ergänzen möchte:

Ausgaben für Vorbeugende Gesundheitshilfe 53.000 Euro

Berufstätige Ärzte 2014 insgesamt 19 737

Humangenetik 19

Hygiene und Umweltmedizin 18

(S. 219 des Statistischen Jahrbuchs)

Alles klar oder benötigt man irgendwelche Kommentare?

Und was soll man von diesen Zahlen halten?:

Schwerbehinderte Menschen 2013 insgesamt 346 826 (S. 212 des Statistischen Jahrbuchs)

Man fragt sich, inwieweit sind alle diese Personen behindert?

Die Leistungen der Ordnungshüter, wie man sie auch aus eigenen Erfahrungen kennt oder aus den Presseberichten und aus dem Statistischen Jahrbuch entnimmt, bestehen größtenteils darin, die Gerichtsurteile zu fälschen, das Geld für nichterbrachte Leistungen zu erpressen, die Hinweise der Bevölkerung über kriminelles Tun und Lassen ihrer Komplizen zu ignorieren und die Straftaten im Amt zu vertuschen. In Berlin wie auch in anderen deutschen Städten ist eine Bande von Kriminellen am Werk, die sich unter dem Deckmantel der Rechtspflege agiert. ²⁵⁻²⁹

Welche Straftaten soll denn die Justiz aufklären, wenn sie nicht imstande ist, die Straftaten ihrer eigenen Mitglieder aufzuklären? Dafür wird ein neues Nürnberger Tribunal benötigt, hier ist nur ein kurzer Überblick über das Hauptgeschäft der Justiz, die Geldeintreibung und Mißhandlung: ³⁰⁻³⁴

Das Gross, der Hauptanteil aller Gerichtverfahren machen sogenannte Mahnsachen aus, wobei die Menschen in solchen Verfahren nicht vorkommen und zur Sache degradiert und umbenannt sind, weil sie willkürlich entrechtet werden und ihre Meinung nicht zählt: es wird meistens zugunsten des Beamtentums und möglichst in Schnellverfahren ohne öffentliche Anhörung entschieden, was in krassen Widerspruch zu den Bestimmungen der Berliner Verfassung steht. Ab Seite 254 abwärts kann man über die Geschäftigkeit der Justiz erfahren:

Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten bei den Amtsgerichten im Jahr 2014

Mahnsachen 606 928

Unterbringungs- und Freiheitsentziehungssachen 3 351

Betreuungsgerichtliche Genehmigung zur

Unterbringung oder Anordnung der Unterbringung

nach § 312 Nr. 1 und 2 FamFG 1 715

(S. 255 Statistisches Jahrbuch)

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin

I. Anzeigesachen

1. Eingänge 228 773

2. Beendete Anzeigesachen 227 873

davon

Durch Anklagen

(einschließlich der Verfahren nach § 76 JGG) 15 704

Im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO) 405

Durch Anträge auf Erlass von Strafbefehlen 8 701

Ohne öffentliche Klage 203 063

(S. 256-258 Statistisches Jahrbuch)

Und so geht es beim Verwaltungsgericht zur Sache:

Verfahren beim Verwaltungsgericht nach Art der Erledigung

Urteil, Bescheid und Beschluss 8 843

darunter Entscheidungen

zugunsten der Behörde 1 842

gegen die Behörde 223

(S. 260 Statistisches Jahrbuch)

und jetzt noch beim Sozialgericht:

Klagen der Bundesagentur für Arbeit und nach dem SGB II 18 620

(S. 262 Statistisches Jahrbuch)

Und in nachfolgenden Berichten wird erklärt, worin die Geschäftstätigkeit der Justizbeamten besteht und was sich hinter diesen Zahlen verbirgt: ³⁵⁻³⁹

Um diese geldgierige Armee der Staatsbediensteten zu versorgen werden große Summen benötigt, die nicht anders zu beschaffen sind, als sich am Volk zu vergreifen⁴⁰⁻⁴⁶. Dabei entlohnen sich die Beamten und ihre Komplizen überdurchschnittlich gut, wie auf den Seiten 478 und 479 des Statistischen Jahrbuchs nachzulesen ist:

**Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2013
nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers**

Merkmal	Haus- halte	Darunter Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher ... ist					
		Selb- ständiger	Beamter	Ange- stellter	Arbeiter	Arbeits- loser	Nicht- erwerbs- tätiger
Haushaltsbruttoeinkommen	3 247	(3 267)	5 907	4 391	3 619	1 017	2 135
Private Konsumausgaben	2 037	(2 140)	3 588	2 308	2 047	1 007	1 811

Und auf Seite 492 kann man über die Einnahmenquellen des Beamtentums erfahren, wobei die Vermögensteuer unter allen anderen Steuerarten konstant bei Null bleibt.

Außer legalisierter Selbstfinanzierung des Beamtentums gibt es noch andere Möglichkeiten und Einfälle, womit die Voraussetzungen für Straftatbestände Betrug und bandenmäßige Hehlerei zwecks eigennütziger Selbstbereicherung erfüllt sind. ⁴⁷⁻⁵⁰

Was angeblich der intelligentesten Teil der deutschen Bevölkerung angeht, so ist es nicht zu übersehen, daß es bei ihnen nicht darauf ankommt, der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen; stattdessen widmen sie alle ihre Kräfte dem Ziel, ein überhöhtes Selbstbild aufzubauen, um anschließend diesem Selbstbildnis zu dienen. Die Hochschulen und Universitäten sind nichts anderes als produzierendes Gewerbe, an denen, im Grunde genommen, nur eine Disziplin in verschiedenen Fächer unterrichtet wird, die Pseudologie, und der Großteil ihrer Produktion die gefälschten Diplome und Dokortitel ausmachen.

Die Profiteure der Beamtenrepublik üben sich genötigterweise in Betrug und Selbstbetrug, die zeitweilig bizzare Formen annimmt. So klingt in meinen Ohren die Äußerung des beamteten Bundespräsidenten Joachim Gauck als eine Selbstanklage: „Immer wieder fällt uns auch auf, daß wir in einem tief kranken Land leben... In einer Landschaft der Lüge, und es gibt Menschen jeder Bildungsstufe die lügen bis zum Letzten.“⁵¹

Ein anderer Repäsentant des Beamtentums betont seine Besitz- und Machtansprüche in einer Rede, die ein weiteres Beispiel der Verblendung und Selbstbetrug darstellt:⁵²

„Wenn Berlin wächst, wachsen auch wir als katholische Kirche. Wir wollen uns in diese Entwicklung einbringen, was die Integration und das Zusammenleben angeht, im Bereich Bildung, von der Kita bis zur Hochschule. ... Als katholische Kirche sind wir dankbar für die staatliche Unterstützung, die wir in unserem Tun erfahren, aber wir geben der Gesellschaft auch viel zurück an haupt- und ehrenamtlichem Engagement, von dem alle Menschen in dieser Stadt profitieren.“
Gegenstand des Gespräches waren ferner ... die Bedeutung des von Papst Franziskus ausgerufenen Heiligen Jahrs der Barmherzigkeit für Berlin.

Im Eichmann-Prozess wurde das Beamtentum öffentlich seziert, die Anatomie und Funktionsweise der Beamtenrepublik wurde in zahlreichen Werken beschrieben und verurteilt. Ungeachtet dessen besteht das verbrecherische bürokratische System fort. Noch nach dem Ende des Hitlerreiches bestanden seine Diener auf Entschädigung wegen Ausfall der Fortzahlung ihrer Gehälter. Kann ein noch deutlicheres Beispiel geben für die Unbelehrbarkeit und Schuldunfähigkeit des Beamtentums als dieses?⁵³⁻⁵⁴

Dennoch hat man aus der Geschichte keine Schlüsse gezogen, und erneut ein wahnwitziges bürokratisches Selbstbelohnungssystem aufgebaut, das jetzt wie die Berliner Mauer komplett abgerissen werden muß. Darüber hinaus beantrage ich die Vereinnahmung der Güter, die von Beamten und deren Mittäter im Zuge der Privatisierung widerrechtlich angehäuft wurden.

Dr. Andrej Poleev

1 Statistisches Jahrbuch 2015

https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/produkte/Jahrbuch/BE_Kap_2015.asp

2 Senator Dr. Kollatz-Ahnen: „Die Phase des Personalabbaus in Berlin ist weitgehend abgeschlossen. Die Stadt wächst und benötigt selektiv für die Aufgaben der wachsenden Stadt zusätzliches Personal.“

<http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.462089.php>

3 Der Haushaltsentwurf des Senats hatte noch 3.400 neue Stellen für die Hauptverwaltung vorgesehen. Im verabschiedeten Doppel-Haushalt beläuft sich die Zahl jetzt auf insgesamt rund 4.100 neue Stellen, davon 3.115 in 2016 und weitere 974 in 2017. Die Stellen verteilen sich insbesondere auf die Schwerpunkte Bildung, Sicherheit, Asyl- und Ausländerangelegenheiten sowie Strafverfolgung. So sollen 1.170 Stellen für Lehrkräfte (einschließlich pädagogischer Unterrichtshilfen) und rund 300 Stellen für Erzieherinnen und Erzieher geschaffen werden. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) hat mit heutigem Stand seit 2015 und wird bis einschließlich 2017 366 neue Stellen erhalten. Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) erhält weitere 162,5 Stellen. Die Polizei wird um insgesamt 491 Stellen aufgestockt, davon 285 Stellen im Polizeivollzug, 139 Stellen im vollzugsnahen Polizeidienst sowie 67 Stellen in der Verwaltung der Polizei.

<http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.435111.php>

4 Staat zahlt 442 Millionen Euro für Kirchengehälter.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spardebatte-staat-zahlt-442-millionen-euro-fuer-kirchengehaelter-a-699422.html>

5 Guter Rat ist dem Berliner Senat offensichtlich lieb und kommt ihn teuer zu stehen. Unterm Strich gab das Land im letzten Jahr für Beratungsleistungen mehr als 2,5 Millionen Euro aus und überzog damit den Etat um fast eine halbe Million Euro.

<http://www.bz-berlin.de/landespolitik/etat-fuer-externe-berater-um-eine-halbe-mio-euro-ueberzogen>

6 Christian Teevs. Spendable Ministerien: Bundesregierung zahlte eine Milliarde an Berater. Spiegel am 09.09.2013.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bundesregierung-beauftragte-berater-fuer-eine-milliarde-euro-a-921241.html>

7 Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2015.

<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/regionalersozialbericht.asp>

8 80% der Menschen können besorgniserregende Meldungen überhaupt nicht verarbeiten.

<http://www.propagandafront.de/187070/gehirnforschung-80-der-menschen-konnen-besorgniserregende-meldungen-ueberhaupt-nicht-verarbeiten.html>

9 Armut ist gewollt und bewusst erzeugt, weil sie die „Aktivierung“, Motivierung und Disziplinierung der Bevölkerungsmehrheit gewährleistet. Die (Angst vor der) Armut sichert den Fortbestand der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Während der Reichtum als Belohnung für „Leistungsträger“ dient, gilt die Armut als gerechte Strafe für „Leistungsverweigerer“, „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“.

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/armutsforscher-christoph-butterwegge-deshalb-werden-die-ursachen-von-armut-in-deutschland-verschwiegen/10043732.html>

10 <http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2015/pressemitteilung.263951.php>

Pressemitteilung vom 10.02.2015: Das Land Berlin kann im Rahmen des Sondervermögens „Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ (SIWA) aus dem Finanzierungsüberschuss des Jahres 2014 insgesamt 438 Mio. € in Maßnahmen zur Erweiterung und Stärkung der Berliner Infrastruktur investieren. Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen hat dem Senat heute die Vorschläge zur Verwendung der Mittel im Detail vorgestellt.

11 Amt zahlt 565.231 Berlinern die Miete.

<http://www.danisch.de/blog/2015/09/28/600-und-656231/>

12 Der Berliner Senat hat auf Vorlage des Stadtentwicklungs- und Umweltsenators Andreas Geisel eine „Roadmap für 400.000 bezahlbare Wohnungen im Landeseigentum“ beschlossen, die eine Vereinbarung zwischen dem Senat von Berlin und den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften vorsieht. Diese wurde heute vom Senat und den Vertreterinnen und Vertretern der Wohnungsbaugesellschaften unterzeichnet.

<http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.467342.php>

13 Daniel Fuhrhop. Aufruf gegen Bauwut in Berlin. Berliner Zeitung, 17.03.2014.

<http://www.berliner-zeitung.de/kultur/aufruf-gegen-bauwut-in-berlin-lasst-uns-naeher-zusammenruecken-1158442>

14 Die Gesetzesänderungen sollen vor allem die Baugenehmigungsverfahren für Flüchtlingsunterkünfte in modularer Bauweise vereinfachen und beschleunigen.

Senator Geisel: „Menschen in Not brauchen unsere schnelle Hilfe. Der Bau von Unterkünften in modularer Bauweise ist ein wichtiger Baustein bei der Flüchtlingsunterbringung. Dafür müssen wir die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Durch die Konzentration der Aufgaben bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt wird dies möglich sein.“

Unterkünfte in modularer Bauweise werden künftig nicht nur vom Land Berlin, sondern auch von den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und der Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH gebaut.

<http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.433121.php>

15 Senat stimmt Entwurf des Zuschussvertrages mit der Stiftung Oper in Berlin zu.

Der Vertrag hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2020 und sieht in den Jahren 2017 – 2020 einen jährlichen Gesamtzuschuss an die Stiftung von 141,2 Mio. € vor, im laufenden Haushaltsjahr erhält sie einen Gesamtzuschuss von 138,1 Mio. €.

<http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.467339.php>

16 Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung auf Vorlage von Gesundheits- und Sozialsenator Mario Czaja die Fortführung des im letzten Jahr eingerichteten Förderprogramms zur Assistierten Reproduktion beschlossen. Danach können Ehepaare mit unerfülltem Kinderwunsch bei einer reproduktionsmedizinischen Behandlung finanzielle Unterstützung vom Land Berlin erhalten.

enator Czaja: „Jedes zehnte Paar zwischen 25 und 59 Jahren ist von ungewollter Kinderlosigkeit betroffen und auf medizinische Unterstützung bei der Reproduktion angewiesen. Wir wollen daher Ehepaare mit unerfülltem Kinderwunsch unterstützen. Deshalb führen wir unser Landesprogramm fort und fördern die Kinderwunschbehandlung über die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen. Für die Maßnahmen zur assistierten Reproduktion stehen für dieses Jahr insgesamt 1,2 Mio. € zur Verfügung, je zur Hälfte vom Land Berlin und vom Bund getragen. Dies entspricht der Fördersumme des vergangenen Jahres.“

Bei Kinderwunschbehandlungen werden 50 Prozent der Kosten von den Gesetzlichen Krankenkassen übernommen, die andere Hälfte müssen die Paare selber tragen. Mit dem Förderprogramm können die Paare die Hälfte ihres Selbstkostenanteils vom Land Berlin und vom Bund finanzieren lassen, d.h. sie müssen dann nur noch 25 Prozent selber tragen. In Berlin wird der zweite und dritte Behandlungsversuch bezuschusst, die Krankenkassen beteiligen sich bei den ersten drei Versuchen einer Behandlung.

<http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.433098.php>

17 Mit Blick auf Einwände der Kritiker, die zu hohe Ausgaben befürchten, sagte

Wowereit, zu den Gesamtkosten könnten jetzt noch keine Angaben gemacht werden. Die Bewerbungskosten bezifferte er für 2024 auf 50 Millionen Euro, die Investitionen in Sportanlagen inflationsbereinigt auf 2,4 Milliarden Euro. Vieles davon werde sich refinanzieren, denn Wohnungsbau und sanierte Sportstätten würden ohnehin gebraucht, sagte der Regierende Bürgermeister. Er zeigte sich zudem zuversichtlich, dass sich auch der Bund finanziell beteiligen werde.

<http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/politik-aktuell/2014/meldung.168392.php>

18 Anmeldung einer Wohnung

<http://service.berlin.de/dienstleistung/120686/>

19 Die stellvertretende Vorständin des IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin), Ines Fiedler, hat am 1. Dezember 2015 bis zur Auswahl eines neuen Vorstands die Leitung des Hauses übernommen. In diese Position bringt sie über 20 Jahre Erfahrung aus den unterschiedlichen Bereichen der IT mit. Bis 2010 leitete Ines Fiedler als Prokuristin die Bereiche IT-Operations Germany und European IT-Relationship Management bei der KPMG IT Service GmbH, dem IT-Dienstleister des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens KPMG.

Ins IT-Dienstleistungszentrum Berlin kam die studierte Diplom-Wissenschaftsorganisatorin 2013 und übernahm zunächst die Führung der neu gegründeten Abteilung Infrastruktur und Basisdienste, die unter anderem den störungsfreien Betrieb der Netzwerke, Telefonanlagen, Arbeitsplatzcomputer und die Einhaltung von IT-Sicherheitsstandards verantwortet. Ines Fiedler ist neben Ihrem Amt als stellvertretende Vorständin auch Leiterin der Abteilung Kunden und Lösungen im ITDZ Berlin und hier unter anderem für die Weiterentwicklung des Kundenmanagement zuständig.

Ines Fiedler hat an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert, stammt aus Stralsund und hat zwei Kinder.

http://www.itdz-berlin.de/unternehmen/kurzbiographie_v.html

20 <https://erledigungen.de/>

21 <http://www.meldebox.de/Umzug-Berlin/Einwohnermeldeamt/>

22 Pressemitteilung vom 10.02.2015. Das Land Berlin setzt die äußerst erfolgreichen Wagniskapitalfonds zur Förderung von Berliner Start-up-Unternehmen fort. Auf Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Cornelia Yzer, hat der Senat die Durchführung des Venture Capital (VC) Fonds Technologie Berlin II und des VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin II beschlossen. Damit können sich die zwei Fonds in der Förderperiode 2014 bis 2020 mit insgesamt 100 Mio. € frischem Geld an jungen Firmen beteiligen. Das sind 25 % mehr als in der vorherigen Förderperiode (80 Mio. €).

<http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2015/pressemitteilung.263911.php>

23 Stahlrohr 2.0 <http://www.stahlrohr.info/>

24 LAB.ORATORY <http://www.lab-oratory.de/>

25 In der Praxis wurden bis 1949 fast keine früheren Gestapo-Mitarbeiter aus Württemberg und Hohenzollern in den Polizeidienst übernommen. Die Personalausschüsse der Polizeidienststellen

waren meist hinreichend sensibilisiert, um eine Einstellung solcher Bewerber abzulehnen. Das änderte sich jedoch Anfang der 1950er Jahre.

<http://www.geschichtsort-hotel-silber.de/polizei-im-silber/1945-1984/voellige-reintegration-die-ehemaligen-gestapo-mitarbeiter-ab-1950/>

26 Detlef Winter, Edmund Haferbeck. Die Rechtsbeugemafia, 1999.

<http://www.amazon.de/dp/3934477003/>

27 Jürgen Roth, Rainer Nübel, Rainer Fromm. Anklage unerwünscht ! Korruption und Willkür in der deutschen Justiz, 2007.

<http://www.juergen-roth.com/anklageunerwuenscht.html>

28 Anja Neubauer. Albtraum Justiz. Wie ein Rechtsstaat zerbricht und dabei die Gesellschaft unter sich begräbt, 2015.

<http://albtraumjustiz.de/>

29 "Täuschung von Gerichten, Falschbeschuldigungen und Beeinflussung von Verfahren und Verfahrensbeteiligten werden in fast jedem zweiten Fall genannt. Eine Kommerzialisierung des familienrechtlichen Systems durch Rechtsanwälte und Sachverständige wird kritisiert. Betroffene berichten von Willkür und Inkompetenz von Behörden, oder dass sie psychisch und/oder finanziell zerstört und um einen der wichtigsten Bestandteile ihres Lebens beraubt worden seien."

<http://www.kimiss.uni-tuebingen.de/de/2012studie.html>

30 „Eine Studie der Humboldt-Universität sieht in den Jobcentern die Hauptverursacher für die zunehmenden Zwangsräumungen in Berlin. Sie und die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften seien »die Motoren von Verdrängung und Zwangsräumungen« in der Bundeshauptstadt, sagte der Berliner Stadtsoziologe Andrej Holm bei der Vorstellung der Untersuchung »Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems« am Donnerstag in Berlin. Mit fast 10.000 Räumungsklagen pro Jahr sei Berlin die Hauptstadt der Wohnungsnotlagen.

Schätzungen zufolge gibt es in Berlin zwischen 5.000 und 7.000 Räumungstermine jährlich. Davon gehen laut den Mitautoren der Studie, Laura Berner und Inga Jensen, mit etwa 20 Prozent überdurchschnittlich viele auf das Konto der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die eigentlich preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellen müssten. Durch Überforderung, Gleichgültigkeit oder eine repressive Auslegung der Hartz-IV-Gesetzgebung in den Jobcentern würden häufig Mietrückstände auflaufen, weil Gelder zu spät oder auf falsche Konten gezahlt oder Bewilligungen verweigert werden.

Auch halten die sogenannten Bemessungsgrenzen der Kosten der Unterkunft (KdU) mit den steigenden Mieten in der Bundeshauptstadt nicht mehr mit, so dass Betroffene die Differenz

entweder aus eigener Tasche zahlen müssen oder dem Vermieter schuldig bleiben. Die Studienautoren sprechen deshalb in ihrem Fazit von einem Scheitern des Hilfesystems in Berlin. Für die Untersuchung wurden sämtliche öffentliche Daten zwischen 2009 und 2013 ausgewertet. Zudem führten die Wissenschaftler Interviews mit Betroffenen, Mitarbeiter in Jobcentern, Freien Trägern und Vertretern von Wohnungsbaugesellschaften.“

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/968916.studie-jobcenter-verursachen-die-meisten-zwangsraeumungen.html>

<https://www.sowi.hu-berlin.de/lehrebereiche/stadtsoz/forschung/projekte/studie-zr-web.pdf>

31 „Ein Drama spielt sich in der Kleingarten-Kolonie „Saatwinkler Damm“ ab. Als die Datsche von Familie Behrens gestern zwangsgeräumt wird, bewegt sich Ehefrau Karin Behrens (77) nicht mehr. Sie muss mit dem Notarzt ins Krankenhaus gebracht werden, war kollabiert.“

<http://www.berliner-kurier.de/berlin/kiez---stadt/gerichtsvollzieher--notarzt--polizei-gnadenlose-zwangsraeumung-in-der-garten-kolonie-23798106>

32 „Deutscher Mieterbund: 70.000 Zwangsräumungen in Deutschland.“ SWR am 30.04.2013.

<http://www.swr.de/report/presse/mietrecht/-/id=1197424/nid=1197424/did=11359752/1u4bgej/index.html>

33 "Wenn ein Polizist angegriffen wird, hat er das Notwehrrecht, genau wie jeder andere Mensch auch. Aber darum geht es ja gar nicht, hier sollte lediglich aufgrund eines Haftbefehls festgenommen werden. Es ist nicht erforderlich wegen eines Betäubungsmitteldeliktes jemanden zu erschießen. Das ist eine grobe Unverhältnismäßigkeit, wenn man abwägt zwischen dem Recht auf Leben und dem Recht der Öffentlichkeit, dass Straftaten verfolgt werden. Wir sind in einem Rechtsstaat und in keiner Bananenrepublik oder im Wilden Westen."

<http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-03-03-2016/die-geldquellen-des-is2.html>

34 „Zuerst gab eine Verfolgungsjagd, dann einen Crash - und am Ende war der Verdächtige tot: Der Zivilfahnder, der am Mittwochmorgen in Berlin-Marzahn einen mutmaßlichen Einbrecher auf der Flucht erschossen haben soll, wird eines Tötungsdelikts beschuldigt. Die Mordkommission ermittle gegen ihn, so die Polizei. Das sei jedoch ein übliches Vorgehen.“ RBB am 03.03.2016.

<http://www.rbb-online.de/panorama/beitrag/2016/03/berlin-marzahn-polizei-erschiesst-mutmasslichen-einbrecher.html>

35 Flüchtlingschaos, Behördenversagen - und jetzt das: Zehntausende Berliner fahren ohne Ticket mit U- und S-Bahnen durch die Metropole. Im Gefängnis Plötzensee soll fast jeder dritte Häftling ein verurteilter notorischer Schwarzfahrer sein.

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/u-bahn-und-s-bahn-der-bvg-berlin-faehrt-schwarz-a-1068242.html>

36 <http://www.tagesspiegel.de/berlin/bvg-und-s-bahn-berlin-strafanzeigen-wegen-schwarzfahrens-nehmen-drastisch-zu/12733452.html>

37 <http://www.n-tv.de/panorama/Oma-Gertrud-muss-ins-Gefaengnis-article11898321.html>

38 <http://www.derwesten.de/panorama/16-jaehriger-schwarzfahrer-muss-fast-drei-jahre-ins-gefaengnis-id7536572.html>

39 Hälfte der Gefängnisinsassen in JVA Plötzensee wegen nichtgezahlte Rechnungen Ersatzfreiheitsstrafe – Fakten, Thesen und Anregungen des Berliner Vollzugsbeirats.
<http://www.berliner-vollzugsbeirat.de/lib/exe/fetch.php/ersatzfsmi2011lang2.pdf>

40 Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter im Land Berlin sollen anlässlich von Dienstjubiläen künftig wieder eine finanzielle Zuwendung erhalten.
Durch die Wiedereinführung von Jubiläumszuwendungen werden dem Land Berlin ab 2016 maximale Mehrkosten von ca. 1,5 Mio. € jährlich entstehen. Die Mehrausgaben können aus den im Haushalt bereits veranschlagten Personalausgabeansätzen getragen werden.
<http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.437373.php>

41 Laut Vermögensrechnung des Bundesfinanzministeriums beliefen sich die zu erwartenden Kosten für die Pensionen und Beihilfen der heute aktiven Beamten und Ruheständler bei Bund, Post und Bahn Ende 2012 auf gigantische 465,4 Mrd. Euro. Das waren 25,4 Mrd. mehr als Ende 2011. Der Schuldensaldo der Bundesbilanz stieg auf 1,484 Billionen Euro.
<http://www.bild.de/politik/inland/altersvorsorge/beamtenpensionen-kosten-bund-465-mrd-euro-31756930.bild.html>

42 Beamtengehälter.
<http://www.beamtenbesoldung.org/besoldungstabellen/beamtengehaelter.html>

43 http://mobil.krone.at/phone/kmm_1/story_id_430100/sendung_id_28/story.phtml
Martin Schulz erhält als EU-Parlamentschef monatlich 26.892 Euro. Dank Steuerzuckerl bleiben ihm davon netto 24.034 Euro - das entspräche einem Steuersatz von 10,62 Prozent.

44 Von der Macht muss sich Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul verabschieden - jetzt hat die 66-Jährige Anrecht auf Ruhestandsbezüge, für die ein normaler Arbeitnehmer 347 Jahre arbeiten müsste. Auf Platz zwei der Pensionsliste der scheidenden SPD-Minister: Ulla Schmidt mit monatlich 8410 Euro.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pensionsansprueche-scheidender-minister-wieczorek-zeul-bekommt-9430-euro-im-monat-a-653774.html>

45 Die Politik der großen Koalition stellt eine zunehmende Belastung für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft dar. Allein im Jahr 2014 wurden Entscheidungen getroffen, die auf einen Schaden von mindestens 256 Milliarden Euro hinauslaufen werden. Eine rekordverdächtige Verschleuderung von gesellschaftlichen Ressourcen.

<http://www.insm.de/insm/Themen/Steuern-und-Finanzen/jahresbilanz-2014.html>

46 Markus Sievers. Mehrheit der CDU für höhere Steuern. Berliner Zeitung, 17.05.2013.

<http://www.berliner-zeitung.de/politik/einnahmen-mehrheit-fuer-hoehere-steuern-6441912>

47 Das Kartell der Staatsplünderer.

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article133107766/Das-Kartell-der-Staatspluenderer.html>

48 Milke Schlink. Panama-Banker finanzierten CDU. Hamburger Morgenpost am 14.04.2016.

<http://www.mopo.de/hamburg/politik/hamburger-berenberg-bank-panama-banker-finanzierten-cdu-23882946>

49 Vorwürfe gegen Bundesdruckerei: "Panama Papers" erreichen Schäuble. n-tv am 9.04.2016.

<http://www.n-tv.de/politik/Panama-Papers-erreichen-Schaeuble-article17427046.html>

50 Wolfgang Stock. Milliarden-Versteck. Focus am 23.10.2000.

http://www.focus.de/politik/deutschland/spd-vermoegen-milliarden-versteck_aid_185414.html

51 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/guenter-schabowski-gauck-und-der-kreis-seiner-unterdruecker-a-1060681.html>

52 <http://www.berlin.de/rbmskz/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.456117.php>

53 Als das Grundgesetz im Mai 1949 in Kraft getreten war, enthielt es mit Artikel 131 eine Vorschrift, die viele Angehörige des öffentlichen Dienstes auf unbezahlten Rechnungen sitzen ließ: Beamte, die aus dem Osten vertrieben oder wegen NS-Verdachts aus dem Amt entlassen worden waren, warteten auf eine Regelung ihrer Verhältnisse. Am 15. März 1951 äußert der BGH (Az. III ZR 153/50) doch nur sehr verhaltenes Verständnis für den "zeitweisen Aufschub der Geltendmachung der Ansprüche" dieser Beamten, weil es sich "praktisch um die Abwicklung des Bankrotts des 'Dritten Reiches' handelt".

<http://www.lto.de/recht/feuilleton/f/literarische-leistung-des-bundesgerichtshofs-geld-sex-crime-im-bghz-band-1/>

54 Urteil des Ersten Senats vom 17. Dezember 1953 - 1 BvR 147/52 - in den Verfahren über die Verfassungsbeschwerden des Ersten Staatsanwalts z. Wv. Dr. Ke. und 33 anderer Beschwerdeführer (Beamte und Versorgungsempfänger) gegen das Gesetz zur Regelung der

Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. Mai 1951 (BGBl. I S. 307).

<http://opiniojuris.de/entscheidung/805>

Bekanntgabe.

Ab sofort übernehme ich die Leitung der Sophie-Scholl-Schule in Eißholzstraße 34–37, 10781 Berlin, und übe uneingeschränktes Hausrecht im genannten Gebäude aus.

Alle Personen, die mit meiner Entscheidung nicht einverstanden sind, dürfen die Schule verlassen.

A handwritten signature in black ink that reads "Andrej Poleev". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Dr. Andrej Poleev
Berlin, 19.04.2016

Landeskriminalamt
LKA 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

10.05.2016

Strafantrag

In Ergänzung meiner Strafanträge vom 12.06.2015, 26.10.2015, 16.12.2015, 5.02.2016, 10.03.2016, 24.03.2016, 11.04.2016, 15.04.2016 und 25.04.2016 beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Staatsanwalt Hagendoof, und alle Personen, die in früheren Strafanträgen genannt sind, wegen Rechtsbeugung, Rechtsbruch, Amtsanmaßung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung u.a.

Allein schon die Zugehörigkeit genannter Personen zu den Anwälten des Staates beweist den bandenmäßig betriebenen Rechtsbruch, womit sie ihre Willkürherrschaft und die Ausübung der Gewalt zum Zwecke eigennützlicher Bereicherung rechtfertigen. Aus diesen Gründen wurden bisher keine Ermittlungen und kein Strafverfahren gegen Angehörige einer kriminellen und terroristischen Beamtenvereinigung eingeleitet. Ungeachtet nichterbrachter Leistungen kassieren Beamten ihre Gehälter, lügen, betrügen, mißachten Bestimmungen der Verfassung, betreiben Schutzgelderpressung, um sich selbst sowie die Industrie der Debidung, Umweltverpestung und Zerstörung zu finanzieren. „Barbarei ist die Abwesenheit von Normen und Berufungsinstanzen“¹ - das haben die Anwälte ihres barbarischen Staates mit ihren barbarischen Taten und Unterlassungen zu genüge bewiesen. Die Begründung beantragter Maßnahmen erfolgte im Text früherer Strafanträge²⁻³.

Dr. Andrej Poleev

1 Jose Ortega y Gasset. La rebelion de la masas (deutsch: Der Aufstand der Massen), 1930.

2 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

3 Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

Landeskriminalamt
Dezernat 62 Organisierte Kriminalität
Maillingerstraße 15
80636 München

10.05.2016

Strafantrag.

In Ergänzung meiner Strafanträge vom 10.03.2016 und 4.04.2016 beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Staatsanwalt Schütz, Oberstaatsanwalt Dr. Beckstein sowie gegen alle Personen, die in früheren Strafanträgen genannt sind, wegen Rechtsbeugung, Rechtsbruch, Amtsanmaßung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung u.a.

Allein schon die Zugehörigkeit genannter Personen zu den Anwälten des Staates beweist den bandenmäßig betriebenen Rechtsbruch, womit sie ihre Willkürherrschaft und die Ausübung der Gewalt zum Zwecke eigennützlicher Bereicherung rechtfertigen. Aus diesen Gründen wurden bisher keine Ermittlungen und kein Strafverfahren gegen Angehörige einer kriminellen und terroristischen Beamtenvereinigung eingeleitet. Ungeachtet nichterbrachter Leistungen kassieren Beamten ihre Gehälter, lügen, betrügen, mißachten Bestimmungen der Verfassung, betreiben Schutzgelderpressung, um sich selbst sowie die Industrie der Debildung, Umweltverpestung und Zerstörung zu finanzieren. „Barbarei ist die Abwesenheit von Normen und Berufungsinstanzen“¹ - das haben die Anwälte ihres barbarischen Staates mit ihren barbarischen Taten und Unterlassungen zu genüge bewiesen.

Die Beschwerdebelehrung ist abwegig, weil ich die Generalstaatsanwaltschaft daran beschuldige, die oben genannten Straftaten begangen zu haben, was ich bereits begründete und beantragte, die Angehörigen der Generalstaatsanwaltschaft strafrechtlich zu belangen, was bisher nicht zustande gekommen ist, und was ich erneut beantrage. Die Begründung beantragter Maßnahmen erfolgte im Text früherer Strafanträge²⁻³.

Dr. Andrej Poleev

1 Jose Ortega y Gasset. La rebelion de la masas (deutsch: Der Aufstand der Massen), 1930.

2 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

3 Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
10559 Berlin

31.05.2016

Antrag auf Einstellung des Verfahrens.

Ich beantrage die Einstellung der Strafverfahren 284 Js 2424/15, 284 Js 1905/15, 284 Js 2433/15, 284 Js 2385/15, und der Gerichtsverfahren 272 Cs 557/15, 272 Cs 17/16 beim Amtsgericht Tiergarten, die aufgrund dieser Ermittlungs- sowie Strafverfahren eingeleitet wurden, als rechtswidrig, verfassungswidrig, sowie wegen Verfahrensfehler und Fehlen des Straftatbestandes.

Gleichzeitig beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Staatsanwaltschaft Berlin, Richterin Brinkmann, Justizbeschäftigte Kögler, das gesamte Personal des Amtsgerichts Tiergarten, gegen Senator für Justiz Thomas Heilmann, Senator für Finanzen Matthias Kollatz-Ahnen, Regierenden Bürgermeister Michael Müller, sowie gegen alle Personen, die in früheren Strafanträgen genannt sind¹⁻², wegen Rechtsbeugung, Erpressung, Räuberische Erpressung, Bedrohung, Nachstellung, Beleidigung, Verleumdung, Üble Nachrede, Falsche Verdächtigung, Politische Verdächtigung, Verfolgung Unschuldiger und Vollstreckung gegen Unschuldige, Amtsanmaßung, Vortäuschen von Straftaten, Belohnung und Billigung von Straftaten, Begünstigung, Strafvereitelung und Strafvereitelung im Amt, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung, Terrorismusfinanzierung u.a. (§§ 23, 89c, 129, 129a, 132, 140, 145d, 164, 185-187, 238, 241, 241a, 253, 257, 255, 258, 258a, 339, 344, 345 StGB), sowie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§7 VStGB), Verletzung der Aufsichtspflicht (§§ 4, 13 VStGB), Unterlassens der Meldung einer Straftat (§ 14 VStGB).

Der Strafverfahren 284 Js 2424/15 wurde eingeleitet wegen vermeintlicher Verbreitung pornografischer Schriften, Verwendens von Kennzeichen Verfassungswidriger Organisationen, Mißbrauchs eines akademischen Titels.

Alle diese Beschuldigungen des Staatsanwalts Oswald sind haltlos.

Erstens, ich bin Doktor der Naturwissenschaften, was durch meine wissenschaftliche Tätigkeit u.a. an verschiedenen Forschungseinrichtungen belegt ist, und mit Schreiben des Ministeriums für

Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16.07.1996 bestätigt ist. (Anlage).

Zweitens, ich machte mich auf keinsten Weise schuldig im Sinne der Verbreitung pornografischer Schriften und Verwendens von Kennzeichen Verfassungswidriger Organisationen. Im Gegenteil, ich berichtete zuerst in meinem Profil bei facebook über die gesetzwidrige und rechtswidrige Verbreitung pornografischer und abstoßiger Darstellungen im Internet. Weil mein Bericht und die Kommentierung entsprechender pornografischen und abstoßigen Darstellungen widerrechtlich gelöscht wurden, stellte ich am 26.06.2015 einen Strafantrag beim Landeskriminalamt wegen Verbreitung pornographischer Schriften, Nötigung, Datenveränderung (§§ 184, 240, 303a StGB) und einen Antrag auf Eilrechtsschutz beim Amtsgericht Tiergarten.

Drittens, die Beschuldigung der Volksverhetzung zeugt von der Unkenntnis der Tatsachen. Mein Kommentar zum pornografischen Bild mit einem Hakenkreuz ist in diesem Sinne berechtigt, und die Meinungsäußerung, in deren Ausführung ich durch entsprechende grundrechtliche Bestimmungen geschützt bin, ist rechtmäßig.

Das aufgrund meines Strafantrags eingeleitete Ermittlungsverfahren 231 Js 416/16 wurde von Staatsanwältin Sadri-Herzog widerrechtlich eingestellt, womit sie ihre Sorgfältigkeitspflicht und Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung verletzte (§160 StPO), und folglich aufgrund dieser Pflichtverletzung wurden die Straftatbestände Rechtsbeugung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Begünstigung, Strafvereitelung erfüllt, was die oben besagte Strafverfolgung (d.h. Falsche Verdächtigung, Politische Verdächtigung, Verfolgung Unschuldiger und Vollstreckung gegen Unschuldige) begünstigte.

Am 26.10.2015 stellte ich Strafantrag u.a. gegen Staatsanwalt Oswald wegen rechtswidrige Einstellung des Ermittlungsverfahren. Statt gegen Straftäter Oswald strafrechtlich zu ermitteln und ihn wegen begangene Straftaten zu belangen, verhinderten seine Komplizen die Einleitung von Ermittlungs- und Strafverfahren und mit dem Schreiben des Staatsanwalts Winkler wurde mir mitgeteilt, daß gegen mich ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung des Staatsanwalts Oswald eingeleitet wurde. Auf solche absurde Weise wurden die Verhältnisse pervertiert, um gegen mich noch ein Strafverfahren zu fabrizieren.

Mein Antrag auf Eilrechtsschutz, den ich ursprünglich beim Amtsgericht Tiergarten stellte, wurde in allen gerichtlichen Instanzen widerrechtlich verworfen (14 C 1008/15 beim Amtsgericht Mitte, 51 T 712/15 beim Landgericht Berlin, 20 W 68/15 beim Kammergericht, VerfGH 43/16 beim Verfassungsgerichtshof), womit die betrügerischen Scheinrichter den Rechtsbruch für rechtmäßig und meine Rechte für nichtig erklärten, im Widerspruch zu Art. 19 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 13 Amerikanische Menschenrechtskonvention, Art. 10 der Europäischen

Menschenrechtskonvention, Art. 11 der mit dem Vertrag von Lissabon in Kraft getretenen Charta der Grundrechte, Art. 5 GG BRD, Art. 14 Berliner Verfassung.

Da alle Beschuldigungen, die gegen mich erhoben wurden, haltlos sind, stellen die besagten Verfahren ein Schwindel dar, der von Schwindler fabriziert wurde, um mich zu beleidigen, zu diffamieren und zu Gehorsam zu zwingen.

In besagten Strafverfahren findet eine mißbräuchliche Anwendung des Strafrechts und irreführende Auslegung der Gesetzestexte zum Zwecke der Einschüchterung und Ausübung politischer Kontrolle bzw. des totalen (d.h. systematisch und massenhaft betriebenen) Terrors, womit die Voraussetzungen für die oben genannten Straftatbestände erfüllt sind.

Die Richter, welche die politische Kontrolle mit unzulässigen Mittel des Massenterrors billigen und in ihren Beschlüssen und Urteilen umsetzen, disqualifizieren sich dadurch selbst und machen sich schuldig im strafrechtlichen Sinne. Das Gerichtsverfahren wurde ungeachtet der Tatsache erhoben, daß dadurch meine Rechte auf das Größte verletzt werden, weswegen das aktuelle Verfahren gegen Bestimmungen der Berliner Verfassung verstößt (Artikel 9, 10 Abs. 1, 14 Abs. 1 und 3, 15 Abs. 1, 33, 36 Abs. 1, 78 Berliner Verfassung).

Die Umstände meines Lebens kann ich nur im Sinne der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im § 7 des Völkerstrafgesetzbuchs und entsprechender Paragraphen des Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs aufgezählt sind, interpretieren, was aktuelle Strafverfahren, die gegen mich im Kafkianischen Stil geführt werden, bestätigen.

Die Widergabe eines Hakenkreuzes stellt im erklärten Zusammenhang weder Handlung dar, die geeignet ist, um im Sinne des § 130 Abs. 3 StGB als strafbar bezeichnet zu werden, noch stört sie in irgendwelcher Weise den öffentlichen Frieden. Ein Hakenkreuz ist nur eine historisch belegte Tatsache aus der Zeit des Nationalsozialismus, und die Widergabe historisch belegter Tatsachen fällt nicht unter den Anwendungs- und Aufgabebereich des Strafrechts. Das Recht auf die freie Meinungsäußerung (Art 4, 5 GG BRD, Art 14, 29 Berliner Verfassung) schließt mein persönliches Recht ein, diese historische Tatsache zu kommentieren und zu interpretieren nach meinem eigenen Gutdünken. Die Widergabe historisch belegter Tatsachen und die Kommentierung erfolgte meinerseits nicht, um „eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung“ zu billigen, leugnen oder verharmlosen, sondern, um auf die Mißstände aufmerksam zu machen, die in gleicher oder in einer zum Verwechseln ähnlichen Form in der Gegenwart vorkommen, und worüber ich bereits berichtete, wobei in diesem Zusammenhang begangene Straftaten - Nötigung, Erpressung, Beleidigung, Nachstellung, Bedrohung, Körperverletzung, wiederrechtliche Anwendung des §70 StGB und weitere, bisher keine strafrechtliche Konsequenzen für die Straftäter nach sich gezogen haben. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Strafbarkeit der Verletzung der Aufsichtspflicht (§ 4, 13 VStGB) sowie des Unterlassens der Meldung einer

Straftat (§ 14 VStGB) durch einen militärischen oder zivilen Vorgesetzten, was in den genannten Fällen offensichtlich geschieht. Die Staatsanwaltschaft ist laut § 152 verpflichtet, in solchen Fällen dagegen vorzugehen, d.h. die Ermittlungen und die Strafverfahren einzuleiten, was aber bisher unterlassen wurde.

In Mißachtung meines Antrags vom 24.03.2016 und in Verletzung von §§ 24, 137, 141, 142, 147, 160 StPO, Art. 9 Berliner Verfassung wurde aufgrund falscher Beschuldigungen ein Gerichtsverfahren eingeleitet, bisher kein Anwalt mit meiner Verteidigung beauftragt oder Pflichtverteidiger beigeordnet wurde, keine Akteneinsicht gewährt. Engegen §§ 53, 160a StPO wurde rechtswidriger Versuch unternommen, meine Psychotherapeutin als Zeugin zu mißbrauchen und sie auf betrügerische Weise zu zwingen, gegen mich auszusagen. Das im Beschluß der Betrügerin und psychisch kranker Rechtsbrecherin mit gefälschten Diplom Brinkmann vom 12.05.2016 geäußerte Vorhaben, mich auf das Vorhandensein „einer krankhaften seelischen Störung, einer tiefgreifenden Bewußtseinsstörung, Schwachsinn oder einer schweren anderen seelischen Abartigkeit“ zu untersuchen, ist auf höchste Weise beleidigend, und ist im Absicht gemacht, meine Würde und meine Rechte zu verletzen. Damit wurde der Straftatbestand Beleidigung erfüllt. Dieses Vorhaben ist rechtswidrig, weil kein einziger Anhaltspunkt für eine solche ungeheuerere Annahme besteht, und erklärt sich durch psychische Vorgänge, welche unter Bezeichnung Spaltung, Verdrängung, Projektion und projektive Identifizierung bekannt sind: Im Zuge der Verdrehung der Tatsachen und Verdrängung ihrer eigenen psychischen Pathologie schiebt sie mir den Rechtsbruch zu, den sie selbst begeht, und projiziert auf Repräsentanz meiner Person in ihrem kranken Hirn psychische Krankheit bzw. Schwachsinn, von denen sie selbst betroffen ist. Solche Spaltungs- und Verdrängungsvorgänge sind charakteristisch für pathologische Narzissten. Aufgrund dieser Feststellung stellte ich am 24.03.2016 einen Antrag auf Unterbringung genannter Personen in eine forensische Einrichtung. Ungeachtet meines Antrags lässt man kranke Personen weiter willkürlich Handeln, obwohl sie geschäftsunfähig, unzurechnungsfähig und gemeingefährlich sind.

Die Verfahren, deren Einstellung ich fordere, wurden aufgrund politischer Vorgaben initiiert, mich zu bestrafen, was ungeachtet der Rechtmäßigkeit einer solchen Bestrafung und gegen alle Bedenken geschehen sollte. Die betrügerische Pseudorichterin Brinkmann erfüllt diese Vorgaben beispielhaft, dennoch kann sie das nicht ohne Rechtsbruch und Willkür tun.

Dabei handelt es sich um ein traditionsreiches deutsches Unternehmen seit 1933: die Verfolgung, Mißhandlung und Ausrottung von Intellektuellen. Der Kampf gegen geistige Brandstifter geht weiter - vor 80 Jahren waren es Kafka, Mann, Kästner, heute Andrej Poleev. Genauso wie während der Hitlerzeit versucht der pöbelhafte Mob auch in diesem Fall, sich über Intellektuellen und Wissenschaftler zu erheben, über sie zu verfügen, sie zu diffamieren und gegen sie zu hetzen. Es ist auch bekannt, zu welchem Ergebnis das alles führte: zur Institutionalisierung des Terrors und Pervertierung der Rechtsnormen. Die Analyse hierfür lieferte Herbert Jäger³.

Die gegen meinen Willen und widerrechtlich über mich, oder vielmehr gegen mich gesammelten Daten sollen gemäß Art. 33 Berliner Verfassung unwiderbringlich gelöscht und die beschuldigten Personen strafrechtlich belangt werden, was ich erneut beantrage, und was ich bereits in meinem Antrag auf Eilrechtsschutz vom 24.03.2016 beim Verwaltungsgericht forderte, was aber bis heute in Verletzung der Prozessordnung und verfassungsrechtlichen Bestimmungen unterlassen wurde.

Aufgrund aufgeführter Verfahrensfehler, Unterlassungen und Straftatbestände, und gemäß §§ 153b, 154c, 154e, 170, 174 StPO müssen alle gegen mich geführten Strafverfahren eingestellt werden, weil

- erhebliche und begründete Zweifel an Kompetenz, Unparteilichkeit und Zurechnungsfähigkeit der Richter und Staatsanwälte bestehen;
- Kein behaupteter Straftatbestand erfüllt wurde;
- Meine Handlungen gerechtfertigt oder zu entschuldigen sind;
- Unsinnigkeit und tendenziöser Charakter dieser Verfahren offensichtlich ist.

Darüber hinaus bin ich kein Bürger der BRD, ich anerkenne diesen Staat samt seine Gesetze, Verordnungen und Organe nicht, deren Unrechtmäßigkeit im Artikel 146 GG BRD erläutert ist. Ich bin kein Eigentum dieses Staates, und seine Organe haben keine Gerichtsbarkeit über mich oder meine Handlungen. Meine unveräußerliche Rechte sind durch zwischenstaatliche Verträge geschützt, und alle widersprechende Gesetze und Verordnungen der BRD sind nichtig.

Sollten die Strafverfahren fortgeführt werden, beantrage ich die Auslieferung der Straftäter an russische Behörden und deren Verurteilung nach russischem Strafgesetzbuch.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

2 Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

3 Herbert Jäger. Verbrechen unter totalitärer Herrschaft, 1967, Kapitel III Das Unrechtsbewußtsein totalitärer Täter, Unterkapitel 5 Aspekte des Hemmungsabbaus, und dort über die Institutionalisierung des Terrors (III 5 h).

2.09.2013 <http://web.facebook.com/events/501588963267137/>

Хотя мои соотечественники утратили представление о человеческих качествах – уме, чести, достоинстве, совести, превратившись из народа в толпу, и движимы стадными инстинктами, а не благими побуждениями, моя обязанность состоит в том, чтобы напомнить всем и каждому, что народ определяет свою судьбу не посредством демократических выборов, а своим участием или неучастием в оказании помощи тем, кто в ней нуждается, и что данное действие или бездействие является не обязанностью, а вопросом чести и совести, и что нет более актуальной общественной задачи, чем восстановление погрязших прав и возмещение оскорблённого достоинства.

Я, русский человек, учёный и офицер, подвергаюсь травле и политическому преследованию в Германии по причине моей этнической принадлежности и в связи с моей научной и правозащитной деятельностью. Мои права – право на самоопределение, на профессиональную деятельность, на свободу выражения и волеизъявления, на неприкосновенность моей частной сферы и личности, равно как и прочие, грубо нарушены. В стране, где я проживаю с 1993 года, осуществляется массовый террор в отношении населения, сопровождающийся оголтелой пропагандой, имеющей целью искажение смысла происходящего, нарушаются элементарные гражданские права, царит произвол органов госбезопасности (Staatssicherheit, SS), к числу которых относятся полиция, прокуратура, судебные инстанции, разведывательные службы, вооружённые силы, политические партии, университеты, учреждения карательной психиатрии, средства массовой (дез)информации и прочие. Фашистское государство ФРГ, идеологическими основаниями которого являются апартеид и национал-социализм, продолжает традиции гитлеровской Германии, осуждённые Нюрнбергским трибуналом. Вопиющие факты произвола и насилия побудили меня обратиться в Международный Уголовный Суд с требованием о начале расследования преступлений, совершённых и совершаемых по инициативе и с прямым участием представителей самозванной элиты, однако в нарушение мандата расследование до сих пор не начато и уголовное дело не принято к производству.

Исходя из необходимости восстановления правопорядка, я требую незамедлительного прекращения политического террора в Германии, полного и незамедлительного восстановления моих прав, отмены запрета на профессиональную деятельность, выплаты компенсации за причинённый ущерб, возбуждения уголовных дел, ареста и наказания нацистских преступников.

Я обращаюсь к соотечественникам с просьбой поддержать мои требования своим участием в протестных акциях перед зданиями немецких дипломатических, торговых, псевдонаучных и псевдокультурных представительств. Акции желательно документировать и фотографии или видео повсеместно распространять.

Руки прочь от Андрея Полеева! – Hände weg von Dr. Andrej Poleev!

Нет немецкому фашизму и нацизму! – Nein dem deutschen Faschismus und Nazismus!

Преступников – к ответу! – Keine Straffreiheit für Kriminelle!

Прекратите произвол в отношении русского учёного в Германии – Wir fordern sofortiges Ende politischer Verfolgung von Dr. Andrej Poleev!

Уполномоченной по правам человека в Российской Федерации
Татьяне Николаевне Москальковой
ул. Мясницкая, д. 47
101000 Москва
Российская Федерация • Rußland

1.06.2016

Дорогая Уполномоченная по правам человека !

Всякое правонарушение является не только нарушением права, но также нарушением прав: убийство или покушение на убийство – это нарушение права на жизнь; кража – нарушение права иметь и распоряжаться личным имуществом; причинение телесных повреждений – нарушение права неприкосновенности; клевета и другие случаи распространения заведомо ложной информации направлены на ущемление человеческого достоинства и разрушение доверительных отношений, общества в целом; обман, повлёкший за собой имущественный или прочий ущерб, есть реализация корыстных намерений в нарушение равноправия; рабство и принуждение есть нарушение права на самоопределение, и т. д. В этом смысле, уголовный кодекс не является обязательным компонентом права, поскольку отображает индивидуальные права в негативной форме и служит лишь определителем различного рода правонарушений.

Очевидно, что правонарушения должны подвергаться расследованию, их причины подлежат раскрытию, правонарушители – наказанию, а их действия – осуждению. Однако необходимо всегда помнить, что наказание и осуждение не являются целью, а лишь методами восстановления права и прав. Именно поэтому следует всячески избегать карательного подхода в правоохранении, делая ударение на защиту прав при защите права.

Таким образом, основой правозащитной деятельности являются предохранительные меры, позволяющие предотвращать правонарушения и искоренять причины их совершения. Для успешного осуществления предохранительных мер необходимо научное понимание основ поведения людей, учёт внешних и внутренних факторов, его определяющих, знание противоречивости и комплексности личности и его окружения.

От того, насколько эффективно знания приобретаются, распространяются и используются, зависит уровень правосознания и благосостояния: в просвещённом обществе необходимость регуляции правоотношений минимальна, в противном случае насилие становится основой правоприменения.

Во избежание нежелательного развития событий по второму сценарию, следует тщательно и постоянно заниматься просвещением, что однако не делается в должной мере.

С целью возмещения этого недостатка довожу до Вашего сведения факты грубого и злонамеренного нарушения моих прав вследствие совершения преступлений и преступной халатности, в результате чего нанесён значительный ущерб моему здоровью и благосостоянию. К числу совершённых преступлений относятся противоправный запрет на осуществление профессиональной деятельности, русофобный террор, оскорбления и действия, унижающие моё личное достоинство, разбой и грабёж, нанесение телесных повреждений, неоправданные задержания и судебные преследования, тюремное заключение или угроза тюремного заключения, шантаж, противоправный сбор и хранение информации обо мне в государственных учреждениях и другие.

В нарушение указанных в моём заявлении статей Уголовного кодекса и статей 2, 15, 17, 18, 35, 45, 46, 48, 52, 53, 61 Конституции РФ, служащими Следственного комитета РФ не была удовлетворена моя просьба о возбуждении уголовных дел в отношении лиц, обвиняемых в совершении тяжких преступлений, и не начато расследование по фактам совершения этих преступлений. Копии соответствующих писем прилагаются.

В связи с необоснованным отказом расследовать обстоятельства и возбудить уголовные дела по фактам совершения уголовных преступлений я обращался ранее к исполняющему обязанности президента РФ Д.А. Медведеву, исполняющему обязанности Председателя Совета Федерации С.М.Миронову, послу РФ в ФРГ В.М. Гринину, исполняющему обязанности Уполномоченного по правам человека в РФ В.П. Лукину, исполняющему обязанности председателя [Комитета ООН по ликвидации всех форм расовой дискриминации А.С. Автономову](#), в Генеральную прокуратуру РФ, исполнявшему обязанности Министра юстиции РФ А.В. Коновалову и другим, что однако не повлекло за собой оказание какой-либо помощи, содействие в восстановлении моих прав или удовлетворение моих законных требований.

На основании статей 125 и 293 Уголовного кодекса РФ я направил в Следственный комитет заявление о возбуждении уголовных дел в отношении вышеназванных граждан РФ (копия прилагается).

Следуя дурному примеру должностных лиц, пренебрегающих своими обязанностями, прочие граждане РФ очевидно считают себя ни к чему не обязанными, что подтверждается полным безучастием и безразличием в отношении моих просьб: До сих пор НИКТО не поднял свой сраный зад и не пришёл к немецкому посольству протестовать и осудить произвол, совершающийся в Германии.

В соответствии с положениями Конституции РФ, человек, его права и свободы являются высшей ценностью, признание, соблюдение и защита прав и свобод человека и гражданина – обязанность государства (статья 2), президент Российской Федерации является гарантом Конституции Российской Федерации, прав и свобод человека и гражданина (статья 80), Российская Федерация гарантирует своим гражданам защиту и покровительство за ее пределами (статья 61), каждому гарантируется право на получение квалифицированной юридической помощи, а в случаях, предусмотренных законом, юридическая помощь оказывается бесплатно (статья 48), каждый имеет право на возмещение государством вреда, причинённого незаконными действиями (или бездействием) органов государственной власти или их должностных лиц (статья 53).

В осуществление Ваших должностных полномочий и обязанностей, и для реализации моих прав, прошу принять необходимые меры для защиты и восстановления моих прав, гарантируемых мне Конституцией РФ и межгосударственными соглашениями: права на самоопределение, права на занятие профессиональной деятельностью, права на свободу передвижения, права на жизнь, здоровье и благосостояние, права на неприкосновенность, право владеть и распоряжаться частной собственностью.

На основании решения о конфискации собственности от 27.01.2015 (копия прилагается и доступна в интернете¹), всё движимое и недвижимое имущество и все предприятия или их части, находящиеся на территории или подлежащие юрисдикции Российской Федерации, и до сих пор принадлежавшие ФРГ, федеральным землям или гражданам ФРГ, являются моей собственностью, вследствие чего право пользования и распоряжения этой собственностью принадлежит только мне или возможно только с моего согласия. Прошу обеспечить моё право владения и распоряжения этой собственностью. Указанные средства мне нужны не только для осуществления оздоровительных мероприятий, в которых я нуждаюсь, но также для реализации моих проектов, одним из которых является наведение правопорядка в Берлине².

к.б.н. Андрей Полеев

1 Beschlagnahmebeschuß в публикации: A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

2 Объявление о трудоустройстве в публикации: Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

Следственный комитет Российской Федерации
Технический переулок 2
105005 Москва
Россия • Rußland

1.06.2016

На основании статей 2, 8, 11, 25, 35, 125, 286, 293 и 330 Уголовного кодекса РФ прошу начать расследование и возбудить уголовные дела в отношении ниженазванных граждан РФ.

В нарушение статей 2, 12, 104–3, 125, 136 и 294 Уголовного кодекса и статей 2, 15, 17, 18, 35, 45, 46, 48, 52, 53, 61 Конституции РФ, служащими Следственного комитета РФ не была удовлетворена моя просьба о начале делопроизводства и возбуждении уголовных дел в отношении лиц, обвиняемых в совершении тяжких преступлений, и не начато расследование по фактам совершения этих преступлений. Копии соответствующих писем прилагаются^{1–6}.

Хотя в приложении к моему заявлению, направленному в Следственный комитет 22.11.2015 указаны источники, в которых в исчерпывающей форме изложены состав преступлений и поимённо названы преступники, инспектор О.В. Яровая воспрепятствовала делопроизводству, проявив халатность и превысив должностные полномочия. 19.12.2015 я вновь направил моё заявление, дополненное списком лиц, обвиняемых в совершении преступлений на рассмотрение в Следственный комитет, однако и в этот раз другие работники Следственного комитета проявили халатность и превысили должностные полномочия, воспрепятствовав делопроизводству.

В связи с необоснованным отказом расследовать обстоятельства и возбудить уголовные дела по фактам совершения уголовных преступлений я обращался ранее к исполнявшему обязанности президента РФ Д.А. Медведеву⁷, исполнявшему обязанности Председателя Совета Федерации С.М.Миронову⁸, послу РФ в ФРГ В.М. Гринину⁹, исполнявшему обязанности Уполномоченного по правам человека в РФ В.П. Лукину¹⁰, исполняющему обязанности председателя [Комитета ООН по ликвидации всех форм расовой дискриминации А.С. Автономову](#)¹¹, в Генеральную прокуратуру РФ, исполнявшему обязанности Министра юстиции РФ А.В. Коновалову и другим, что однако не повлекло за собой оказание какой–либо помощи, содействие в восстановлении моих прав или удовлетворение моих законных требований.

В отсутствие надлежащего надзора за действиями должностных лиц при исполнении ими правовых положений и для обеспечения конституционных прав граждан РФ, на протяжении последних 10 лет происходит грубое попрание гражданских прав и правовых норм, за что до сих пор никто не был привлечён к ответственности¹². В Германии преступная деятельность, имеющая характер организованной преступности, не пресекается, а поощряется, то же самое происходит в Российской Федерации. На основании статьи 47 УК РФ и во избежание подобной деятельности или бездеятельности в будущем, прошу лишить вышеназванных лиц права занимать должности на государственной службе.

Необходимость применения вышеперечисленных положений УК РФ с целью наказания правонарушителей и восстановления правопорядка, законности и справедливости вытекает из обстоятельства отсутствия противодействия совершению преступлений, изложенных в моём заявлении в Следственный комитет 22.11.2015, отсутствия действенной помощи и защиты моих прав, достоинства и законных интересов.

к.б.н. Андрей Полеев

1 Копия письма инспектора О.В. Яровой от 30.11.2015.

2 Копия письма полковника юстиции Ш.А. Кайбышева от 11.12.2015.

3 Копия письма старшего инспектора М.Ю. Морева от 16.12.2015.

4 Копия письма старшего инспектора А.Н. Семиной от 29.12.2015.

5 Копия письма старшего инспектора А.Н. Семиной от 30.12.2015.

6 Копия письма полковника юстиции Н.Н. Камышовой от 30.12.2015.

7 Копии обращений к Д.А. Медведеву опубликованы в сборнике A. Poleev. Indictments. Enzymes, 2010 на страницах 123-125 и 139-141.

<http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

8 Копия обращения к С.М.Миронову опубликована в сборнике A. Poleev. Indictments. Enzymes, 2010 на странице 142.

<http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

9 Копии обращений к послу РФ в ФРГ В.М. Гринину.

<http://www.enzymes.at/indictments/Grinin.pdf>

10 Копии обращений к исполнявшему обязанности Уполномоченного по правам человека в РФ В.П. Лукину.

11 Обращение к Председателю Комитета ООН по ликвидации всех форм расовой дискриминации. http://www.facebook.com/note.php?note_id=325197494203487

12 Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

Landeskriminalamt
LKA 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

13.06.2016

Strafantrag

In Ergänzung meiner Strafanträge vom 12.06.2015, 26.10.2015, 16.12.2015, 5.02.2016, 10.03.2016, 24.03.2016, 11.04.2016, 15.04.2016, 25.04.2016 und 10.05.2016 beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Staatsanwälte Dr. Brocke, Oswald, Winkler und Sadri-Herzog, Beamtin des Amtsgerichts Tiergarten Brinkmann, Beamten des Sozialgerichts Curschmann, Beamten des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin Schudoma, Dr. Seegmüller, Alagün, Dr. Gräfin von Galen, Hilbrans, Kipp, Müller-Jacobsen, Prof. Dr. Schönrock, Starostik, Beamten des Landgerichts Tepe-Niehus und Waßmann, das gesamte Personal des Verwaltungsgerichts, sowie gegen alle Personen, die in früheren Strafanträgen genannt sind, wegen Rechtsbeugung, Rechtsbruch, Hausfriedensbruch, Amtsanmaßung, Erpressung, Räuberische Erpressung, Bedrohung, Nachstellung, Beleidigung, Verleumdung, Üble Nachrede, Falsche Verdächtigung, Politische Verdächtigung, Verfolgung Unschuldiger und Vollstreckung gegen Unschuldige, Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung, Terrorismusfinanzierung u.a. (§§ 23, 89c, 129, 129a, 132, 140, 145d, 164, 185-187, 238, 241, 241a, 253, 257, 255, 258, 258a, 339, 344, 345 StGB), sowie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§7 VStGB), Verletzung der Aufsichtspflicht (§§ 4, 13 VStGB), Unterlassens der Meldung einer Straftat (§ 14 VStGB).

Wie ich in meinem Schreiben an das Landeskriminalamt und an das Amtsgericht Tiergarten vom 24.03.2016 darlegte, und in meinem Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens vom 31.05.2016 (Anlagen) bekräftigte, handelt es sich bei den dort genannten Verfahren um Fälschungen, welche von gesteskranken und gemeingefährlichen Personen fabriziert wurden. Die Straftaten, welche diese Personen im Zuge der Realitätsverweigerung und wahnhafter Perversion der Verhältnisse im Amt begehen, bestätigen die Notwendigkeit beantragter Maßnahmen (die Unterbringung dieser Personen in eine forensische Einrichtung).

Nach dem rechtlich nichtigen Strafbefehl der Beamtin des Amtsgerichts Tiergarten Brinkmann vom 10.03.2016, worüber im Strafantrag beim Landeskriminalamt vom 24.03.2016 die Rede war (Anlage), beleidigte mich diese schizophrene und oligophrene Person erneut in ihrem Schreiben vom 12.05.2016 im Sinne von §§ 20 und 21 StGB, und belästigte noch meine Psychotherapeutin, was im Widerspruch zu §§ 53, 160a StPO steht.

Die Ermittlungsverfahren, worauf sich der Strafbefehl stützt, sind reine Erfindungen krimineller und gleichfalls geisteskranker Staatsanwälte, die mich darin belügen und beleidigen. Ich beantrage die Sicherstellung der Akten der Staatsanwaltschaft 284 Js 2424/15, 284 Js 1905/15, 284 Js 2433/15, 284 Js 2385/15, des Amtsgerichts Tiergarten 272 Cs 557/15, 272 Cs 17/16 und mögliche andere, die gegen mich geführt werden, zwecks Beweismittelsicherung im beantragten Strafverfahren.

Zeitgleich oder im Vorfeld geschilderter Straftaten begingen die Beamten anderer Gerichte oder Behörden Straftaten, die als Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung, Terrorismusfinanzierung u.a. zu qualifizieren sind.

Obwohl ich gegen rechtswidrige und verfassungswidrige Löschung meiner Einträge bei facebook klagte, und wegen Verbreitung pornographischer und beleidigender Darstellungen einen Strafantrag beim Landeskriminalamt stellte, wurden meine Anträge und Klagen von Staatsanwaltschaft und Gerichten grundlos und widerrechtlich verworfen. Als Beweis meiner Behauptung verweise ich auf das Schreiben der Staatsanwältin Sadri-Herzog vom 4.02.2016, Gerichtsverfahren 14 C 1008/15 beim Amtsgericht Mitte, 51 T 712/15 beim Landgericht, 20 W 68/15 beim Kammergericht, und VerfGH 43/16 beim Verfassungsgerichtshof hin (Anlagen), woraus die rechtsbrecherische und verfassungswidrige Betätigung beschuldigter Personen ersichtlich ist. Ich beantrage die Sicherstellung aller dieser Gerichtsakten als Beweismittel.

Gegen Beamten Starostik beim Verfassungsgerichtshof wurde bereits Strafanträge gestellt, weil er unterließ, meine berechtigte und zulässige Beschwerde, in der ich die Aufhebung der Außerkraftsetzung meiner Rechte forderte, verwarf (nachzulesen in unten aufgeführter Quelle).

Die beamteten Verbrecher beim Verwaltungsgericht unterließen bisher, meinen Klagen und Anträgen in geschildertem Zusammenhang zu entsprechen (VG 1 L 324.15, Antrag auf Eilrechtsschutz vom 24.03.2016, der bis dato unbeantwortet geblieben ist). In meiner berechtigten und begründeten Unterlassungsklage forderte ich unmißverständlich, die rassistische Hetze und weitere Straftaten durch entsprechende Maßnahmen zu unterbinden, was bisher nicht geschehen ist. Ich beantrage die Sicherstellung aller dieser Unterlagen als Beweismittel.

In Verletzung von Art. 34 GG BRD, §§ 823, 839, 840, 842, 843 BGB wurde mir der ordentliche Rechtsweg für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff wegen widerrechtlicher und vorsätzlicher Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit, des Eigentums und sonstiger Rechte verwehrt¹⁻² (zuletzt im Verfahren 86 T 2/16 beim Landgericht, Anlage). Aufgrund dieser Rechtsverletzung und Außerkraftsetzung der Rechtsordnung erklärte ich das gesamte Vermögen der BRD, der Bundesländer der BRD, und das Privatvermögen deutscher Bürger zu meinem Eigentum³ sowie sämtliche Gesetze und Verordnungen der BRD und Bundesländer, mit Ausnahme von Berliner Verfassung, für erlöschen⁴.

Darüber hinaus, mit Schreiben vom 8.04.2016 und 11.04.2016 erklärte ich ein Hausverbot für Gebäude, die bisher von der Berliner Immobilienmanagement GmbH verwaltet wurden sowie auf übrige Gebäude, die in diesen Schreiben aufgelistet sind. Da dieses Hausverbot ignoriert wurde, wurde der Straftatbestand Hausfriedensbruch erfüllt, und der Verlust der Rechtsfähigkeit betroffener Personen bewiesen.

Die finanzielle Unterstützung der Beamten, die für nichterbrachte Leistungen satte Gehälter kassieren, wird von der Landeshauptkasse und anderen Geldinstituten gewährleistet. Angesichts der Tatsachen, die in aktuellem und früheren Strafanträgen dargelegt wurden, wird durch diese Unterstützung der Straftatbestand Terrorismusfinanzierung erfüllt, wogegen ich strafrechtliche Konsequenzen für Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller, Senator für Justiz Thomas Heilmann, Senator für Finanzen Matthias Kollatz-Ahnen, andere Senatsmitglieder, die Bundesregierung und Abgeordnete des Bundestags fordere.

Infolge dieser Unterlassung, des Rechtsbruchs und des Betrugs werden meine Würde und meine Rechte mit Füßen getreten, die Straftaten bleiben ungesühnt, die Willkür wird fortgesetzt. Blöde und parasitische Beamten verletzen willkürlich meine Privatsphäre, ohne mein Einverständnis heben Geld von meinem Bankkonto ab, verweigern die Zahlungen, wozu sie nach allen Gesetzen und Bestimmungen Berliner Verfassung verpflichtet sind und ich berechtigt bin.

Im Widerspruch zu Artikel 33 Berliner Verfassung⁵ werden über mich Daten, einschließlich angebliche Beweise meiner Straffälligkeit oder geistiger Krankheit gesammelt, wofür ich keine Zustimmung gab und wofür jegliche rechtliche Grundlage oder irgendwelche Gründe fehlen. Am 7.06.2016 rief mich auf meine private Telefonnummer Herr Kozminski an, und hinterließ eine Nachricht, ohne zu erklären, woher er meine Telefonnummer hat und warum er diese Nummer unzulässigerweise nutzt. Die Überprüfung ergab, daß die Nummer 030 9018 45212 auf der Seite des Sozialpsychiatrischen Dienstes im Bezirk Mitte zu finden ist⁶.

Offensichtlich ist diese Psychopathenversammlung, die sich Sozialpsychiatrischer Dienst nennt, für wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse unzugänglich, obwohl sie bereits vor Jahren veröffentlicht sind⁷⁻¹⁰. Ich beantrage die Beschlagnahme aller Akten, die von dieser Terroristenbande über die Bürger gesammelt wurden.

Obwohl alle diese Personen gewalttätige Kretins sind, und eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen, projizieren sie ihre eigene Gewalttätigkeit und Gewaltbereitschaft auf mich. In Wirklichkeit bin nicht ich, sondern Bundeskanzlerin, Bundespräsident, Bundestagsabgeordnete, Senatsmitglieder, Richter, Staatsanwälte und überwiegende Anteil deutscher Bevölkerung irrsinnig sind, was sie täglich mit ihren Taten und Unterlassungen beweisen. Ihre beleidigende, rechtsbrecherische und unverschämte Vorgehensweise soll mit strafrechtlichen Maßnahmen

unterbunden werden, was ich hiermit erneut beantrage, und fordere, die faschistische Beamtenbande zu zerschlagen und die Mitglieder dieser Bande strafrechtlich zu belangen.

Dr. Andrej Poleev

1 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

2 Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

3 Beschlagnahmebeschuß vom 27.01.2015, in: A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

4 Bekanntgabe vom 17/23.07.2015, in: Recht auf Widerstand.

5 Artikel 33 Berliner Verfassung.

Das Recht des einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen, wird gewährleistet. Einschränkungen dieses Rechts bedürfen eines Gesetzes. Sie sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig.

6 Sozialpsychiatrischer Dienst im Bezirk Mitte, Team örtlicher Bereich Wedding, Haus der Gesundheit, Reinickendorfer Str. 60 b, 13347 Berlin.

<https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/gesundheitsamt/gesundheitsfoerderung-praevention-und-gesundheitshilfe-fuer-erwachsene/artikel.248428.php>

7 Thomas Insel. Transforming Diagnosis. Director's Blog, April 29, 2013.

<http://www.nimh.nih.gov/about/director/2013/transforming-diagnosis.shtml>

8 A. Poleev. Verschrottung einer Pseudowissenschaft. Enzymes, 2014.

<http://www.enzymes.at/download/scrapping.pdf>

9 Director's Blog: A New Approach to Clinical Trials

By Thomas Insel. A New Approach to Clinical Trials. Director's Blog, February 27, 2014.

<http://www.nimh.nih.gov/about/director/2014/a-new-approach-to-clinical-trials.shtml>

10 Sara Reardon. NIH rethinks psychiatry trials. Mental-health division will no longer fund research aiming to relieve symptoms without probing underlying causes. Nature 14 March 2014.

<http://www.nature.com/news/nih-rethinks-psychiatry-trials-1.14877>

Dr. Thomas Götz
Landesbeauftragter für Psychiatrie
Oranienstraße 106
10969 Berlin

Nachrichtlich an Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie, Patientenbeauftragte des Landes Berlin, Deutscher Ethikrat, Russische Botschaft, Institut für Psychoanalyse, Psychotherapie und Psychosomatik, Wissenschaftlicher Beirat Psychotherapie, Bundespsychotherapeutenkammer, Deutsche Psychotherapeutenvereinigung, Prof. Dr. Ralf Kölbl.

14.06.2016

Ich wehre mich gegen institutionalisierten staatlichen Terrorismus und gegen Mißbrauch von Psychiatrie für politische Zwecke als Bestandteil des staatlichen Terrorismus.

Obwohl die Unwissenschaftlichkeit der Psychiatrie erwiesen ist¹⁻⁴, bestehen die Berufsverbände dieser Betrüger und Terroristen weiter, und sie üben ihre betrügerische und terroristische Tätigkeit mit staatlicher Unterstützung und im staatlichen Auftrag weiter aus (so z.B. Arbeitskreis Freiberuflicher Psychiatrischer und Psychologischer Sachverständiger (AFPPS) e. V.). Die Richter stützen ihre Fehltritte auf pseudowissenschaftliche Gutachten, was die Gerichtsbarkeit zu einem Willkürsgeschäft macht. Die sadistische Betreuungsindustrie nutzt gerichtliche Fehltritte, um Menschen zu beleidigen, zu entmündigen und zu mißhandeln.

Wie die verbrecherische Zusammenarbeit betrügerischer Psychiater, der Polizeibanditen, der Pseudoärzte und pseudorichterlicher Parasiten reibungslos funktioniert, beobachtete ich im Fall widerrechtlicher Entmündigung und Einweisung in eine Psychiatrische Klinik meines 18-jährigen Mandanten vor einem Jahr (Betreuungsverfahren 54 XVI I 427/14 beim Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg). Dieser unverschämte reibungslose Ablauf staatlich-terroristischer Maschine bestätigte meine Erkenntnisse über die Natur terroristischen Folterstaat BRD, in dem nichts, aber gar nichts anders geworden ist im Vergleich zum Hitlerreich. Der einzige Unterschied besteht darin, daß aktuell Angela Merkel anstelle von Adolf Hitler auf die gleiche verbrecherische und irrsinnige Weise agiert.

Bereits 2007 veröffentlichte ich meine Argumente zur Notwendigkeit, Angela Merkel die Machtbefugnis zu entziehen⁵, und wies in weiteren Veröffentlichungen auf Anzeichen geistiger Ungesundheit bei dieser abartigen Person hin⁶. Meine Erkenntnisse bestätigten andere, auf dem Gebiet der Psychoanalyse tätige Personen, so z.B. Hans-Joachim Maaz und Torsten Milsch⁷⁻⁸.

Aber all das reichte merkwürdigerweise immer noch nicht aus, um diese geistesranke, unzurechnungsfähige und unbelehrbare Person zu entmachten und zu entmündigen.

Aus dem Fall Gustl Mollath und zahlreichen anderen Fällen wurden bisher keine Schlüsse gezogen. Über die behördlich betriebene Verfolgung und Mißhandlung von Dr. Andrej Poleev berichte ich kontinuierlich⁹⁻¹⁰, zuletzt in meinem Strafantrag vom 13.06.2016, ohne jegliche Konsequenzen für blöden und parasitischen deutschnazistischen Mob, der im Zuge der Enthemmung¹¹ in Hexenwahn verfallen ist. Ich fordere jetzt diese Konsequenzen: Die Entfernung von Angela Merkel aus dem Kanzleramt; die Verhaftung und Verurteilung oder Unterbringung in forensische Einrichtungen ihrer psychopathischen Komplizen; der Rücktritt des regierenden Bürgermeisters von Berlin Michael Müller, Mitglieder des Berliner Senats, Polizeipräsident; die Auflösung gleichgeschalteter demokratischer Vereine, Behörden und Ämter; die Entnazifizierung der BRD; die Beschlagnahme des privaten und gemeinschaftlichen Vermögens der Beamten, die Wiederherstellung verfassungsgemäßer Rechtsordnung.

Dr. Andrej Poleev

1 Thomas Insel. Transforming Diagnosis. Director's Blog, April 29, 2013.

<http://www.nimh.nih.gov/about/director/2013/transforming-diagnosis.shtml>

2 A. Poleev. Verschrottung einer Pseudowissenschaft. Enzymes, 2014.

<http://www.enzymes.at/download/scrapping.pdf>

3 Thomas Insel. A New Approach to Clinical Trials. Director's Blog, February 27, 2014.

<http://www.nimh.nih.gov/about/director/2014/a-new-approach-to-clinical-trials.shtml>

4 Sara Reardon. NIH rethinks psychiatry trials. Mental-health division will no longer fund research aiming to relieve symptoms without probing underlying causes. Nature 14 March 2014.

<http://www.nature.com/news/nih-rethinks-psychiatry-trials-1.14877>

5 A. Poleev. Merkel-Wahn im CDU-Staat. Enzymes, 2007.

<http://www.enzymes.at/download/merkel.pdf>

6 A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

<http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

7 Hans-Joachim Maaz zu Fall Merkel.

http://www.huffingtonpost.de/2016/01/24/hans-joachim-maaz-merkel-_n_9064912.html

<http://www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Hallenser-Psychiater-Merkels-Wir-schaffen-das-ist-laecherlich-1992563601>

<http://en.wikipedia.org/wiki/Merkel-Raute>

8 Torsten Milsch zu Fall Merkel.

<http://www.3sat.de/page/?source=%2Fkulturzeit%2Fthemen%2F168617%2Findex.html>

<http://www.3sat.de/mediathek/index.php?display=1&mode=play&obj=35566>

<https://web.facebook.com/PartnerPruefer>

9 A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://www.enzymes.at/download/Berlin.pdf>

10 Recht auf Widerstand.

<http://www.enzymes.at/indictments/resistance.pdf>

11 Herbert Jäger. Verbrechen unter totalitärer Herrschaft, 1967, Kapitel III Das Unrechtsbewußtsein totalitärer Täter, Unterkapitel 5 Aspekte des Hemmungsabbaus, und dort über die Institutionalisierung des Terrors (III 5 h).

Judith Becker
Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie (BIP)
Grunewaldstr. 82
10823 Berlin

Dr. Thomas Götz
Landesbeauftragter für Psychiatrie
Oranienstraße 106
10969 Berlin

Nachrichtlich an Deutscher Ethikrat, Russische Botschaft, Institut für Psychoanalyse, Psychotherapie und Psychosomatik, Wissenschaftlicher Beirat Psychotherapie, Bundespsychotherapeutenkammer, Deutsche Psychotherapeutenvereinigung, Prof. Dr. Ralf Kölbl.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 24.06.2016 übersende ich Ihnen Kopien der Schreiben des Bezirksamtes Mitte und des Amtsgerichts Tiergarten, aus denen die komplizenhafte Beteiligung „des psychiatrischen Berliner Versorgungssystems“ an Straftatbeständen Nachstellung, Beleidigung, Bedrohung, Räuberische Erpressung u.a. zu ersichtlich ist. „Das psychiatrische Berliner Versorgungssystem“ wird von psychisch kranken Beamten der Stadt Berlin mißbraucht, um mit gefälschten Strafverfahren mich zu belästigen, und ihre psychische Krankheit auf mich zu projizieren. Ich fordere endgültiges Ende dieser Willkür, die Entlassung und Bestrafung gegebenenfalls die Unterbringung der Täter in forensische Einrichtungen, wo sie isoliert und behandelt werden können.

Im Weiteren fordere ich nachweisliche Löschung aller Einträge, die diese Behörden und Beamten über mich ohne mein Einverständnis und ohne Rechtsgrundlage gesammelt haben, und die Übergabe der Akten an meinen gesetzlichen Betreuer Leonid Borisov, Lietzenburger Str. 97, 10719 Berlin.

Dr. Andrej Poleev

[Judith Becker <becker.j@psychiatrie-beschwerde.de>](mailto:becker.j@psychiatrie-beschwerde.de)

Jun 24 at 2:49 PM

To andrejpoleev@yahoo.com

CC Thomas.Goetz@sengs.berlin.de

Sehr geehrter Herr Dr. Poleev,

entschuldigen Sie bitte meine verspätete Antwort. Hiermit bestätige ich Ihnen den Eingang Ihrer Beschwerde. Wie Sie vielleicht wissen, hat die Beschwerde- und Informationsstelle in Berlin keine Fachaufsicht inne. Wir versuchen zwischen Betroffenen, Angehörigen und Professionellen und dem psychiatrischen Versorgungssystem vermittelnd tätig zu sein.

Ihrem Schreiben konnte ich entnehmen, dass Verschiedenes Sie stört. Da unser Handlungsfeld sich nicht auf alle Bereiche bezieht, kann ich Ihnen ein Tätigwerden meinerseits nur anbieten, wenn Sie mir ein (konkretes) Anliegen bezogen auf das psychiatrische Berliner Versorgungssystem vortragen. Hierfür können wir gerne einen Gesprächstermin vereinbaren.

Über eine Rückmeldung von Ihnen freue ich mich.

Mit freundlichen Grüßen,

Judith Becker

Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie (BIP)

Grunewaldstr. 82

10823 Berlin

Tel.: 030 - 789 500 3612

Fax: 030 - 789 500 363

Mail: becker.j@psychiatrie-beschwerde.de

Web: www.psychiatrie-beschwerde.de

Die BIP befindet sich in Trägerschaft von Gesundheit Berlin-Brandenburg und wird von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin gefördert.

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

15.06.2016

Räumungsklage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Polizeipräsidium, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin.
2. Polizeiwache Abschnitt 36, Pankstraße 29, 13357 Berlin.
3. JVA Plötzensee, Friedrich-Olbricht-Damm 16, 13627 Berlin.
4. Rathaus, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin.
5. Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin.
6. Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, 13353 Berlin.
7. Bezirksamt Mitte, Müllerstraße 146, 13353 Berlin.
8. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
9. Senatsverwaltung für Arbeit, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
10. Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin.
11. Senatsverwaltung für Justiz, Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin.
12. Senatsverwaltung für Inneres, Klosterstraße 47, 10179 Berlin.
13. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin.
14. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin.
15. Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin.
16. Bundesrat, Leipziger Straße 3-4, 10117 Berlin.
17. Schloss Bellevue, Spreeweg 1, 10557 Berlin.
18. Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin.
19. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin.
20. Bundesministerium für Justiz, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin.
21. Bundesministerium des Innern, Alt-Moabit 140, 10559 Berlin.
22. Bundesministerium für Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin.
23. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.
24. SPD-Parteivorstand, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.
25. Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, Hiroshimastraße 12-16, 10785 Berlin.

26. Generalstaatsanwaltschaft, Verfassungsgerichtshof, Kammergericht, Eißholzstr. 30-33, 10781 Berlin.
27. Deutscher Beamtenbund, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin.
28. Deutscher Richterbund, Kronenstraße 73, 10117 Berlin.
29. Deutscher Anwaltverein e.V., Berliner Anwaltsverein e.V., Littenstrasse 11, 10179 Berlin.
30. Amtsgericht Mitte, Landgericht, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin.
31. Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1, 14057 Berlin.
32. Arbeitsgericht Berlin, Magdeburger Platz 1, 10785 Berlin.
33. Sozialgericht, Invalidenstraße 52, 10557 Berlin.
34. Verwaltungsgericht, Kirchstr. 7, 10557 Berlin.
35. Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, 10559 Berlin.
36. Staatsanwaltschaft, Turmstraße 91, 10559 Berlin, und Kirchstr. 7, 10557 Berlin.
37. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin.
38. Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
39. Freie Universität Berlin, Kaiserswerther Str. 16-18, 14195 Berlin.
40. Verein zur Förderung eines Deutschen Forschungsnetzes e. V., Alexanderplatz 1, 10178 Berlin.
41. Bundesärztekammer, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin.
42. Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands e.V., Kurfürstenstraße 132, 10785 Berlin.
43. Deutsches Rotes Kreuz e.V., Carstennstraße 58, 12205 Berlin.
44. Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Breite Straße 29, 10178 Berlin.
45. Technologiestiftung Berlin, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin.
46. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V., Fasanenstr. 85, 10623 Berlin.
47. Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin.
48. Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V., Am Schillertheater 2, 10625 Berlin.
49. Stiftung Zukunft Berlin, Klingelhöferstraße 7, 10785 Berlin.
50. Berliner Immobilienmanagement GmbH, Keibelstraße 36, 10178 Berlin.
51. Berlinale Internationale Filmfestspiele Berlin, Potsdamer Straße 5, 10785 Berlin, c/o Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB) GmbH, Schöneberger Straße 15, 10963 Berlin.
52. ESMT European School of Management and Technology GmbH, Schlossplatz 1, 10178 Berlin.
53. Stiftung Marktwirtschaft, Charlottenstraße 60, 10117 Berlin.
54. Stiftung Atlantik-Brücke, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin.
55. Axel Springer Stiftung, Pacelliallee 55, 14195 Berlin.
56. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ludwigkirchplatz 3-4, 10719 Berlin.
57. Westerwelle Foundation, Stiftung für internationale Verständigung, Kurfürstendamm 213, 10719 Berlin.
58. Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.
59. Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin.
60. Flughafen Tegel, 13405 Berlin.

61. Flughafen Schönefeld, 12521 Berlin.
62. Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt, 12529 Berlin.
63. Vereinigung Cockpit e.V., Reinhardtstr. 44, 10117 Berlin.
64. Bayerische Landesvertretung, Behrenstr. 21/22, 10117 Berlin.
65. Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. die Räumung oben genannter gewerblich genutzter Immobilien;
2. auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Die Begründung erfolgte im Text des Strafantrags vom 22.09.2014, des Beschlagnahmebeschlusses vom 27.01.2015, Bekanntgabe vom 17/23.07.2015, Erklärung vom 28.09.2015, des Hausverbots vom 8.04.2016 (Anlagen).

Dr. Andrej Poleev

Landeskriminalamt
LKA 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

15.06.2016

Strafantrag

In Ergänzung meiner Strafanträge vom 12.06.2015, 26.10.2015, 16.12.2015, 5.02.2016, 10.03.2016, 24.03.2016, 11.04.2016, 15.04.2016, 25.04.2016, 10.05.2016 und 13.06.2016 beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Beamtinnen des Sozialamtes Berlin Mitte Sartorius, Bernhardt, Müllerstraße 146, 13353 Berlin; Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin; Senator für Justiz Thomas Heilmann; Senator für Finanzen Matthias Kollatz-Ahnen; Senator für Gesundheit und Soziales Mario Czaja, Oranienstraße 106, 10969 Berlin; Staatssekretär für Soziales Dirk Gerstle, Oranienstraße 106, 10969 Berlin; Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin; Stellvertretenden Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Bürgerdienste Stephan von Dassel, Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, 13353 Berlin, sowie gegen alle Personen, die in früheren Strafanträgen genannt sind, wegen Rechtsbeugung, Rechtsbruch, Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung, Terrorismusfinanzierung u.a., sowie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§7 VStGB), Verletzung der Aufsichtspflicht (§§ 4, 13 VStGB), Unterlassens der Meldung einer Straftat (§ 14 VStGB).

Die Gründe sind im Wesentlichen die gleichen, wie sie bereits im Text des Strafantrags vom 11.04.2016 erläutert wurden. Wie aus der beigefügten Kopie des Kontoauszuges vom 14.06.2016 ersichtlich ist, hat sich an den Verhältnissen nichts geändert, keiner der Straftäter oder keine der Straftäterin wurde für seine oder ihre Tat oder Unterlassung zur Verantwortung gezogen, was ich hiermit erneut beantrage.

Dr. Andrej Poleev

Amtsgericht Wedding
Brunnenplatz 1
13357 Berlin

16.06.2016

Klage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Polizeipräsident Klaus Kandt, Polizeipräsidium, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin.
2. Staatsanwalt Oswald, Kirchstraße 7, 10557 Berlin.
3. Staatsanwalt Winkler, Turmstraße 91, 10559 Berlin.
4. 5. Beamtin Brinkmann, Justizbeschäftigte Kögler, Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, 10559 Berlin.
6. Sozialpsychiatrischer Dienst im Bezirk Mitte, Team örtlicher Bereich Wedding, Haus der Gesundheit, Reinickendorfer Str. 60 b, 13347 Berlin.
7. Stadt und Land Berlin.
8. Bundesrepublik Deutschland.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. den Beklagten zu untersagen, mich anzusprechen, anzuschreiben, anzufassen, die Räume zu betreten, in denen ich mich befinde, arbeite oder wohne, sich in meiner Nähe aufzuhalten, oder auf irgendwelche andere Weise mich zu belästigen, meine Ruhe zu stören, und meine Privatsphäre zu verletzen;
2. über mich Informationen zu sammeln, sie zu speichern, und für böswillige Zwecke zu mißbrauchen;
3. die Personalakten, die über mich, entgegen Artikel 33 und 36 Berliner Verfassung und ohne meine Erlaubnis und mein Einverständnis, von den Beamten des Bezirksamtes Berlin Mitte und bei der Ausländerbehörde angelegt und gesammelt wurden, an mich zu übersenden, weil sie mein Eigentum sind, und ich verbiete, sie zu mißbräuchlichen Zwecken zu nutzen und zu verwenden;

4. alle Informationen, welche über mich ohne meine Zustimmung und Kenntnis gesammelt und gespeichert wurden, aus behördlichen Datensätzen, Computer, und übrigen Informationsträger nachweislich zu entfernen, zu löschen und zu vernichten;
5. alle Informationen mich betreffend aus Datensätzen von SCHUFA sowie anderer Auskunfteien, Gesellschaften, Vereine u.d.g. zu löschen;
6. meine Patientenakte aus dem JVA Krankenhaus an mich zu übersenden, weil sie mein Eigentum sind, und mein Schreiben an ärztlichen Direktor und Leiter der Abteilung bisher keine Wirkung zeigte;
7. weil mein berechtigter Antrag beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten bis heute keine Entsprechung fand (Kopie des Schreibens vom 17.09.2014 ist beigefügt), meine Adresse und andere Angaben mich betreffend aus dem Melderegister zu löschen;
8. die, in Punkten 1 bis 8 genannte Maßnahmen per richterliche Anordnung zu erwirken.
9. bei Widerhandlung und in den Fällen der Verweigerung, meine Rechte und Würde zu achten, die Verweigerer und Täter strafrechtlich zu belangen;
10. gegen Beklagten Strafverfahren unter Einbeziehung psychologischer Expertise einzuleiten;
11. wegen Fremdgefährdung und zwecks Untersuchung und Bestimmung therapeutischer Maßnahmen, die Beklagten in ein forensisches Krankenhaus zu unterbringen;
12. nach Abschluß diagnostischer Verfahren und unter Berücksichtigung des Berichts psychologischer Gutachter soll über weitere Vorgehensweise entschieden werden;
13. auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung.

Gemäß § 374 StPO sind mein Antrag und meine Klage zulässig, und gemäß § 104 BGB ist meine uneingeschränkte Rechtsfähigkeit gegeben. Die Begründung erfolgte im Text meiner Anträge beim Landeskriminalamt vom 12.06.2015, 26.10.2015, 16.12.2015, 5.02.2016, 10.03.2016, 24.03.2016, 11.04.2016, 15.04.2016, 25.04.2016, 10.05.2016, 13.06.2016 und 15.06.2016, beim Verwaltungsgericht vom 25.10.2014, 11.12.2014, 7.01.2015, 1.02.2015, 11.09.2015 und 24.03.2016, beim Amtsgericht Tiergarten vom 10.01.2016, 24.03.2016, 31.05.2016, was aber entgegen Artikel 15 und 36 Berliner Verfassung keine Konsequenzen für die Beschuldigten nach sich zog. Stattdessen wurde ich bedroht, beleidigt, verleumdet, erpresst, politisch motivierter Verfolgung, und, angesichts meiner psychosomatischen Erkrankung, unzulässiger und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt.

Da die strafrechtliche Verfolgung der Beschuldigten bisher unterblieb, beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen beschuldigte Personen und Behörden, deren strafrechtliche Verfolgung, und die Anordnung beantragter Maßnahmen zum Schutz meiner Würde und Rechte. Ich verbiete jegliche willkürliche Einmischung in mein Leben: Ungebetene Gäste, geschweige denn die Kriminellen und Verrückten, sollen aus meinem Leben für immer verschwinden.

Die Überweisung meines Antrags und meiner Klage an das Amtsgericht Tiergarten ist unzulässig, weil sie gegen die an diesem Gericht tätige Beamte gerichtet sind, aufgrund deren Befangenheit, und weil erhebliche und begründete Zweifel an der Zurechnungs- sowie Geschäftsfähigkeit dieser Personen besteht.

Dr. Andrej Poleev

Landeskriminalamt
LKA 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

29.06.2016

Strafantrag

In Ergänzung meiner Strafanträge vom 12.06.2015, 26.10.2015, 16.12.2015, 5.02.2016, 10.03.2016, 24.03.2016, 11.04.2016, 15.04.2016, 25.04.2016, 10.05.2016, 13.06.2016 und 15.06.2016 beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Beamte des Amtsgerichts Wedding Kuchheuser und Timm, Brunnenplatz 1, 13357 Berlin, Beamten des Sozialpsychiatrischen Dienstes im Bezirk Mitte, Team örtlicher Bereich Wedding, Haus der Gesundheit, Reinickendorfer Str. 60 b, 13347 Berlin, sowie gegen alle Personen, die in früheren Strafanträgen genannt sind, wegen Rechtsbeugung, Rechtsbruch, Amtsanmaßung, Erpressung, Räuberische Erpressung, Bedrohung, Nötigung, Nachstellung, Beleidigung, Verleumdung, Üble Nachrede, Belohnung und Billigung von Straftaten, Gebührenüberhebung, Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung, Terrorismusfinanzierung u.a. (§§ 23, 89c, 129, 129a, 132, 140, 164, 185-187, 238, 240, 241, 241a, 253, 257, 258, 258a, 339, 352 StGB).

Als Antwort auf meine begründete und berechtigte Klage und auf meinen Antrag auf Eilrechtsschutz beim Amtsgericht Wedding vom 16.06.2016 erhielt ich eine juristische Fälschung mit falschen Behauptungen und erpresserischer Ankündigung, die Gerichtskosten für nichterbrachte Leistungen im Verfahren 18 C 1003/16 von mir zu erheben (Anlage). Der Rechtsbrecher und Betrüger Kuchheuser weist meinen Antrag zurück mit irreführendem Verweis auf § 253 ZPO, obwohl es sich unmißverständlich um die strafrechtliche Verfolgung der Täter und Komplizen der Beamten Kuchheuser handelt, sowie um die Anordnung der Maßnahmen zwecks Unterbindung der Nachstellung und weiterer in meinem Antrag und meiner Klage genannter Straftaten, weswegen die Bestimmungen von StPO und nicht ZPO gelten.

Eine weitere Lüge des Betrügers und Fälschers Kuchheuser, die Verfügungsgründe für eine eistweilige Verfügung seien nicht gegeben, kann mit den bereits bekanntgegebenen Straftatbeständen räuberische Erpressung und Verletzung der Unterhaltspflicht (§§ 170, 255 StGB) widerlegt werden. In dem von den Komplizen des Lügners und Betrügers Kuchheuser gefälschten Strafbefehl vom 10.03.2016 sollte von mir ersatzweise 3.600 Euro erpresst werden, was angesichts meines für ein menschenwürdiges Dasein absolut unzureichenden Einkommens (Sozialhilfe) und wegen angedrohte Verhaftung als unzulässig und unmenschlich erscheint.

Aus erklärten Gründen ist die Zurückweisung meines Antrags und meiner Klage beim Amtsgericht Wedding rechtswidrig und verfassungswidrig (widerspricht Artikeln 6-10, 14, 15, 22, 30, 33, 36 Berliner Verfassung).

Wie könnte nur dem Beamten Kuchheuser die Existenz des Betreuungsverfahrens 52 XVII 487/14 beim gleichen Gericht entkommen, aus dem über meine finanzielle Lage und meinen gesundheitlichen Zustand zu erfahren ist? Mit seinem unmenschlichen Verhalten beweist er, daß er kein Mensch ist, keinen menschlichen Verstand hat und rechtsunfähig ist. Das erklärt, warum er meinen Antrag zurückweist, das Recht bricht, und willkürlich handelt. Ist er psychisch gestört oder nur böswillig? Das soll kriminologische und forensische Untersuchung überprüfen.

Weil die genannten Beamten das Strafverfahren und die Maßnahmen zum Schutz meiner Rechte und Würde verhinderten, beantrage ich bei dem Landeskriminalamt die Verhaftung der Täter und deren Unterbringung in eine forensische Einrichtung.

Dr. Andrej Poleev

Landeskriminalamt
LKA 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

30.06.2016

Strafantrag

In Ergänzung meiner Strafanträge vom 12.06.2015, 26.10.2015, 16.12.2015, 5.02.2016, 10.03.2016, 24.03.2016, 11.04.2016, 15.04.2016, 25.04.2016, 10.05.2016, 13.06.2016, 15.06.2016 und 29.06.2016 beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gegen Beamte der Stadt Berlin, der Bundesrepublik Deutschland, sowie gegen Personen, die in deren Auftrag tätig sind, wegen Hausfriedensbruch, gewerbsmäßige Bandenhehlerei, Raub, Diebstahl, Unterschlagung, Rechtsbeugung, Rechtsbruch, Amtsanmaßung, Unterlassen der Diensthandlungen, Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung, Terrorismusfinanzierung u.a.

Am 8.04.2016 verbot ich schriftlich den beschuldigten Personen, mein Eigentum gewerblich zu nutzen und erklärte das Hausverbot für die in meinem Schreiben genannten Gebäude (Anlage). Weil die Beamten und ihre Untergebenen meine Forderungen mißachteten, sind die Voraussetzungen für die oben genannten Straftatbestände erfüllt. Im Einzelnen, blieb mein Antrag beim Landgericht vom 15.06.2016 bis heute unbeantwortet. Aus erklärten Gründen beantrage ich strafrechtliche Verfolgung beschuldigter Personen und die Zwangsräumung betroffener Gebäude.

Mein rechtlicher Anspruch, über die betroffenen Immobilien zu verfügen (Alleinverfügungsrecht), wurde ausreichend in meinem, bereits erwähnten Schreiben vom 8.04.2016 begründet, und ist rechtens, weil mir der ordentliche Rechtsweg für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff wegen widerrechtlicher und vorsätzlicher Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit, des Eigentums und sonstiger Rechte verwehrt wurde, aufgrund der Zurückweisung meiner begründeten und berechtigten Anträge auf Schadensersatz, sowie wegen unterlassener strafrechtlicher Verfolgung der Täter. Entsprechende Beweise füge ich meinem Antrag zu.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

Prof. Dr. Sabine Kunst
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Nachrichtlich an Wissenschaftsrat, Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, Akademien der Wissenschaften Schweiz, Christine Mannhalter, Committee on Human Rights of the National Academies of Sciences, Российская Академия Наук.

2.07.2016

Aus Gründen, die in meinem Schreiben an Ihren Vorgänger vom 15.02.2015 genannt sind, erkenne ich Ihre Ernennung zur Präsidentin der Humboldt-Universität nicht an. Eine öffentliche Ausschreibung für die Stelle und insbesondere das Auswahlverfahren fanden nicht statt, was eine schwerwiegende Verletzung der in den wissenschaftlichen Kreisen üblichen Verfahrensweise bei der Stellenbesetzungen darstellt, und folglich Ihre Integrität und die Wissenschaftlichkeit dessen, womit Sie beschäftigt sind, in Frage stellt.

Statt neben anderen Bewerber an einem rechtmäßigen Auswahlverfahren teilzunehmen, wurden Sie von machtbesessener Person ohne jegliche wissenschaftliche Qualifikation, Günter Stock, als quasi seine Stellvertreterin in das Amt der Präsidentin eingesetzt, und agieren zur Zeit als Teil einer kriminellen und terroristischen Beamtenvereinigung, die nur ihre eigennützlichen Interessen verfolgt, und mittels Ausstellen gefälschter Diplome und Dokortitel zur Vermehrung des Beamtentums und systemkonformer Dienerschaft beiträgt, wobei der Name von Alexander von Humboldt in diesem Zusammenhang als eine Verhöhnung erscheint.

Sollte ich mich in der Bewertung Ihrer Persönlichkeit und Ihrer Tätigkeit irren, und falls Sie sich zu Ihrer Mission berufen füllen, müssen Sie Ihre Eignung beweisen. Die aktuelle Beweislage spricht aber gegen Sie, weil ich eine Amtshandlung vermissem, die als erste nach Ihrer Amtseinführung erfolgen sollte, aber bisher ausgeblieben ist: Die Aufhebung des Berufsverbots für Dr. Andrej Poleev. Falls diese Amtshandlung weiterhin unterlassen wird, können Sie Ihre Sachen gleich packen und zusammen mit euren Studenten, Professoren und Personal aus Berlin verschwinden.

Außerdem, in Übereinstimmung mit den Artikeln 7, 17, 18, 21, 36 Berliner Verfassung und beziehungsweise auf den Beschlagnahmebeschluss vom 27.01.2015, die Bekanntgabe vom 17/23.07.2015, und die Erklärung vom 28.09.2015, behalte ich das Recht, alle Gebäude und Einrichtungen der Humboldt-Universität unangemeldet und zu jeder Zeit zu betreten und nach

meinem Ermessen zu nutzen. Sollten Sie oder übrige Angehörige der Universität die Ausübung meiner Rechte behindern, werde ich dagegen strafrechtlich vorgehen.

Dr. Andrej Poleev

An die Mitglieder und Beauftragten der Kommission zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Bundesjustizministeriums.

Verehrte Kommissionsmitglieder und Beauftragten der Kommission,

anlässlich der Veröffentlichung des Berichts wissenschaftlicher Kommission zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Bundesjustizministeriums übersende ich Ihnen Kopien der Schreiben des Bundesamtes für Justiz vom 22.08.2016, 23.08.2016, 6.09.2016, 12.09.2016, aus denen ersichtlich ist, daß der NSDAP-Staat in der BRD fortbesteht, wie auch die Ergebnisse Ihrer Forschung bestätigen.

Erwiesenerweise handelt es sich bei den Verfasser genannter Schreiben, einschließlich übriger Angehörigen der Justiz, d.h. Richter, Staatsanwälte, Polizeibeamte, Gefängniswärter, mehr als 1.000 Beschäftigte des Bundesamtes für Justiz an drei Standorten, Beamte und Angestellte des Bundesjustizministeriums, um geistesranke Betrüger und Fälscher, die keine Einsicht über ihren mentalen Zustand haben. Während sie unrecht tun und unsinn reden, sind sie überzeugt, im Dienste des Rechts zu stehen, was durch Unzurechnungsfähigkeit und Unbelehrbarkeit dieser Personen zu erklären ist. Weil aber das nicht sein darf, muß ich wohl für psychisch krank und kriminell erklärt werden, womit erneut versucht wird, mich zu beleidigen und zu entmündigen.

Angesichts enger Beziehungen, die zwischen Ihnen und dem Bundesjustizminister/ium bestehen, und entsprechender Möglichkeiten der Einflußnahme, die aus diesen Beziehungen resultieren, erwarte ich unverzügliche Zurücknahme unbegründeter Beschuldigungen und nachweisliche Löschung sämtlicher Datensätze in behördlichen Datenträger, die widerrechtlich erstellt wurden, wie ich bereits mehrmals forderte, zuletzt in meinem Schreiben an Dr. Thomas Götz, Landesbeauftragten für Psychiatrie in Berlin, vom 14.06.2016.

Sollten meine Forderungen keine Beachtung finden, werde ich Sie als Komplizen faschistischer Banditen betrachten, was für Sie entsprechende Konsequenzen haben wird.

Dr. Andrej Poleev
24.10.2016

Die Aufteilung der BRD.

Ich lade politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler, Repräsentanten des produzierenden Gewerbe sowie alle Interessenten zur Teilnahme an einer Diskussion und zur Klärung der Fragen, wie die BRD zwischen angrenzenden Ländern aufgeteilt wird, und wie diese Aufteilung organisatorisch umzusetzen ist.

Die Notwendigkeit der Aufteilung ergibt sich aus Gründen, die bereits erschöpfend erläutert sind, und daher keine Infragestellung bedürfen. Die Unbelehrbarkeit, die obsessive Selbstbehauptung, und die aggressive Vorgehensweise deutscher Barbaren nach der Errichtung ihres Reiches im Jahr 1871, die bekannten Ereignisse im 20. Jahrhundert und aktuelle Versuche, ein totalitäres politisches System in eigenem Land, in Europa und weltweit zu errichten, lassen keine andere Möglichkeit zu. Jetzt geht es lediglich darum, die Zukunft des deutschen Volkes zu gestalten.

Die Diskussion soll dazu beitragen, möglichst bessere Lösungen zu finden, und in einer Konferenz angrenzender Länder und Völker münden, die nach einer Vorbereitungsphase in Berlin abgehalten wird. Ein entsprechendes Komitee soll ausgewählt werden, um den Prozess der Lösungsfindung und die Aktivitäten der Diskussionsteilnehmer zu koordinieren.

Dr. Andrej Poleev

